

FoDEx-Studie

Rechtsradikalismus

Florian Finkbeiner
Katharina Trittel

Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens

Ein historischer Problemaufriss

2019

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	3
Abkürzungsverzeichnis	4
Editorial	5
Zusammenfassung	7
1 Einleitung	8
1.1 Rechtsradikalismus in der politischen Kultur	12
1.2 Ein kurzer Blick auf den Forschungsstand	13
1.3 Zum Vorgehen: Ein erster Zugriff auf die politische Kultur	17
2 Traditionslinien des Rechtsradikalismus in Niedersachsen	19
2.1 Parteien in Niedersachsen in der Nachkriegszeit	20
2.2 Regionale und milieugeprägte Wählertraditionen	27
2.3 Die NPD als nationale Sammlungspartei in den 1960er Jahren	32
2.4 Rechtsradikale Organisationsversuche in den 1970er und 1980er Jahren	35
2.5 Diversifikation und Informalisierung rechtsradikaler Strukturen ab den 1990er Jahren	42
2.6 Die NPD als rechtsradikales Flaggschiff ab den 2000er Jahren	44
2.7 Die AfD als Symbol des politischen Formwandels	46
3 Ergebnisse und Schlussfolgerungen	52
4 Ausblick: Das weitere Forschungsprogramm in FoDEX	56
Literaturverzeichnis	59
Autor und Autorin	67

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Niedersachsen 1945	26
Abbildung 2:	Eigene schematische Darstellung zur geografischen Ausbreitung des Rechtsradikalismus in den 1950er Jahren	31
Tabelle 1:	Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1949–63	20
Tabelle 2:	NPD-Wahlergebnisse 1965–69	34
Tabelle 3:	Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1967–86	36
Tabelle 4:	Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1990–2013	41

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland	GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
ANS	Aktionsfront Nationaler Sozialisten	GdNF	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozia- listen/Nationale Aktivisten	HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend
DDP	Deutsche Demokratische Partei	IB	Identitäre Bewegung
DHP	Deutsch-Hannoversche Partei	JN	Junge Nationalisten
DKP	Deutsche Konservative Partei	NF	Nationalistische Front
DKP-DRP	Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei	NO	Nationale Offensive
DNV	Deutschnationale Volkspartei	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
DP	Deutsche Partei	NS	Nationale Sammlung
DRP	Deutsche Reichspartei	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
DVP	Deutsche Volkspartei	NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
DVU	Deutsche Volksunion	REP	Die Republikaner
DZP	Deutsche Zentrumspartei	SRP	Sozialistische Reichspartei
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	VSBD/PdA	Volksozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit
FoDEx	Forschungs- und Dokumenta- tionsstelle zur Analyse politi- scher und religiöser Extremis- men in Niedersachsen	WJ	Wiking-Jugend

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx) an der Georg-August-Universität Göttingen verfolgt drei zentrale Aufgaben: Forschen, Dokumentieren und Vermitteln.

In der **Forschungsarbeit**, die am Institut für Demokratieforschung geleistet wird, steht die Untersuchung von Phänomenen der politischen Kultur Niedersachsens im Vordergrund. Zentral sind dabei insbesondere jene Gruppen oder Zusammenschlüsse, die mit ihren Vorstellungen, Ideen oder Handlungen im Kontrast zu einer von ihnen selbst identifizierten etablierten Mehrheitsgesellschaft stehen. Unsere Analyse befasst sich mit ihren Selbstäußerungen, bewegungsförmigen oder organisationellen Praktiken ebenso wie mit denjenigen, welche die Zusammenschlüsse als Milieu- und Lageragenten organisieren. Des Weiteren interessiert uns, wie solche Akteure, Phänomene und Einstellungen mit und in lokalen Kontexten interagieren, sprich: Welcher Nährboden sie begünstigt, welche Faktoren sie hemmen und welche Effekte langfristig auf die politische Kultur zurückwirken.

In Anbetracht unserer ersten Forschungsergebnisse erscheint der Begriff der „Demokratiefeindlichkeit“ in Bezug auf unsere Untersuchungsgegenstände insofern immer weniger angemessen, als ihm die Konstruktionslogik der Extremismustheorie zugrunde liegt bzw. mit ihm in der Kategorie eines sicherheitspolitischen Gefährdungspotenzials operiert wird. In dieser Logik werden Demokratie und Verfassungsstaat implizit in eins gesetzt, während für die Forschung in FoDEx die Phänomene der politischen Kultur Niedersachsens im Fokus stehen, die durch ihre Historizität und Wechselwirkungen Einfluss auf die soziale Integ-

rationskraft der Gesellschaft nehmen. Uns geht es nicht um die Analyse vermeintlicher „Gefährdungen der Demokratie“ von *außen*, sondern um Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Phänomene *innerhalb* der politischen Kultur Niedersachsens.

Weil unser Blick von der politischen Kultur, den milieuförmig organisierten Räumen Niedersachsens ausgeht, richtet er sich auf die gesamte Gesellschaft und auf sie prägende Strukturen und Mentalitäten. Um als Voraussetzung für eine solche Perspektive repräsentativ etwas über die Verfasstheit der niedersächsischen Bevölkerung in Bezug auf Demokratie aussagen zu können, erstellt FoDEx regelmäßig und erstmals für dieses Bundesland einen „Niedersächsischen Demokratiemonitor“. Zusätzlich untersuchen wir Kommunikationsstrukturen in sozialen Medien und deren Einfluss auf den demokratischen Diskurs. Schließlich ist auch die kritische Begleitung der Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes eine Aufgabe der Forschungsstelle, der wir zurzeit insbesondere durch eine kritische Aufarbeitung der Institutionengeschichte nachkommen.

Derzeit ist die Forschung in die Arbeitsbereiche *Rechtsradikalismus*, *religiöser Fundamentalismus* und *Linke Militanz* aufgeteilt. Diese Einteilung impliziert jedoch nicht, dass wir von grundsätzlichen – insbesondere inhaltlichen – Gemeinsamkeiten der Phänomene ausgehen. Im Mittelpunkt stehen akribische Forschungen vor Ort, die historisch informierte Verortung der Phänomene in der politischen Kultur und die Gewinnung von neuem Material sowie dessen Auswertung (kurz: eine idiografische Perspektive auf die Gegenstandsbereiche). Erst im Anschluss daran sollen in weiteren Analyseschritten mögliche gemeinsame Strukturmomente, Wechselwirkungen mit

anderen Milieus oder Subgruppen, mit staatlichen Institutionen und Strategien der Sicherheitsbehörden untersucht werden.

Die **Dokumentations- und Vermittlungsaufgaben** teilen sich die Forschungspartner. Während die [Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek](#) überwiegend Schriften aus den jeweiligen Szenezusammenhängen zusammenträgt sowie eine Forschungsbibliothek zur politischen Kultur in Niedersachsen mit den Schwerpunkten Rechtsradikalismus, religiöser Fundamentalismus, Linke Militanz und Geschichte des Verfassungsschutzes aufbaut, wird gleichzeitig an einem Forschungsdatenmanagement gearbeitet, dass die durch die Forschung gewonnenen und produzierten Materialien archiviert und zukünftig in anonymisierter Form für weitere wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung stellt. Die Vermittlung unserer Forschungsergebnisse erfolgt im Rahmen von Veranstaltungen und Publikationen, die sich nicht nur auf wissenschaftliche Formate beschränken, sondern sich auch direkt an die interessierte Öffentlichkeit wenden, bspw. durch den halbjährlich erscheinenden Werkstattbericht [Demokratie-Dialog](#), der *Open Access*-Einblicke in den Forschungsprozess gewährt.

Zusammenfassung

Die vorliegende Kurzstudie sondiert die Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Sie stellt das Problem heraus und zeigt dabei empirisch in ausgewählten Regionen auf, dass politische Mentalitäten in ihren Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen ambivalent sind. Politischer Kultur kommt in der Analyse eine entscheidende Bedeutung zu: Sie kann auf die Erfolgchancen rechtsradikaler Verheißungen ebenso befördernd wie auch hemmend wirken, wie in der Studie belegt wird. Um eine Grundlage und argumentative Ausgangsbasis für weiterführende Forschungen zu schaffen, werden abschließend die historisch-kulturellen Traditionslinien, die Entwicklungen und die Wandlungen des politischen Rechtsradikalismus in Beziehung gesetzt zu aktuellen politischen Tendenzen. Denn erst das Verständnis der Strukturdimensionen des Rechtsradikalismus ermöglicht, eine potenzielle politische Gefahr zu identifizieren und wirksam zu bekämpfen.

Moderne demokratische Gesellschaften werden seit einigen Jahren durch ganz unterschiedliche Entwicklungen ungemein herausgefordert: von der Krise der Volksparteien bis zur Repräsentationskrise der Demokratie und der fortschreitenden Etablierung neuerer Parteien wie der AfD. Während sich in den 2000er Jahren bei den europäischen Nachbarn politische Kräfte rechts der Mitte formierten und teilweise auch in Regierungsverantwortung gelangten, schien die Bundesrepublik ein Fels in der Brandung zu sein – denn hier hatten Parteien rechts der Mitte kaum eine Chance. Inzwischen hat sich diese Situation jedoch geändert; teilweise sprechen Sozialwissenschaftler bereits davon, dass sich die Bundesrepublik mit dieser Entwicklung nun auch im europäischen Vergleich „normalisiert“ habe.¹

Jedenfalls hat sich in der politischen Landschaft einiges getan. Spätestens seit 2014 ist die bundesrepublikanische Gesellschaft mit dem Auftauchen von PEGIDA in Bewegung geraten und wandelt ihr Gesicht. Neben all den politischen Veränderungen erneuern sich dabei auch die Verhandlungs- und Aushandlungsformen demokratischer Verarbeitungsprozesse. Politik kann immer weniger auf tradierte Lagerbildungen bauen und auf gefestigte Loyalitäten setzen. Stattdessen erleben wir derzeit in ganz unterschiedlichen Formen Tendenzen des gesellschaftlichen Tribalismus, des Auseinanderfallens alteingesessener politischer Lager- und Milieugrenzen und damit eine Ausdifferenzierung des politischen „Marktes“.

Diese Tendenzen betreffen freilich auch den politischen Rechtsradikalismus. Denn fraglos haben wir in den vergangenen Jahren ganz unterschiedliche Formen „rechten“ Aufbegehrens und der Formierung eines neuen Wutbürgertums erlebt.² Die parteipolitische Speerspitze dieses gesellschaftlichen Unbehagens ist derzeit die AfD; aber zuvorderst ist diese Partei doch Ausdruck und Symbol tieferliegender gesellschaftlicher Veränderungen. Spätestens seit dem NSU-Komplex hat sich die Problemwahrnehmung des Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft verändert, im selben Atemzug hat sich auch dessen Gestalt gewandelt, die es im Blick zu behalten gilt.³

Seit den 2010er Jahren vollziehen sich quer zu den tradierten gesellschaftlichen Konfliktlagen, die Sozialwissenschaftler auch als *Cleavages* bezeichnen, soziokulturelle Umbrüche, die irgendwann von Historikern im Nachhinein als völlig neue Ausprägung von „Krisen“ und Spaltungslinien beurteilt werden könnten.⁴ In jedem Fall greifen derzeit ganz unterschiedliche Entwicklungen und Trends ineinander, die in ihrer Emergenz ins-

¹ Vgl. bspw. Gassert, Philipp: Deutschlands Parteiensystem wird normal, in: Die Zeit, 02.11.2018.

² Vgl. Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 216 ff.

³ Vgl. [Trittel, Katharina / Micus, Matthias / Marg, Stine / Geiges, Lars: Demokratie-Dialog. Die Arbeit des Instituts für Demokratieforschung im Rahmen der „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“](#), in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 2–9.

⁴ Vgl. Inglehart, Ronald F./Norris, Pippa: Trump, Brexit and the Rise of Populism: Economic Haves and Cultural Backlash, Faculty Research Working Paper Series, Harvard 2016, S. 8.

gesamt die gesellschaftlichen Konfliktlinien verschieben. Die Erosion der Volksparteien, die nicht gerade erst eingesetzt hat, sondern schon längst weit vorangeschritten ist, ist bloß das offensichtlichste Zeichen. Wir beobachten derzeit vor allem eine Verschiebung politischer Identifikation der Bürger mit Parteien. Parteiidentitäten und -bindungen gehen schon seit Längerem zurück, auch die Mitgliedschaften sind rückläufig. Noch etwas niedrigschwelliger angesetzt: Bürger wählen heutzutage ganz offensichtlich Parteien immer weniger aus Überzeugung. Daran leiden sie alle, von den Sozialdemokraten über die Christdemokratie bis zur LINKEN.

Ganz offensichtlich haben sich hier nicht nur Mentalitäten verändert, sondern das Beziehungsverhältnis an sich hat sich anscheinend gewandelt. Es ist nicht einfach nur das Vertrauen, das Bürger in „die“ Politiker setzen, das sich auf einem historischen Tiefstand befindet. Mehr noch: Die Bürger versprechen sich einfach immer weniger von der Politik. Denn: Der heutige Wähler ist aufgrund von Individualitäts- und Flexibilitätsparadigmen vor allem ein „Kunde“ auf dem Wählermarkt. „Der Kunden-Bürger schaut sich in den Regalen des politischen Angebots um, wählt aus, was seine Konsumbedürfnisse rasch und preiswert befriedet.“⁵ Ist der Bürger mit seinem gewählten Produkt nicht zufrieden, sucht er sich das nächste Mal eben ein anderes – und beschwert sich. Die historisch tradierten Polster, die Latenzzeit für Politik, der Spielraum für politisches Handeln haben sich also verschoben. Die selbstbewusst auftretenden Bürger treten mit einer veränderten Erwartungshaltung an die Politik. Sie wollen eine „sofortige Bedürfnisbefriedigung“⁶ und gewähren kaum einen Aufschub.

Das mag an und für sich in Nuancen vielleicht nichts Neues sein, galt sicherlich auch schon für die Willy-Brandt-Wähler Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre. Aber – und hier besteht die Schiefelage, die das Problem verschärft –: Politik funktioniert heute anders als vor fünfzig Jahren. Sie ist komplexer geworden, bindet ganz

neue Ebenen und Akteure ein, sodass der Aushandlungsspielraum für politische Entscheidungen wesentlich kleiner geworden ist – was es umso schwieriger macht, die gesteigerten Erwartungen der Bürger an die Politik zu erfüllen:

„Der Bürger, der es in seiner Rolle als Konsument gewohnt ist, dass sein je individuelles Bedürfnis prompt befriedigt wird, reagiert politisch verdrossen, da die Politik den Bürgern nicht geben kann, was diese als Konsumenten verlangen und als Partizipanten zugleich verunmöglichen.“⁷

All das verändert natürlich auch die Erwartungshaltungen und Bindungen der Bürger an Politik.

Das Phänomen des politischen Rechtsradikalismus⁸ gehört in seiner Grundaussprägung als politische Bewusstseinsform – unerheblich, ob man dies nun begrüßt oder nicht – zum Bewusstseinshaushalt moderner Gesellschaft.⁹ In allen

7 Ebd., S. 23.

8 Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist aufgrund seiner inflationären Verwendung schwammig. Als Ordnungsbegriff von Sicherheitsbehörden benutzt, meint „Rechtsextremismus“ streng genommen die Überschreitung einer „demokratisch“ legitimen Grenze, die wiederum an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) festgemacht wird. Der Begriff wird aber teilweise auch als politische Einordnung verwendet, die sich – abgrenzend von der „Extremismustheorie“ – nicht an einer solchen Grenzziehung mithilfe der fdGO orientieren will. Je nachdem, wie der Begriff verwendet wird, meint er also Unterschiedliches. In der vorliegenden Studie geht es weniger um die „randständigen“ oder „außerhalb“ des vermeintlich demokratisch-legitimen oder illegitimen Spektrums liegenden Positionen, sondern um die politischen Bewusstseinsformen, die gerade nicht derart eingeordnet werden, deren Definition unsererseits als „rechtsradikal“ also der angesprochenen Begriffsdebatte gewissermaßen vorgelagert ist. Daher wird in dieser Arbeit von „Rechtsradikalismus“ gesprochen, auch um diesen Unterschied bereits semantisch anzuzeigen. Unter „rechtsradikal“ verstehen wir Positionen, die für autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen stehen und dabei tendenziell antiliberal, völkisch, rassistisch und geschichtsrevisionistisch sind.

9 Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1995 [1973], S. 14.

5 Walter, Franz: Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik, Stuttgart 2018, S. 10.

6 Ebd.

Gesellschaften gab und gibt es immer zumindest kleine Gruppen, die solche politischen Ansichten vertreten, weshalb die Auseinandersetzung damit auch als „never ending story“ bezeichnet worden ist.¹⁰ Ganz in diesem Sinne sprachen Scheuch und Klingemann bereits in den 1960er Jahren davon, dass es immer einen gewissen Bodensatz an rechtsradikalen Einstellungen in Gesellschaften gebe, weshalb sie den Rechtsradikalismus auch als eine „normale Pathologie“¹¹ bezeichneten. Bis heute wird darüber gestritten, ob dieser Bodensatz in quantitativen Zahlen zu beziffern sei – Scheuch und Klingemann sprachen von knapp unter zehn Prozent. Aber sie bestimmten schon damals, dass das eigentliche Problem dabei weniger die Quantifizierung eines solchen Segmentes sei, sondern dass es vor allem auf die jeweilige soziokulturelle Konstituierung dieses Bodensatzes ankomme.

Seit Gründung der Bundesrepublik war der auf dieser Grundlage fußende Rechtsradikalismus eine „randständige, weithin einflusslose politische Subkultur“¹². Doch seine Konstituierung hat sich heutzutage gewandelt. Der Rechtsradikalismus zeigt sich aktuell nicht nur organisatorisch in unterschiedlichen Formaten, agiert gemäß verschiedener Strategien, begünstigt und ermutigt auch aktionistische und gewaltbereite Gruppierungen sowie Kader – wie er es immer schon in unterschiedlicher Ausprägung getan hat –, vielmehr hat er inzwischen auch einen größeren gesellschaftlichen Resonanzraum; denn offensichtlich haben sich derzeit die Reichweite und die Ausprägung dieses vermeintlichen Bodensatzes erweitert, sodass etwa die AfD inzwischen ein ungemain großes Wählerpotenzial hat.

Betrachten wir also zunächst einmal ganz allgemein Rechtsradikalismus als politische Bewusstseinsform, so gilt aus Sicht von Sozialwissenschaftlern, vor allem die gesellschaftspolitischen Konstituierungsbedingungen und Ausprägungsformen in den Blick zu nehmen, die den potenziellen Hang zur Aktivierung und Verschärfung dieser latenten Bewusstseinsform gewissermaßen begünstigen.¹³ Die Frage ist also, wie dieser Bodensatz verfasst ist, welche strukturellen und kulturellen Mentalitätsbestände wie ausgeformt sind und welche potenziellen Polster sie gegen Krisenerscheinungen ausgebildet haben, um auch gegen rigorose Agitatoren abfedernd wirken zu können. Ob ein politisches Phänomen auch eine dauerhafte Erscheinung wird, hängt davon ab, wie der Resonanzboden beschaffen ist.

Diese Gemengelage ist in ihrer Überlagerung unterschiedlicher gesellschaftlicher Phänomene, politischer Tendenzen und kultureller Faktoren ungemain komplex und analytisch kaum sortierbar. Und auch mit Blick auf den weiter unten ausführlicher dargestellten Forschungsstand kann festgehalten werden, dass die Forschung bezüglich der erwähnten Entwicklungen bislang keine zufriedenstellenden Antworten geliefert hat und vor allem noch unzählige Einzelaspekte umstritten sind.

Um nur ein Beispiel für eine solche Ambivalenz aufzuzeigen, blicken wir nach Niedersachsen. Natürlich erfolgte die Auswahl dieser Region aus forschungsoperativen und -pragmatischen Gründen – schließlich wurde die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und

10 Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 7.

11 Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, Bd. 12/1967, S. 11–29, hier S. 13.

12 Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 1.

13 Die Psychoanalyse sucht im prinzipiell brüchigen Charakter des bürgerlichen Individuums den „seelischen Mechanismus“ (Fromm, Erich: Zum Gefühl der Ohnmacht, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 6 (1937), S. 95–119, hier S. 96), also wie das Individuum mit dem „Gefühl der Ohnmacht“ umgeht und wie es darauf reagiert. Demgegenüber kann sozialwissenschaftliche Forschung lediglich danach fragen, welche Formen der Deformationen soziokulturell zu dieser potenziellen nicht-individuellen Ohnmacht führen können bzw. vor welchem gesellschaftspolitischen Hintergrund die triebstrukturellen Kränkungen des Individuums in Projektionen, Kompensationen und Rationalisierungsbemühungen umschlagen können; vgl. in diesem Sinne bereits Adorno: Studien zum autoritären Charakter, S. 4, S. 12 u. S. 38.

religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx) zur Erforschung der historisch-kulturellen Entwicklung und deren Bedeutung für die Gegenwart ebenjenes Bundeslandes initiiert. Aber diese Region bietet sich eben auch inhaltlich aus guten Gründen an: Niedersachsen hat eine lange Tradition des politisch erfolgreichen Rechtsradikalismus, gelang es doch hier über viele Jahre rechtsradikalen Strukturen, Organisationen und Assoziationen, sich zu vernetzen und ein tief in das kulturelle Leben hineinreichendes Wurzelwerk aufzubauen. Nicht ohne Grund bezeichnete die Historikerin Helga Grebing Niedersachsen einst als „Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus“¹⁴. Und auch der Historiker Bernd Weisbrod betonte diese kulturellen Bedingungen, habe es in Niedersachsen doch wie in kaum einer anderen Region Deutschlands „erstaunlich konstante [...] Hochburgen des Rechtsradikalismus vor und nach 1945“¹⁵ gegeben.

Zwar gibt es diese Performanz heute fraglos nicht mehr, doch bedeutet dies freilich nicht, dass die untergründigen Strukturen, Mechanismen und Verstrickungen sozialer Praktiken kein Nährboden für rechtsradikale Formationen sein und bleiben könnten – schließlich ist der Erfolg der AfD in seiner gesamten Erscheinung ein Phänomen, das bis vor Kurzem kaum denkbar schien. Und auch die gesellschaftlichen Eruptionen, Dissonanzen und Ambiguitäten, die gerade seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 offenbar werden, hätte man 2010 noch kaum für denkbar gehalten.

Freilich: Die verdichteten Momente der Aggressivität und des teils leichtfüßigen Umschlagens in Gewalt finden sich derzeit verstärkt in ostdeutschen Regionen. Aber eben nicht nur. Auch in Niedersachsen stoßen wir auf Anzeichen

für potenzielle Hochburgenregionen¹⁶ der AfD, für sich verstetigende Strukturen rechtsradikaler Kräfte, für neue Möglichkeits- und Spielräume rechtsradikaler Demonstrationspolitik, aber auch für vereinzelte eruptive Gewaltausbrüche, wie den Anschlag auf eine Asylunterkunft in Salzhemmendorf im August 2015. Und doch zählt zu diesen Ambivalenzen eben auch, dass bspw. die AfD auf der einen Seite in bestimmten Regionen elektoral teils erheblich schlechter abschnitt, als die eigentlich günstigen Ausgangsbedingungen erwarten ließen; auf der anderen Seite erzielte sie jedoch in anderen Regionen, unter anderen Voraussetzungen dann auch in Niedersachsen teils überraschend hohe Stimmenanteile – wie etwa in Salzgitter, Delmenhorst oder Wilhelmshaven.¹⁷

Diese Diagnose verstärkt grundlegend das Bedürfnis nach tiefergehenden Untersuchungen lokalkultureller Bedingungen für politischen Radikalismus. Das Forschungsinteresse über die Zusammenhänge von rechtsradikalem Potenzial in regionalen und lokalen Kontexten hat in den letzten Jahren also aus guten Gründen deutlich zugenommen.¹⁸ Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ untersucht diese Dynamiken zunächst einmal im Kleinen. Sie möchte das weite Feld von Themengebieten und potenziellen Gegenständen – fokussiert auf Niedersachsen – sondieren und grundlegende Voraussetzungen, Bedingungen und Mechanismen sowie Ausdrucksformen rechtsradikalen Poten-

¹⁴ Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227, hier S. 224.

¹⁵ Weisbrod, Bernd: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen. Eine Einführung, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 497–510, hier S. 502.

¹⁶ Der Begriff „Hochburg“ ist inhaltlich vage und analytisch umstritten. Wir verwenden ihn in dieser Arbeit, um damit Gebiete und Regionen zu beschreiben, in denen eine Partei relativ konstant hohe Wahlerfolge erzielt, organisatorisch vernetzt und lokalkulturell verankert ist.

¹⁷ Vgl. Finkbeiner, Florian: Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 80–86.

¹⁸ Beispielsweise die sogenannte Sozialraumanalyse; vgl. Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015; Luzar, Claudia: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext. Viktimisierung durch rechtsextreme Gewalt und raumorientierte Opferberatung, Schwalbach/Ts. 2015.

zials extrapolieren. Indem die vorliegende Studie in einem ersten Schritt historische Entwicklungen, Wandlungen und Prozesse in Niedersachsen – und hier vor allem in einzelnen Regionen – kritisch vergleichend beschreibt, soll eine Grundlage geschaffen werden, auf die dann im weiteren Forschungsverlauf aufgebaut werden kann.

1.1 Rechtsradikalismus in der politischen Kultur

Diese historische Beschreibung erscheint zielführend, um langfristig an die Tiefendimensionen der Entstehungsbedingungen von politischem Rechtsradikalismus heranzukommen und gesellschaftliche Tendenzen in ihrer Emergenz valide auszuloten. Gerade deshalb geht es vor allem um den Einfluss von politischen, lokalen und medialen Konjunkturen. FoDEX zielt langfristig darauf ab, die Entwicklung von Einstellungsmustern, Konjunkturen politischer Tendenzen sowie Anknüpfungsmöglichkeiten rechtsradikalen Gedankenguts wie unter einem Brennglas zu analysieren.¹⁹ Vor diesem Hintergrund versteht sich die vorliegende Kurzstudie als erster explorativer Schritt auf diesem Weg.

FoDEX arbeitet mit den Methoden des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, indem vor allem die Bedeutung der Politischen Kultur für die Konstituierung politischer Phänomene und deren historisch-kritische Einordnung hervorgehoben werden. Politische Kultur ist für uns nicht einfach nur ein Erklärungsfaktor unter anderen für Rechtsradikalismus, sondern der gesellschaftliche Austragungsort für Politik überhaupt. Und in diesem Ineinandergreifen unterschiedlicher Prozesse, Entwicklungen und Tendenzen in der politischen Kultur insgesamt können gewisse Dynamiken eine Art Folie und einen Resonanzraum für bestimmte politische Vorstellungen und Bewusstseinsformen bilden oder begünstigen. Aus diesem Grund schließen wir uns in unserem Verständnis von Politischer Kultur vor allem Karl Rohe an, der mit seinem Zugang und mit spezifischem Einfühlungsvermögen in

geschichtlich-gesellschaftliche Prozesse die Bedeutung von Mentalitäten wie kaum ein anderer geprägt hat.²⁰

Rohe versucht, in der Politischen Kultur, im Schnittfeld von Politik und Kultur, in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften auftretende Probleme und Phänomene zu kontextualisieren.²¹ In diesem Sinne wird Politische Kultur verstanden als „objektiv-geistiger Strukturzusammenhang“²², also als das gesamtgesellschaftliche Ineinandergreifen von Sozial- und Deutungskultur. Es geht um die Verbindung von Einstellungen (klassische Soziokultur) mit der übergeordneten, die Einstellungen prägenden Metakultur als neuer Form der Deutungskultur.²³ Karl Rohe betont daher gerade für die Analyse dieser je spezifisch ausdifferenzierten Metakultur die Eigenheiten von Regionen: Jede Region, so Rohe, habe ihre eigene verdichtete Erfahrung, eigene Gewohnheiten, Rituale, Traditionen, also: kulturelle Sinnbezüge. Und daher könnte sich für einzelne Regionen auch jeweils eine unbewusste Lebensweise ausprägen, die wiederum auf die Soziokultur rückwirken könne, also als „regionales Residuum“ zu verbleiben oder sich eben auch mit der Zeit aufzulösen vermöge. Rohes Perspektive will dem je spezifischen „Geheimnis“²⁴ einer Region zumindest näher kommen, um die jeweilige Mentalität zu verstehen.

²⁰ Grundlegend Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39–48.

²¹ Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 250 (1990), S. 321–346.

²² Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten: Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994, S. 162.

²³ Vgl. Rohe, Karl: Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 17.

²⁴ Ebd., S. 11.

¹⁹ Trittel/Micus/Marg/Geiges: Demokratie-Dialog, S. 8 f.

Karl Rohe versteht dabei Mentalität in Anlehnung an Max Weber als eine „mentale Auskristallisierung von Kultur“²⁵, also als die Gesamtheit der Sinnbezüge in der Deutungskultur spezifischer Milieus.

Diese Auffassung von Politischer Kultur unterscheidet sich grundlegend von anderen Kultur-Ansätzen, da Rohe Kultur in mehreren Dimensionen denkt: Politische Kultur ist statisch und dynamisch zugleich, kann sich unter bestimmten Bedingungen leichtfüßig wandeln, aber ebenso ungemeine kulturelle Beharrungskräfte und Resilienzen besitzen, die polsternd gegen politische Verheißungen wirken können.²⁶ Genau diesen tieferreichenden Vorstellungsmustern, die unter der Oberfläche messbarer Einstellungen liegen und sich zu einem Sinnzusammenhang verbinden,²⁷ soll in dieser Studie explorativ zumindest ansatzweise nachgespürt werden. Dabei versteht sich von selbst, dass eine solche Erfassung aufgrund ihrer Komplexität an dieser Stelle zunächst lediglich in Auszügen erfolgen kann. Insofern versteht sich diese Studie als erster Aufschlag, der zwar nicht alle Mechanismen, Sinnbezüge und tiefenanalytischen Dynamiken zu erfassen vermag, doch für das genauere Verständnis der Politischen Kulturen erste Besonderheiten, Auffälligkeiten, Zusammenhänge und weitere Forschungsfragen eruiert.

1.2 Ein kurzer Blick auf den Forschungsstand

Das Thema „Rechtsextremismus“ im Allgemeinen ist in der Forschung ein Fass ohne Boden. Ganze

Bibliothekswände werden dazu gefüllt. Wenn man überhaupt von *einer* „Rechtsextremismusforschung“ sprechen kann, so ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass sich dieses Forschungsfeld vor allem dadurch auszeichnet, ein Sammelurium an interdisziplinären, kaum subsumierbaren Ansätzen zu sein, die sich – streng genommen – oft gegenseitig nicht ergänzen, sondern ausschließen.²⁸ Diese Ambiguität zeigt sich schon auf den ersten Blick allein an der namensgebenden Begrifflichkeit. Die Kontroverse über den Begriff „Rechtsextremismus“ zwischen ordnungspolitischem Kategorisierungs- und analytischem Strukturbegriff verläuft quer durch die politischen Lager.²⁹

Die Kombination einer sogenannten Politischen Kulturforschung mit der Erforschung des Rechtsradikalismus ist aufgrund der Diffusität und weitläufigen Beliebigkeit des Begriffs der Politischen Kultur streng genommen kaum verbreitet. Wie bereits beschrieben, finden sich zwar

²⁵ Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 16.

²⁶ Lösche und Walter zufolge dürfe das „Milieu“ aber auch nicht idealisiert oder mythologisiert werden; vgl. Lösche, Peter / Walter, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 26 (2000), S. 471–492, hier S. 472.

²⁷ Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 39 f.

²⁸ Um den Überblickscharakter zu wahren, orientiert sich diese grobe Einteilung an Winkler, Jürgen R. / Jaschke, Hans-Gerd / Falter, Jürgen W.: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 9–21; Salzborn: Rechtsextremismus; Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., München 2006; Birzer, Markus: Rechtsextremismus – Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 72–83; Stöss, Richard: Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23–66; Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Berlin 2010.

²⁹ Vgl. Neugebauer, Gero: Extremismus, Rechts- extremismus, Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13–37; Virchow, Fabian: „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen, in: Ders. / Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5–41; Grimm, Marc: Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts, Weinheim/Basel 2018.

einige Überlegungen zum Zusammenhang dieser Dimensionen; doch wird politische Kultur weithin tendenziell als statisches Konstrukt und abstrakter Erklärungsfaktor angesehen.³⁰ Versteht man hingegen die Politische Kultur als dynamische gesellschaftliche Dimension, in deren Wechselwirkung das Phänomen „Rechtsextremismus“ eingebettet ist, fallen viele Forschungsarbeiten bereits aus dem Raster, weil sie diesen Aspekt vor allem statisch betrachten.³¹ Ist diese Perspektive in den USA schon seit den 1950er Jahren weitverbreitet,³² haben – wie bereits erwähnt – in Deutschland vor allem Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke versucht, diese Denkrichtung zu etablieren.³³ Sie betonen besonders die Bedeutung der historisch entwickelten und kulturell geprägten Strukturen einer Gesellschaft als maßgeblichen Ansatzpunkt zur Erforschung des „Rechtsextremismus“ und seiner Einbettung in gesellschaftliche Normvorstel-

lungen.³⁴ Bis in die 1980er Jahre wurde in verschiedenen Settings versucht, diese Perspektive weiterzuentwickeln – bspw. durch die Kombination von lokalen Milieustudien, politischen Kulturansätzen und der Erklärung rechtsradikaler Wahlerfolge.³⁵ Allerdings hat sich daraus in Deutschland keine eigenständige Forschungstradition entwickelt.³⁶ Residuen dieses „Forschungsansatzes“ finden sich lediglich noch rudimentär in der psychoanalytischen, teils sozialpsychologischen und sozialisationstheoretischen Forschung, die heutzutage allerdings weitgehend unabhängig von sozialwissenschaftlichen Forschungsansätzen operiert.³⁷

30 Andere Forschungsstränge, die mit einem Konzept der politischen Kultur operieren, fokussieren besonders auf die Einstellungsforschung. In der Diktion von Rohe entspricht dieses Verständnis von politischer Kultur allerdings allein der Ebene der Deutungskultur. Insofern unterscheiden sich hier die Auffassungen von Politischer Kulturforschung.

31 Dies problematisiert bereits Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 292–313.

32 Vor allem durch den Ansatz eines „Extremismus der Mitte“; vgl. Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Bases of Politics, London 1960. In dieser Tradition stehen auch die „Studien zum autoritären Charakter“, die zwar nicht mit diesen Begrifflichkeiten arbeiteten, aber durch die Einbeziehung der psychoanalytischen Theorie Freuds und der Betonung der kulturellen Einflüsse sowie Wechselwirkungen der Persönlichkeitsstruktur und den Einflüssen der Sozialisation ebenfalls intentional ein solches Programm analysierten; vgl. dazu Adorno: Studien zum autoritären Charakter.

33 Vgl. Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984; Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998.

34 Salzborn bemerkt, dass diese Grundüberlegung in der Rechtsextremismusforschung zwar weitverbreitet sei, aber in der öffentlichen Debatte kaum vertreten werde, da die „demokratische Mitte“ damit nicht *eo ipso* losgelöst von einem randständigen „Rechtsextremismus“ betrachtet werde; Salzborn: Rechtsextremismus, S. 110.

35 Vgl. Henning, Eike: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119–154; Stöss, Richard: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, in: Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 105–139.

36 Vgl. Clemenz, Manfred: Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland. Eine sozialpsychologische Kritik, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 126–176, hier bes. S. 137–144.

37 Vgl. Oevermann, Ulrich: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syn-droms, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 83–125. Teilweise sind diese Dimensionen aber auch noch in der interpretativen Sozialforschung, bspw. in Form von Biografie-Rekonstruktionen, verhaftet, wie dies häufig in der Analyse von jugendlichem Rechtsextremismus Anwendung findet; vgl. Sigl, Johanna: Biografische Wandlungen, ehemals organisierter Rechts-extremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung, Wiesbaden 2018;

Unabhängig davon hat in den vergangenen Jahren das Interesse an empirischen Studien über „Rechtsextremismus“ in regionalen und lokalen Zusammenhängen zugenommen.³⁸ Dabei fällt vor allem die Varianz der kleinteiligen Ansätze ins Auge: Auf der einen Seite stehen Studien, die gewisse Regionen aufgrund der Performanz rechtsextremer Phänomene in der Öffentlichkeit auswählen. In diesen Analysen steht die Bedeutung des wechselseitigen Zusammenhangs politischer und kultureller Subsysteme im Vordergrund, weshalb oftmals einzelne Gruppen oder Teilkohorten – wie z.B. Jugendliche – innerhalb eines solchen Beziehungsgeflechts herausgegriffen werden.³⁹ Auf

der anderen Seite versuchen vor allem aktuellere Studien, regionale Kontextfaktoren zur Erklärung des „Rechtsextremismus“ mithilfe von sogenannten Sozialraumanalysen zu extrapolieren.⁴⁰ Dieser Forschungsstrang stellt auch für unser Vorhaben eine wichtige Basis dar, lassen sich damit doch Indikatoren und Grundüberlegungen zur Justierung eines Analyserahmens setzen, auf die später in der Auswertung zurückgegriffen werden kann. Allerdings kann unter dem Gesichtspunkt der Politischen Kulturforschung einem solchen Design nur eingeschränkt gefolgt werden; denn die Sozialraumanalyse erstrebt tendenziell die Erklärung eines vermeintlichen „Ist“-Zustands, während Politische Kulturforschung auf ein Verständnis eines politisch-kulturellen Mentalitätswandels einer Region abzielt.⁴¹ Oder einfacher ausgedrückt: Beide Vorgehensweisen folgen einer unterschiedlichen

Özsöz, Figen: Rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug. Der Einfluss von Jugendhaft auf rechtsextremistische Orientierungsmuster jugendlicher Gewalttäter, Berlin 2009; Nölke, Eberhard: Marginalisierung und Rechtsextremismus. Exemplarische Rekonstruktion der Biographie- und Bildungsverläufe von Jugendlichen aus dem Umfeld der rechten Szene, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 257–278.

38 Vgl. Dülmer, Hermann / Ohr, Dieter: Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008), H. 3, S. 491–517; Becker, Reiner / Hafenecker, Benno: Rechtsextremismus im ländlichen Raum – Im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, in: Debiel, Stefanie et al. (Hg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen, Wiesbaden 2012, S. 147–160.

39 Hierzu zählt etwa die Studie „Sozialpsychologie des Rechtsextremismus“, die in den 1990er Jahren Jugendliche unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten in der Region Kärnten untersuchte; siehe Menschik-Bendele, Jutta / Ottomeyer, Klaus: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, Opladen 1998; aber auch die Studie „Rechtsextremismus und sein Umfeld“, die in den 2000er Jahren Regionalanalysen in ökonomisch starken Regionen in Baden-Württemberg durchführte. Dabei wurden unterschiedliche methodische Ansätze kombiniert, wie etwa ethnografische Beobachtungen, Fokusgruppen oder auch speziell an Jugendliche gerichtete quantitative Fragebögen; vgl. Held, Josef et al. (Hg.): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008, S. 47. Siehe auch Baier, Dirk / Pfeiffer,

Christian: Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher, in: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 135–145.

40 Vgl. Möller, Kurt: Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-)pädagogischer Perspektive, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 159–164. Hierzu zählen vor allem: die Studie „Rechtsextremismus im lokalen Kontext“, die anhand von vier Fallstudien die regionalen Kontextfaktoren, die Angebotsstrukturen der extremen Rechten sowie die „rechtsextremen Geländegewinne“ und dadurch auch die sogenannten Normalisierungseffekte untersucht (siehe Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten); die Studie „Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden“, welche die sogenannte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in sozialräumlichen Kontexten am Beispiel von Dortmund und Dresden untersucht (siehe Grau, Andreas / Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel 2013) sowie die Studie „Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext“ am Beispiel von Dortmund (siehe Luzar: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext). Noch positivistischer zu Thüringen vgl. Best, Heinrich et al.: Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen, Projektbericht KomRex, Jena 2017.

41 Vgl. Walter, Franz: Analyse von regionalen Teilkulturen im Zerfall – das Beispiel Sachsen. Göttinger Antwort auf Bochumer Kritik, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993), H. 4, S. 674–680.

Logik und haben jeweils verschiedene Perspektiven auf einen empirischen Gegenstand.

Uns geht es weniger sozialraumanalytisch um eine Positionsbestimmung rechtsradikaler Akteure innerhalb des Kontextes und deren Erklärung durch Extrapolation lokalkultureller Kontextfaktoren als um das wechselseitige Ineinandergreifen unterschiedlicher Strukturdimensionen innerhalb eines „objektiv-geistigen Strukturzusammenhangs“⁴² – also um die Erklärung gesellschaftlicher Bewusstseinsformen innerhalb der politischen Kultur. Kurzum: Für die Sozialraumanalyse ist Rechtsradikalismus primär eine bereits identifizierte Gefahr und ein klar sichtbarer Brandherd, dessen Ausbreitung und Problemursachen lokalisiert werden sollen, weil sie einen vermeintlichen Bruch mit der „Normalität“ darstellen.⁴³ Für die Politische Kulturforschung ist Rechtsradikalismus hingegen ein latenter Mentalitätsstrom, der auch dann für Veränderung sorgt, wenn er gerade nicht organisiert, sichtbar und personalisiert identifizierbar ist; denn er ist Teil der lokalspezifischen Politischen Kultur und damit eingebettet in die jeweilige sozial- wie deutungskulturelle Aushandlung einer vermeintlichen „Normalität“.

Die Betonung der Bedeutung kommunaler Kontextfaktoren für die Entstehung und Entwicklung rechtsradikaler Phänomene hat insgesamt zwar zugenommen; doch spielen kommunale Analysen zum Phänomen des „Rechtsextremismus“, so urteilte Dierk Borstel schon 2011, weiterhin eine „eher marginale Rolle“⁴⁴. Zwar existieren durchaus einzelne Fallbeispiele aus einzelnen Bundesländern⁴⁵ oder zu speziellen Städ-

ten und Regionen⁴⁶; doch haben diese zumeist in ihrer Anlage und eigentlichen Analyse ganz unterschiedliche empirische Gegenstände und betrachten auch ganz unterschiedliche Phänomene und Zusammenhänge, sodass nur schwerlich von einer Stringenz gesprochen werden kann. Ein relativ großer Anteil empirisch ausgerichteter Forschung zu Rechtsradikalismus in regionalen, lokalen oder kommunalen Kontexten konzentriert sich auf Untersuchungen in den neuen Bundesländern.⁴⁷ Zu Niedersachsen liegen in dieser Hin-

extremismus in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis heute). Phänomene, Hintergründe und Handlungsempfehlungen, Gutachten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages von Baden-Württemberg, Esslingen 2015, URL: https://www.kontextwochenzeitung.de/fileadmin/content/kontext_wochenzeitung/dateien/245/NSU-UA_Gutachten_Moeller.pdf [eingesehen am 06.12.2018]; zu Hessen vgl. Hafeneeger, Benno / Becker, Reiner: Rechte Jugendcliquen in Hessen, Schwalbach/Ts. 2007; Hafeneeger, Benno / Becker, Reiner: Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das Beispiel Hessen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21 (2008), H. 4, S. 39–44 oder zu Bremen vgl. Dinse, Jürgen: Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursache und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien, Bremen 1992.

42 Rohe, Karl: *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*, S. 162.

43 Dies zeigt sich allein schon daran, dass Sozialraumanalysen zumeist genau diejenigen Orte und Regionen untersuchen, in denen eine starke rechtsradikale Szene existiert, wie etwa Dortmund, Dresden oder etwas allgemeiner Thüringen.

44 Borstel, Dierk: „Braun gehört zu bunt dazu!“. *Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern*, Münster 2011, S. 15.

45 Hier existieren Studien bspw. zu Baden-Württemberg; vgl. Held, Josef et al.: *Rechtsextremismus und sein Umfeld*; Möller, Kurt: *Überblick über die Struktur und Entwicklung des Phänomenbereichs Rechts-*

46 Beispielweise zu Dortmund vgl. Borstel, Dierk / Luzar, Claudia / Sundermeyer, Olaf: *Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen*. Ein Update 2011, Dortmund 2011; Luzar: *Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext oder zu Berlin* vgl. Dorn, Bea et al.: *Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention*, Berlin 2003. Hervorzuheben ist demgegenüber die Studie „Die Republikaner im Schatten Deutschlands“, eine Regionalanalyse zu Frankfurt a.M., weil sie Wahl- und Sozialstrukturanalysen theoriegeleitet einbindet; siehe Henning, Eike: *Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz*, Frankfurt a.M. 1991.

47 Vgl. Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun (Hg.): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, Schwalbach/Ts. 2010; Borstel, Dierk / Heinz, Elise / Luzar, Claudia: *Demokratieentwicklung in Vorpommern – Analyse und Checkliste für die Praxis*, Münster 2015; Klärner, Andreas: „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“. *Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt*, in:

sicht bislang keine vergleichbaren Untersuchungen vor.⁴⁸ Insofern kann für das hier vorliegende Forschungsinteresse in mehrfacher Hinsicht von einer Forschungslücke gesprochen werden.

1.3 Zum Vorgehen: Ein erster Zugriff auf die politische Kultur

Die Debatte, wie sich rechtsradikale Organisationen, Assoziationen oder Einstellungsmuster analysieren lassen, ist zergliedert und zerstritten. Unzählige Perspektiven, Blickwinkel und Zugriffe haben sich in den vergangenen Jahren herauskristallisiert und in der Forschungslandschaft institutionalisieren können.⁴⁹ Diese in Teilen festgefahrene Auseinandersetzung soll an dieser Stelle nicht rekapituliert werden, auch wird keine Positionierung darin angestrebt. Vielmehr soll mit einem der Debatte vorgelagerten Zugriff der Blick auf die Voraussetzungen und Bedingungen rechtsradikaler Bewusstseinsformen gerichtet werden: auf die Verfasstheit der politischen Kultur, der untergründigen Stimmungen und Mentalitätsbestände als gesamtgesellschaftlicher Nährboden. Denn einig ist sich die Forschung zumindest darin, dass die Konditionen für die Virulenz des Rechtsradikalismus, aufgrund der Komplexität dieses Phänomens, nicht genau zu bestimm-

men sind. Lediglich lassen sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen in der politischen Kultur für diese Eruptionen herausarbeiten.⁵⁰

Politische Kulturforschung setzt an diesem Punkt an, ihre Analyse ist ein Teilaspekt der Bestimmung von Performanz der heutigen Phänomene. Der bereits erwähnte Karl Rohe erweiterte den vor allem von Gabriel A. Almond und Sidney Verba popularisierten Begriff der politischen Kultur, indem er weiter differenzierte zwischen den Ebenen einer politischen Sozial-⁵¹ und einer politischen Deutungskultur.⁵² Die Sozialkultur bilde eine Art Basis, ein Set an latenten Gewohnheiten, unausgesprochenen Selbstverständlichkeiten, kurz: an Lebensweisen und Mentalitäten. Diese seien, nach Rohe, die tradierten Grundüberzeugungen, die jeweils spezifische kulturelle Beharrungskräfte besäßen, die dem Einzelnen auch nicht unbedingt bewusst sein müssten und die „zumindest für eine Zeitlang nicht in Frage gestellt werden“, mithin „die Ermöglichungsvoraussetzung allen politischen Lebens darstellen“.⁵³ Demgegenüber sei die Deutungskultur eine Art „Überbau“, also die öffentlich sichtbare und manifeste Form politischer Artikulation und Interaktion. Der analytische Kniff in Rohes Einteilung besteht nun darin, dass beide Ebenen zwar voneinander getrennt werden müssen, aber miteinander in steter Wechselwirkung stehen.

Allerdings: Während sich die Deutungskultur je nach Konjunktur und politischer Wechselstimmung relativ schnell wandeln kann, muss dies zugleich nicht deterministisch auch einen langfristigen Einfluss auf die Sozialkultur haben. Und ebenso umgekehrt kann die jeweilige Verkrustung

Ders. / Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 44–67.

48 Zu Niedersachsen existieren bislang nur kleinteilige Studien zu Einzelphänomenen wie bspw. zum „völkischen Rechtsextremismus“ in Nordost-Niedersachsen; vgl. Nowak, Falk: „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen, Amadeu Antonio Stiftung, Hannover 2017. Aus historisch-vergleichender Perspektive ist hier allerdings besonders hervorzuheben Weisbrod, Bernd (Hg.): *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit: Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995.

49 Zum Überblick vgl. Stöss: *Forschungs- und Erklärungsansätze*; Neugebauer: *Einige Anmerkungen zu Begriffen*; Salzborn, Samuel: *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, 2. Aufl., Baden-Baden 2015.

50 In der Forschung wurde dieser Ansatz vor allem von Dudek und Jaschke geprägt; vgl. Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd: *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, 2 Bde., Opladen 1984.

51 Um Missverständnissen vorzubeugen: Rohe gebraucht die Begriffe „Sozialkultur“ und „Soziokultur“ nicht einheitlich, auch weil sie inhaltlich synonym sind.

52 Siehe Rohe: *Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit*.

53 Ebd., S. 42.

in der Sozialkultur auch einen spezifischen Einfluss auf die jeweilige Ausprägung der Deutungskultur haben. An dieser Stelle gilt es nach Rohe, das gesamtgesellschaftliche Ineinandergreifen von Sozial- und Deutungskultur zu fassen. Erst in diesem Sinne meint Politische Kultur für Rohe den erwähnten „objektiv-geistigen Strukturzusammenhang“⁵⁴, bezeichnet tieferreichende Vorstellungsmuster, die unter der Oberfläche messbarer Einstellungen liegen und sie zu einem Sinnzusammenhang verbinden.⁵⁵ Ein solch umfangreiches Programm kann im Rahmen dieser Studie freilich kaum geleistet werden; aber Rohes Zugriff kann dennoch als Orientierungsmarke dienen, sodass sich Einzelanalysen zumindest in diese Richtung konzentrieren können.

Grundlegend für eine Fortführung dieses Gedankens ist, die Entwicklung rechtsradikaler Parteien und Organisationen in Niedersachsen im Längsschnitt zu betrachten. Der Überblick über die Ambivalenzen der politischen Kultur und das Wechselverhältnis zu rechtsradikalen Assoziationen, Mentalitäten und Bewusstseinsformen sowie Milieustrukturen soll eine Art Einstieg und historisch-ethnografische Folie als Ausgangspunkt für weiterführende Einordnungen liefern. Im Anschluss an Rohe sind die lokalkulturelle Institutionalisierung und die Performanz von Parteien zuvörderst Kristallisationskerne der jeweiligen soziohistorischen Verfasstheit der politischen Kultur.

Parteien und Organisationen verraten insofern zunächst einmal etwas über die Konstituierung der lokalen Deutungskultur. Erst mit einem genaueren, vertiefenden Blick lässt sich also im Anschluss an die Deutungskultur auch potenziell etwas über die tieferliegende Sozialkultur, und damit über die Politische Kultur insgesamt, aussagen.

Die Analyse von Parteien liefert daher einen ersten strukturierenden Zugriff auf die Verfasstheit der Deutungskultur. Denn mithilfe der Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien in einzelnen Regionen wird ein erstes orientierendes Raster geschaffen, das etwas über die Beschaffenheit der

jeweiligen sozialhistorischen, regional-lokalen Deutungskultur aussagt. Gruppierungen, Organisationen und Netzwerke sind aufgrund ihrer Artikulationsfunktion primäre Seismografen für bestimmte lebensweltliche Milieus und kulturelle Einstellungsmuster. Ihre Präsenz oder aber auch ihr spezifisch-regionaler Zerfall dienen in erster Linie als Anhaltspunkte auf dem Weg zur Identifikation rechtsradikaler Teilkulturen – auch wenn sich die Perspektive an dieser Stelle ihrer analytischen Grenzen bewusst ist.⁵⁶ Es gibt, wieder mit Karl Rohe, keinen sozialstrukturellen und keinen historisch-kulturellen Determinismus, stattdessen sind historische Traditionen und Sinnbezüge lediglich „Chancen, die einer Partei zugespielt werden. Mehr nicht.“⁵⁷ Diese Ambivalenzen stellen sich in regionalkulturellen Kontexten teilweise viel deutlicher dar als in großen, überbordenden Betrachtungen.⁵⁸ Gerade auch im Bundesland Niedersachsen zeigen sich historisch „landesspezifische Charakteristika“⁵⁹, die zeithistorisch immer wieder unterschiedliche Auswirkungen auf das Ausmaß rechtsradikaler Einstellungsmuster wie auch auf die Strukturen des politischen Rechtsradikalismus hatten.

⁵⁴ Rohe: Politik, S. 162.

⁵⁵ Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 39 f.

⁵⁶ Vgl. grundlegend Walter: Analyse von regionalen Teilkulturen im Zerfall.

⁵⁷ Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 182.

⁵⁸ Vgl. Weisbrod, Bernd: Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 68 (1996), S. 91–105.

⁵⁹ Nentwig, Teresa / Werwath, Christian: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 15–24, hier S. 18.

2 Traditionslinien des Rechtsradikalismus in Niedersachsen

Das Land Niedersachsen bestand nach 1945 aus unterschiedlichsten, teils widersprüchlichen Traditionsbeständen – versinnbildlicht etwa in den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Hannover und Oldenburg.⁶⁰ Niedersachsen war von Anbeginn gekennzeichnet durch ein „beachtliches Stück an Ungleichzeitigkeit zwischen der politischen Neuordnung und der ihr graduell nachhinkenden gesellschaftlichen Entwicklung“⁶¹. Allein die verschiedenen territorialen Herrschaftstraditionen, die preußische Erfahrungszeit, aber auch der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gau-Satrapien sowie die „Flurbereinigung“ der Länder unter britischer Besatzung machten das Land Niedersachsen seit seiner Gründung am 1. November 1946 zu einem „Kunstland“ ohne eigenständiges, einheitliches Landesbewusstsein.⁶² Niedersachsen galt als ein

„eher konservative[s] Bundesland“⁶³, schließlich arbeiteten noch in den 1960er Jahren rund zwanzig Prozent der Erwerbspersonen in Niedersachsen in der Landwirtschaft.⁶⁴

Trotz dieser Ambivalenzen, trotz dieser spezifischen ländlich-geprägten Sozialstruktur galt das Land nach 1945 zugleich *auch* als eine SPD-Hochburg. Die Sozialdemokraten stellten hier insgesamt über vierzig Jahre den Regierungschef, bis heute gilt das Land als Kadenschmiede für SPD-Politiker mit bundespolitischen Ambitionen, wie etwa Kurt Schumacher, Gerhard Schröder oder Sigmar Gabriel.⁶⁵ Sozialhistorisch betrachtet zeichnet die politische Entwicklung Niedersachsens gerade auch aufgrund seiner Flächengröße ein steter lebensweltlicher Konflikt unterschiedlicher Milieus aus. Die Konstituierung dieser „sozialmoralischen Milieus“ (M. Rainer Lepsius) ist sowohl von konfessio-

60 Vgl. Reeken, Dietmar von: Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78, hier bes. S. 61 ff.

61 Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 214.

62 Vgl. Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 497.

63 D’Antonio, Oliver: Die CDU in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 135–158, hier S. 157.

64 Vgl. Schildt, Axel: Landestradi-tion und moderne Lebenswelt. Niedersachsen seit den sechziger Jahren. Eine Skizze, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 651–663, hier S. 652.

65 Vgl. Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133.

nellen als auch von soziostrukturellen Kontextfaktoren in ihrer geschichtlichen Entwicklung geprägt. Im heutigen Niedersachsen lassen sich seit dem 19. Jahrhundert schematisch grob vier Milieu-Ausprägungen identifizieren, die sich freilich regional-lokal nochmals unterschiedlich ausformten⁶⁶: Der Nordwesten von Oldenburg bis Wittmund war klassisch liberal, wohingegen der Westen von Süd-Oldenburg bis Osnabrück und ins Emsland katholisch-konservativ geprägt ist; und während die nordöstliche Region von Osterholz bis Lüneburg auf eine lange welfisch-protestantische Tradition zurückblickt, sammelte sich in den Industriegebieten im östlichen Braunschweiger Bezirk um Helmstedt, Braunschweig und Salzgitter das sozialistische Milieu. Alle vier Milieus knüpften nach 1945 weitgehend an ihre traditionellen Organisationsmuster aus der Weimarer Zeit an und formten dementsprechend unterschiedliche Parteiausprägungen mit.⁶⁷

2.1 Parteien in Niedersachsen in der Nachkriegszeit

Der politisch-kulturelle Wandlungsprozess nach 1945 verlief in Niedersachsen wesentlich langsamer als in West- und Süddeutschland. Die Fixierung auf fest umrissene homogene Wählergruppen – wie auch die politische Orientierung insgesamt – schien hier besonders durch lokale und von regionalen Interessen geprägte Politikangebote repräsentiert zu werden. Die Bindung gerade des Bürgertums an die jeweiligen Repräsentanten hielt aufgrund regionalkultureller Resilienzen wesentlich länger an als etwa in den Industrieregionen West- und Süddeutschlands: „So überlebte im niedersächsischen Raum eine spezifische Ausprägung des Parteiensystems, das durch eine vorübergehende Renaissance des Neonazismus und die politische Zersplitterung des Bürgertums gekennzeichnet war.“⁶⁸

Tabelle 1: Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1949–63

	SPD	CDU	DP	FDP	KPD	Zentrum	GB/ BHE	DRP	SRP
1947	43,4	19,9	17,7	8,8	5,6	4,1	—	0,3	—
1951	33,7	23,7		8,3	1,8	3,3	14,9	2,2	11,0
1955	35,2	26,6	12,4	7,9	1,3	1,1	11,0	3,8	—
1959	39,5	30,8	12,4	5,2	—	0	8,3	3,6	—
1963	44,9	37,7	2,7	8,8	—	—	3,7	1,5	—

Anmerkung: Die CDU trat 1951 zusammen mit der DP als Niederdeutsche Union an.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Landeswahlleiters; Hucker, Bernd Ulrich;

Schubert, Ernst; Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 722

66 Vgl. Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 220.

67 Naßmacher, Karl-Heinz: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Parteiliten und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945,

in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 71–97, hier S. 77.

68 Trittel, Günter J.: Die „verzögerte Normalisierung“: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd

Nach der ersten Bundestagswahl 1949 – und besonders in Niedersachsen – war sofort von „Weimarer Verhältnissen“ die Rede.⁶⁹ Schließlich gründeten sich hier, zwischen Wilhelmshaven und Göttingen, gleich mehrere Parteien rechts der Mitte, die mit teils beachtlichen Ergebnissen in die Parlamente einzogen. Ein landeskulturelles Spezifikum in der Parteienlandschaft war vor allem die Deutsche Partei (DP), mit dem konservativen Cunctator Heinrich Hellwege an der Spitze. Die DP war die nationalkonservative Konkurrenz zur CDU, vor allem in den protestantischen Gebieten Niedersachsens, wo ihre organisatorischen Zentren lagen.⁷⁰ Hellwege symbolisierte parteipolitisch geradezu das landesspezifische Weltentum und die anti-preußischen Affekte in den nordöstlichen Teilregionen Niedersachsens. Aber auch mentalitätsgeschichtlich betrachtet ist die DP eine Besonderheit, denn nach 1945 erfuhr das Heimat-Pathos eine ungemeine Verbreitung, wie es auch die Heimatfilme jener Jahre par excellence ausdrücken. Hellwege wiederum verkörperte diese Heimat-Sehnsucht und bediente als „Mann der Heimat“⁷¹ mit der DP ebenjene Bedürfnisse.

Insbesondere im Gebiet von Cuxhaven bis Lüchow-Dannenberg versammelte die DP den alten selbstständigen Mittelstand und die bäuerliche Landbevölkerung hinter sich. Zwar erhielt sie bei der Wahl 1955 bloß 12,4 Prozent; aber aufgrund parteistrategischer Erwägungen der CDU wurde Hellwege dennoch zum Ministerpräsidenten einer Regierungskoalition aus DP, CDU, FDP und GB/BHE gewählt. Daneben war aber auch gerade der GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) in Niedersachsen politisch erfolgreich. Schließlich bildete Anfang der 1950er Jahre in Niedersachsen die

Gruppe der „Vertriebenen“ und „Flüchtlinge“ rund „ein Drittel der Nachkriegsbevölkerung“⁷². Bei der Landtagswahl 1951 hatte der GB/BHE 14,9 Prozent erzielt. Sein politisches Profil war in Niedersachsen insofern besonders, als der GB/BHE seine Politik in der Praxis hier viel stärker als die Bundespartei an den sozialpolitischen Interessen seiner Anhänger ausrichtete. Hier war die Partei eine wirkliche Klientelpartei; und weil sie primär nur diesen Interessen verpflichtet war, konnte sie auch pragmatischer agieren als andere Landesverbände, was ihre politischen Chancen auf Regierungsbeteiligungen erhöhte.⁷³

Doch war der GB/BHE nicht die einzige Partei für Vertriebene und Flüchtlinge – sonst wäre er wahlpolitisch vermutlich noch erheblich bedeutender gewesen. Denn auch die CDU erzielte bei dieser Gruppe eine relativ große Resonanz. In diesem nicht unbedeutenden Wählerspektrum zeigte sich aber auch eine sozialstrukturelle Spaltungslinie: Nach Helga Grebing wählten den GB/BHE vor allem eher diejenigen Vertriebenen und Flüchtlinge, die bereits vor ihrer Flucht arm gewesen waren, sowie die Älteren. Die jungen Vertriebenen und Flüchtlinge, die nun zwar arm waren, doch ihre soziale Position aus der Zeit vor ihrer Flucht als Maßstab anlegten, wählten dagegen tendenziell eher gerade nicht den GB/BHE und auch nicht die SPD, sondern vor allem die CDU.⁷⁴

Daneben zählte auch die FDP in Niedersachsen anfangs zu den Parteien rechts der Mitte. Sie trat zwar das Erbe der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) in deren alten Wählerhochburgen aus der Weimarer Zeit – wie Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe oder Lippe-Dehmold – an und fungierte gerade in diesen liberalen Traditionsgebiete-

Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635–650, hier S. 636.

69 Vgl. ebd., S. 635.

70 Ritter, Gerhard A./Niehuss, Merith: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987, S. 120.

71 Vgl. Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 186–215.

72 Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 500.

73 Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Andere Parteien in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 203–226, hier S. 210.

74 Vgl. Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 226.

ten zwischen Nord-Oldenburg und Wittmund⁷⁵ als „lokale Milieupartei“⁷⁶. Wie stark eine solche Milieubindung sein konnte, zeigt sich etwa daran, dass die FDP im Wahlkreis Ammerland bei den Kommunalwahlen 1948 sogar 48,8 Prozent erzielen konnte.⁷⁷

Doch änderte die FDP mit der Zeit ihre Agenda.⁷⁸ Schließlich war sie nach 1945 zum Teil eben auch ein Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder, welche die FDP wegen ihres teils deutschnationales Profils⁷⁹ unterwanderten.⁸⁰ So stürzte der FDP-Verband in Hannover in eine Krise, als die britischen Militärbehörden dem Mitbegründer der dortigen FDP – Walther Hasemann, der seit 1946 zugleich Landesvorsitzender war – wegen dessen NSDAP-Vergangenheit die Parteiarbeit untersagten.⁸¹ Doch da mit dem Ende des Jahres 1948 zugleich die Kontrollen der politischen Parteien endeten,⁸² konnte Hasemann bis 1949 als Landesvorsitzender der FDP in Niedersachsen arbeiten, ehe er in den Bundestag einzog.

Bis Mitte der 1950er Jahre kämpfte die FDP parteiintern um ihren politischen Kurs. Dies zeigte sich etwa in der sogenannten Schlüter-Affäre.⁸³ Nachdem die FDP infolge der Landtagswahl 1955 mit CDU, DP und GB/BHE eine Regierungskoalition eingegangen war, entbrannte ein Skandal über den neuen Kultusminister der FDP, den erst 33-jährigen Leonhard Schlüter. Schlüter war in der FDP schnell aufgestiegen, nachdem er zuvor in der DRP aktiv und schon dort für seine rechtsradikalen Ansichten bekannt gewesen war.⁸⁴ Der Rektor der Universität Göttingen, Emil Woermann, protestierte – unterstützt von Studenten – nach der Ankündigung, dass Schlüter neuer Kultusminister werden solle. Zunächst suchte Woermann das Gespräch u.a. mit Ministerpräsident Hellwege und führenden FDP-Vertretern. Doch als diese kein Einlenken signalisierten und Schlüter schließlich ernannt, traten der Rektor und der Senat von ihren Ämtern in der akademischen Selbstverwaltung zurück.⁸⁵

Gerade innerhalb der FDP wurde die Schlüter-Affäre zum Lackmestest. Der eine Teil der Partei forderte seinen Rücktritt, der andere Teil, tendenziell stärker aus dem niedersächsischen Landesverband, stärkte dagegen Schlüter den Rücken.⁸⁶ Als die Affäre immer heftiger in der Öffentlichkeit verhandelt wurde, bot Schlüter letztlich doch, am 9. Juni 1955, Ministerpräsident Hellwege seinen Rücktritt an. Mindestens bis zu dieser Zeit ist die FDP im Parteienspektrum den rechtsradikalen Parteien zuzuordnen.

Nach 1945 verhinderte zunächst die Lizenzierungspraxis der Alliierten weitgehend die frühe eigenständige Organisation offen beken-

75 Vgl. Suckow, Achim: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 207–230, hier S. 208.

76 Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 167.

77 Vgl. Marten, Heinz-Georg: Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972, S. 91.

78 Vgl. ebd., S. 21.

79 Reeken: Ein Land – viele Regionen?, S. 68.

80 Vgl. Treibel, Jan: Die FDP in Niedersachsen. Wandlungsfähige Partei mit ungewisser Zukunft, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 159–175, hier S. 162; vgl. auch Trittel, Günter J.: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“ Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.

81 Vgl. Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 32.

82 Zur Entnazifizierung nach 1945 vgl. Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 59 ff.

83 Vgl. Nentwig, Teresa / Walter, Franz: Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte, in: Ionescu, Dana / Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, S. 195–243, hier S. 202 f.

84 Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 82.

85 Vgl. Nentwig, Teresa: „Kultusminister der vierzehn Tage“. Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955, in: Walter, Franz / Dies. (Hg.): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2016, S. 126–138.

86 Vgl. Marten: Die FDP in Niedersachsen, S. 84.

nender rechtsradikaler Parteien, sodass sich deren Kader in andere Parteien eingliedern mussten. Doch ab Ende der 1940er Jahre konnten sich gerade in Niedersachsen zwei Parteien konstituieren, die paradigmatisch für den organisierten Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit stehen: die Deutsche Reichspartei und die Sozialistische Reichspartei.

Nach 1945 entstand aus der ehemaligen DNVP im norddeutschen Raum die Deutsche Konservative Partei (DKP). Sie konnte sich aber nur schwer profilieren, weshalb sie sich nach kurzer Zeit mit anderen Kleinstparteien zur Deutschen Reichspartei (DRP, bundesweit auch als DKP-DRP bekannt) zusammenschloss. Die spätere DRP wurde schon bald zur „Herberge für Rechtsextremisten unterschiedlicher Prägung“⁸⁷. Hier konnten sich früh ehemalige NSDAP-Mitglieder durchsetzen und ihren Einfluss geltend machen. Einer Gruppe um Fritz Dorls, Gerhard Krüger, Justus Krause und Fritz Rößler, allesamt NSDAP-Mitglieder der ersten Stunde, gelang es, sich in der DRP gegen gemäßigttere Kräfte durchzusetzen.⁸⁸ Zu den noch relativ moderaten Kräften zählten etwa auch der zuvor genannte Leonhard Schlüter, der daraufhin zur FDP ging, oder Adolf von Thadden, der später NPD-Vorsitzender wurde. Die DRP, deren niedersächsischer Landesverband 1951 allein rund 1.200 Mitglieder zählte, hatte ihre Anhänger vornehmlich in „städtischen Krisengebieten“ (wie bspw. in Wolfsburg und Braunschweig) und teilweise bis hinein in die Arbeiterschaft.⁸⁹

Von den Gemeindewahlen in Wolfsburg vom 28. November 1948 ging in gewisser Weise ein Aufbruchssignal für den organisierten Rechtsradikalismus in Niedersachsen aus, später als so-

genannter Wolfsburg-Schock⁹⁰ bekannt. Hier erreichte die DRP mit 64,3 Prozent überraschend die absolute Mehrheit. Die SPD, die noch 1946 bei der Kommunalwahl die absolute Mehrheit hinter sich gewusst hatte, wurde aufgrund von Korruptionsaffären sozialdemokratischer Betriebsräte bei VW kurzfristig auf 21,8 Prozent abgestraft.⁹¹ Doch kurz nach der Wahl wurde selbige aufgrund von Formfehlern annulliert und die Britische Militärregierung ließ die DRP nicht wieder zur Wahl zu.

Bei der Bundestagswahl 1949 erzielte die DRP, nun wieder zugelassen, in Wolfsburg 40,1 Prozent.⁹² Daher lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass Niedersachsen „Stammland und Hochburg der DRP-Organisation“⁹³ war. Wahlstatistiken zeigen, dass sie organisatorisch dort gut vertreten war und auch bei Wahlen „überdurchschnittliche Stimmenanteile“ erzielen konnte, wo schon „die NSDAP besonders früh besonders erfolgreich gewesen war“.⁹⁴ Dies trifft gerade auf jene Gegenden zu, in denen es „ländlich-mittelständische Strukturen“ mit „geringer Industrialisierung“ gab, die mit einem „überaus hohen protestantischen Bevölkerungsteil zusammentrafen“.⁹⁵

⁸⁷ Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 982–1024, hier S. 982.

⁸⁸ Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 103 f.

⁸⁹ Vgl. Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 645.

⁹⁰ Werner, Carina: Die Geburt der Bundesrepublik, in: ndr.de, URL: <https://www.ndr.de/kultur/geschichte/chronologie/Die-Geburt-der-Bundesrepublik,gruendungbundesrepublik100.html>, 14.04.2009 [eingesehen am 06.12.2018].

⁹¹ Vgl. Kraus, Alexander: Zwischen Bestürzung und Fassungslosigkeit. Fremd- und Eigendeutungen des DRP-Wahlsieges von 1948 in Wolfsburg, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte, November 2016, S. 1–4.

⁹² Vgl. Pollmann, Klaus Erich: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 231–255, hier S. 239 f.

⁹³ Sowinski, Oliver: Die Deutsche Reichspartei (1950–1965). Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a.M. 1998, S. 51.

⁹⁴ Ebd., S. 52.

⁹⁵ Ebd., S. 66.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erzielte die DRP in Niedersachsen 8,1 Prozent und erhielt damit fünf Bundestagsmandate. An der Verteilung der Stimmenanteile zeigt sich, in welchen Regionen die DRP von spezifischen lokalen Kontextfaktoren profitieren konnte: Überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielte sie besonders in Aurich-Emden (11,5), Leer (12,7) und Wilhelmshaven (23,7), also dem nordwestlichen Weser-Ems-Bezirk. Sie war aber auch im Bezirk Lüneburg in Uelzen (15,3) oder im Bezirk Braunschweig in Gandersheim-Salzgitter (15,5), in Braunschweig-Land/Helmstedt (18,7) oder in Peine-Gifhorn (16,6) überaus erfolgreich.⁹⁶ In all diesen Regionen verdichtete sich zum Zeitpunkt der Wahl die wirtschaftliche Not im Zusammenhang mit Eingliederungsproblemen der zahlreichen Vertriebenen, weshalb diese Faktoren die DRP-Wahlentscheidung begünstigt haben könnten.⁹⁷

In ganz Niedersachsen lag die Arbeitslosenquote 1949 bei 16,5 Prozent, in DRP-Hochburgen wie Emden/Stadt mit 23,1 Prozent oder in Wilhelmshaven mit 30,7 Prozent sogar noch deutlich höher.⁹⁸ Auch wenn innerhalb der DRP anfangs ehemalige NSDAP-Mitglieder einigen Einfluss ausüben konnten, so waren diese von dem programmatischen Profil der Partei dennoch im Grunde enttäuscht: Einige Parteifunktionäre sahen den Kurs der Partei als zu gemäßigt an, sodass sie sich relativ schnell abspalteten und 1949 die Sozialistische Reichspartei (SRP) gründeten.

Diese Partei knüpfte an nationalsozialistische Traditionslinien an und hatte, bezeichnenderweise, gerade auch in Niedersachsen ihre „Hochburg“⁹⁹. Hier lag ihr organisatorischer Schwerpunkt, auch ihre Parteigründung ging von hier aus, ihre wichtigsten Parteiführer agierten von hier.¹⁰⁰ Ihre

lokalen Hochburgen hatte die SRP besonders in den Kreisen Wolfsburg, Hameln, Friesland und Dannenberg.¹⁰¹ Bundesweit zählte die SRP 1951 über 10.000 Mitglieder, allein in Niedersachsen waren es über 6.500, also deutlich mehr als die Hälfte aller Parteimitglieder.¹⁰² Die niedersächsische „Regionalpartei“¹⁰³ wurde auf der „mittleren und höheren Funktionärssebene fast ausschließlich von ehemaligen, im lokalen Umfeld verankerten ‚alten Kämpfern‘ geführt, denen es gelang, sowohl Teile des bäuerlich-mittelständischen Honoratiorentums von den bürgerlichen Parteien fernzuhalten als auch größere Anteile eines soziostrukturell höchst inhomogenen Protestpotenzials an sich zu ziehen“¹⁰⁴. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1951 erhielt die SRP elf Prozent und damit 16 Mandate – und dies, obwohl die Bundesregierung noch zwei Tage vor der Wahl einige SRP-Suborganisationen verboten und einen Parteiverbotsantrag angekündigt hatte.¹⁰⁵

Das SRP-Ergebnis war bis hinauf zur Bundesebene ein politischer Schock, der kurze Zeit später auch zum ersten bundesdeutschen Parteiverbotsantrag führte. Zu offensichtlich und manifest wurde die Präsenz eines hohen gesellschaftlichen Anteils rechtsradikaler Mentalitäten als Basis für entsprechende politische Organisationen, sodass sie schließlich 1952 vom Bundesverfassungsgericht als NSDAP-Nachfolgeorganisation eingestuft und verboten wurde.

Betrachtet man die Wahlergebnisse genauer, zeigen sich zugleich aber auch teils deutliche re-

⁹⁶ Siehe Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 237.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 238.

⁹⁸ Vgl. ebd.

⁹⁹ Vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 2274–2336, hier S. 2274.

¹⁰⁰ Naßmacher: Andere Parteien in Niedersachsen, S. 212.

¹⁰¹ Vgl. Büsch, Otto/Furth, Peter: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei (SRP), Berlin/Frankfurt a.M. 1957, S. 7–195, hier S. 72.

¹⁰² Vgl. Schmollinger: Die Sozialistische Reichspartei, S. 2321.

¹⁰³ Vgl. Trittel, Günter J.: Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 67–85.

¹⁰⁴ Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 644.

¹⁰⁵ Vgl. Schmollinger: Die Sozialistische Reichspartei, S. 2311.

gionale Unterschiede¹⁰⁶: Denn einerseits hatte die SRP in 35 Gemeinden sogar die absolute und „in 375 Wahlkreisen die relative Stimmenmehrheit“¹⁰⁷ gewonnen; andererseits erhielt sie in vielen Regionen nur Ergebnisse im Promillebereich. Die besten Werte erzielte sie etwa im Bezirk Hannover in Diepholz (32,9) oder im Weser-Ems-Bezirk in Emden/Stadt (23,5). Insgesamt erwies sich besonders der nordwestliche Teil des Bezirks Lüneburg als SRP-Territorium, in welchem sie ihre besten Ergebnisse hatte, wie bspw. in Bremervörde (32,9), Lüneburg-Land (29,7), Hadeln (28,0), Verden (27,7), Rotenburg (27,6) oder Zeven (26,2).¹⁰⁸ Schließlich gab es gerade in diesen Regionen eine überdurchschnittliche Anzahl von Heimatvertriebenen.¹⁰⁹

Die SRP war also besonders in solchen Regionen erfolgreich, in denen einst die NSDAP relativ früh überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatte, bzw. auch in den Stammländern der DP.¹¹⁰ Demgegenüber erzielte die SRP schwache Ergebnisse in katholisch geprägten Regionen und in Industrieregionen.¹¹¹ Wahlstatistisch lässt sich bei den SRP-Ergebnissen nicht von einem bestimmten Wählermilieu sprechen.¹¹² Dieser Abriss verdeutlicht, dass die SRP und die DRP zwar überwiegend in denselben Regionen erfolgreich waren, in denen zuvor schon die NSDAP relativ rasch Wahlerfolge hatte erzielen können; er zeigt aber auch, dass beide Parteien von jeweils unterschiedlichen Strukturmomenten profitierten.

Allein dieser kurze Überblick über die unterschiedlichen rechtsradikalen Parteien in der Nachkriegszeit verdeutlicht, mit welchem außerordentlich hohem rechtsradikalen Potenzial die junge Bundesrepublik, speziell in Niedersachsen, konfrontiert war. Bei der Bundestagswahl 1949 bemaß sich dieses jenseits von CDU/CSU, SPD und FDP „im Bundesgebiet auf 10,5 Prozent der Wähler“¹¹³ – wobei die Stimmen für lizenzierte rechtsradikale Parteien, Stimmen für Vertriebenen-Organisationen und Stimmen für Unabhängige eingerechnet sind. In Niedersachsen lag der Anteil noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Allein die bislang genannten Charakteristika und lokalkulturellen Spezifika der unterschiedlichen rechtsradikalen Parteien verraten schon einiges über die Kristallisationsmomente für den Antrieb des Rechtsradikalismus. Und in Niedersachsen überlagerten sich nach 1945 geradezu paradigmatisch unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen und ganz spezifische lokalkulturelle Folien, die sich in fünf Merkmalen verdichten lassen:

- *Erstens* hatte keine konsequente Entnazifizierung auf lokaler Ebene stattgefunden. Zwar hatte es eine solche ebenso wenig in anderen Bundesländern gegeben; aber in Niedersachsen verschärften die dort gebündelten Strukturmerkmale diesen Umstand, sodass hier die ehemaligen NSDAP-Mitglieder gerade im politischen Leben wieder eine herausgehobene Stellung erlangten. Denn die regionalen Antreiber für den Aufbau rechtsradikaler Strukturen waren schließlich vor allem die „einheimischen Kader der alten Kämpfer“¹¹⁴.
- *Zweitens* hatte Niedersachsen besonders unter mangelnden Strukturreformen und sozialen Krisen zu leiden. Der Aufbau der zerstörten Städte kam nur schleppend voran, was zu verschärfter Wohnungsnot führte. Über-

¹⁰⁶ Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 242.

¹⁰⁷ Schmollinger: Die Sozialistische Reichspartei, S. 2311.

¹⁰⁸ Vgl. ebd.

¹⁰⁹ Vgl. Büsch/Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 98.

¹¹⁰ Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 241; vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 104.

¹¹¹ Vgl. Schmollinger: Die Sozialistische Reichspartei, S. 2312.

¹¹² Naßmacher: Andere Parteien in Niedersachsen, S. 213.

¹¹³ Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 84.

¹¹⁴ Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren, S. 224.

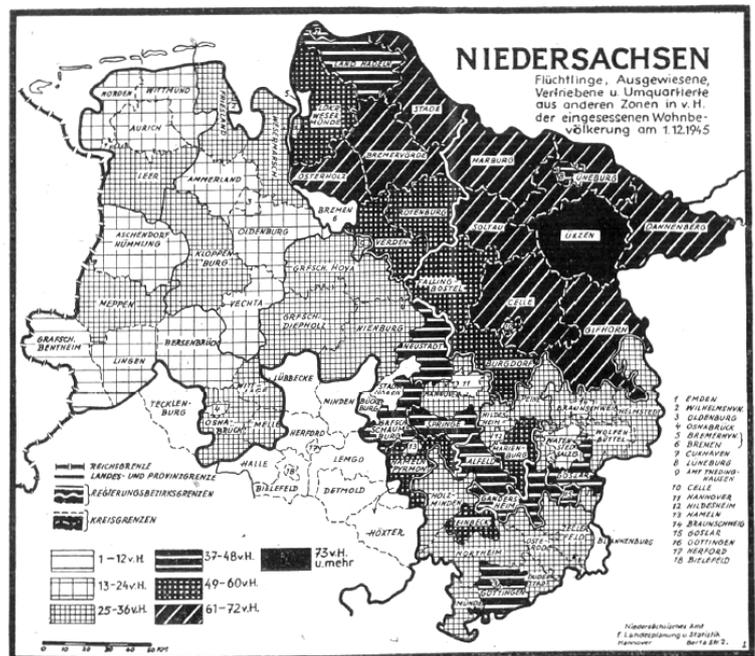
haupt wirkten die wirtschaftlichen Aufbauhilfen auch aufgrund von politisch-organisatorischen Problemen hier teils viel später als in strukturstarken Industrieregionen wie etwa in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kamen aber auch noch andere, verschärfende Faktoren, wie bspw. die Verzögerung der Bodenreform, sodass gerade die Landbevölkerung die Klärung der Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken abzuwarten hatte, bis sie diese bewirtschaften konnte. Nicht zuletzt war gerade die städtische Bevölkerung an Nahrungsmitteln unterversorgt. Aufgrund der Nahrungsmittelknappheit und der gestiegenen Preise ereigneten sich 1950 andauernde Hungerdemonstrationen und Hungerstreiks. Nachdem bspw. das Land Niedersachsen 1948 mit seinen Kartoffellieferungen in Rückstand geraten war und mehr Kartoffeln für die eigene Bevölkerung einlagerte, als vorbestimmt war, kürzte das damalige Wirtschafts- und Ernährungsamt zur Strafe die Brotationen – der darauffolgende Konflikt weitete sich zum bundesweiten „Kartoffelkrieg“ aus.¹¹⁵

- Ein spezifisch niedersächsisches Phänomen war *drittens* die „Flüchtlingsfrage“: Die große Zahl von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bildete eine drängende politische Aufgabe für alle Erstaufnahmeländer entlang der Grenze zur Sowjetischen Besatzungszone¹¹⁶. Niedersachsen nahm 1950 insgesamt über 1,8 Millionen Vertriebene auf. Dabei hatte das junge Bundesland damals selbst lediglich 4,1 Millionen Einwohner – was einer Vertriebenenquote von rund 27 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach; Flüchtlinge

gab es zur gleichen Zeit rund 360.000, also knapp fünf Prozent.¹¹⁷

Allerdings bestanden starke regionale Unterschiede, die darüber entschieden, ob aus dieser „Vertriebenen-Frage“ jeweils grundlegende Probleme erwuchsen. Für Niedersachsen lässt sich von einem „Ost-West-Gefälle“¹¹⁸ sprechen: Nach 1945 konzentrierten sich die Ballungszentren für Vertriebene aufgrund der geografischen Lage entlang

Abbildung 1: Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Niedersachsen 1945



Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Jg. 1 (1947), H. 1, S. 19

¹¹⁷ Vgl. Ritter/Niehus: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

¹¹⁸ Parisius, Bernhard: Auf der Suche nach Nischen. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 77 (2005), S. 109–130, hier S. 109.

¹¹⁵ Vgl. Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 638.

¹¹⁶ Vgl. Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen.

der Ostgrenze von Stade, Harburg und Lüneburg bis Lüchow-Dannenberg. Auch bis in den Raum Hannover, von Celle bis Nienburg oder Hildesheim, verteilten sich die Vertriebenen.¹¹⁹ Zugleich fällt hierbei allerdings auch auf – wohl nur zum Teil auch der bloßen Anzahl von Vertriebenen geschuldet –, dass die Regionen unterschiedlich mit den Vertriebenen umgingen. Gerade in West-Niedersachsen verteilten sich die Flüchtlinge stärker auf einzelne regionale Teilgebiete, weshalb hier auch schon von einer „Stärkung der Provinz“¹²⁰ gesprochen wurde. Demgegenüber sammelten sich die Vertriebenen in Ost-Niedersachsen tendenziell eher in Ballungsgebieten, was zu zusätzlichen Integrationsproblemen führte.¹²¹ Der außerordentlich hohe Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen verstärkte überdies das Bedürfnis nach gemeinschaftsstiftenden Momenten – sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für die Zugezogenen. Und gerade diese Funktion erfüllte in der Nachkriegszeit die Imagination der „Heimat“; konnten doch die eingesessenen Niedersachsen in ihren Wunsch nach Heimat eine „heile Welt“ projizieren und die Flüchtlinge und Vertriebenen ihre Sehnsucht nach der „alten Heimat“ ausdrücken und sich zugleich mit ihrer neuen Lage abfinden. Das Heimat-Pathos galt zwar für die gesamte Bundesrepublik nach 1945, aber in Niedersachsen drückte es sich durch den überproportional hohen Anteil an Vertriebenen und Flüchtlingen besonders stark aus.

- *Viertens* war der Antikommunismus in Niedersachsen nicht zuletzt aufgrund der großen Landesgrenze zur DDR gerade im östlichen Gebiet ausgesprochen ausgeprägt

und rabiati. Ministerpräsident Hellwege charakterisierte bspw. sein Bundesland als das „Grenzland zum Bolschewismus“ und bezeichnete den Antikommunismus buchstäblich als eine „deutsche Aufgabe unserer niedersächsischen Heimat“.¹²²

- Und *fünftens* – darauf deuten die Wahlergebnisse für rechtsradikale Parteien sowohl in der Weimarer Zeit als auch nach 1945 hin – erfuhr die „nationalsozialistische Blut-und-Boden-Ideologie im Agrarland Niedersachsen vor allem in den mittelbäuerlich geprägten ländlichen Eliten eine besondere Resonanz“¹²³.

Diese Probleme verloren erst Mitte der 1950er Jahre merklich an politischer Relevanz. Im Zuge des „Wirtschaftswunders“ wurden soziale Probleme wie Wohnungs- und Ernährungsmangel spürbar abgemildert; auch die einsetzende Konsumwelle und der Aufbau der zerstörten Städte trugen dazu bei. Diese „voranschreitende soziale Befriedung“ entzog „allen rechtsextremen Gruppen“ vordergründig die „Existenzgrundlage“.¹²⁴

2.2 Regionale und milieugeprägte Wählertraditionen

Vor diesem skizzierten Hintergrund lassen sich schematisch grob drei niedersächsische Teilregionen als rechtsradikale Hochburgen nach 1945 identifizieren: *Erstens* war der organisierte Rechtsradikalismus besonders in ländlich-agrarischen Gebieten mit welfischer Tradition stark. Sowohl die SRP als auch die DRP erzielten überdurchschnittliche Erfolge etwa im Nordosten um Lüneburg, Stade, Celle, Bremervörde/Rotenburg und Verden. Die SRP war darüber hinaus *zweitens* auch in einzelnen Industrieregionen mit sozialistischem Milieu im östlichen Niedersachsen er-

¹¹⁹ Vgl. Brosius, Dieter: Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 99–113.

¹²⁰ Parisius: Auf der Suche nach Nischen, S. 124.

¹²¹ Vgl. Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunkturen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1968, S. 127.

¹²² Zit. nach Reeken: Ein Land – viele Regionen?, S. 73.

¹²³ Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 637.

¹²⁴ Ebd., S. 645.

folgreich; so erzielte sie etwa in Wolfsburg, Helmstedt, Salzgitter und Goslar hohe Ergebnisse. Und schließlich waren rechtsradikale Parteien wie SRP und DRP *drittens* gerade auch in liberalen Traditionsgebieten, wie bspw. in Wilhelmshaven, Wittmund und Nordoldenburg, aber auch in Göttingen-Stadt, überdurchschnittlich stark.

Dieser Befund ist erklärungsbedürftig, unterschiedliche regionale und milieugeprägte Wählertraditionen lassen sich identifizieren: Rechtsradikale Parteien waren in den 1950er Jahren gerade in den Traditionsgebieten der Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP) bzw. der späteren DP überdurchschnittlich erfolgreich. Diese teilweise fließenden Übergänge zeigten sich schon in der Weimarer Zeit etwa in Nienburg, wo die starke protestantische und welfische Tradition dazu führte, dass die Region eine „deutsch-nationale Hochburg“ der DNVP und des Stahlhelms wurde.¹²⁵ Gerade in diesen ländlich-protestantischen Gebieten „gehörten die soldatischen Verhaltensweisen zum landestypischen Tugendkanon. Hier gedieh der ‚homo harzburgiensis‘, jener männlich-soldatische Typ des bodenständigen Kämpfers, der sich unter Berufung auf die niedersächsischen Stammeseigenschaften der nationalen Wiedergeburt durch politische Säuberung nach innen und wehrhafte Haltung nach außen verschrieben hatte.“¹²⁶

Schließlich waren die Welfen bis Anfang des 20. Jahrhunderts hinein eines der bedeutendsten Adelsgeschlechter Europas gewesen. Ihre Dynastie stellte bis in die Neuzeit Fürsten und Kaiser, stabilisierte im 18. Jahrhundert die Personalunion des Kurfürstentums Hannover mit Großbritannien – bis heute gilt das Fürstengeschlecht als konstitutives Moment der Historisierung einer „niedersächsischen“ Identitätssuche. Das Welfentum steht *pars pro toto* für eine „invention of tradition“ (Hobsbawm/Ranger), also eine konstruierte Herrschaftslegitimation qua kultureller Adaption selektiver Traditionen. Oder einfacher aus-

gedrückt: Der Rückbezug zu den Welfen stiftet Niedersachsen als einem erst 1946 gegründeten Bundesland einen historisch legitimierten (partiellen) Landesstolz, was bis heute u.a. am Landeswappen („Welfenross“) zu erkennen ist.

Und zugleich ist an dieser milieugeprägten Wählertradition auffällig, dass Liberale hier nie ein Wurzelwerk hatten aufbauen können. Doch musste diese Welfentradition nicht *automatisch* auch rechtsradikale Parteien begünstigen; denn wo das Welfentum weniger in eine deutsch-nationale Tradition, sondern eher in eine konservative Solidargemeinschaft eingebunden war, konnten Parteien weit rechts der Mitte, wie die DRP, organisatorisch nie Fuß fassen.¹²⁷ Je genuin konservativer und in sich homogener die Teilmilieus waren, sodass ihre Selbstabgrenzung nach außen umso stärker war, wie etwa prototypisch in Celle, desto schwieriger hatte es etwa die DRP, sich dort zu verankern.¹²⁸

Demgegenüber waren die liberalen Milieus immer schon wesentlich fragiler gewesen; denn anders als in konservativen oder sozialistischen Milieus waren bei ihnen schon seit der Kaiserzeit Parteibindungen nie besonders tiefgreifend ausgeprägt gewesen.¹²⁹ Auch dadurch erklärt sich, weshalb rechtsradikale Parteien immer schon in liberalen Traditionsgebieten im Landesvergleich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnten, wie etwa in Wilhelmshaven oder den Kreisen Wittmund und Friesland. In diesen liberalen Stammgebieten im nördlichen Weser-Ems-Raum taten sich zugleich Sozialdemokraten – sofern es keine unmittelbaren Industrieorte waren wie etwa in Varel, Brake oder Delmenhorst – besonders schwer.¹³⁰ Die linksliberale DDP war von

¹²⁵ Steinwascher, Gerd: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Fünfter Band, Hannover 2010, S. 21–199, hier S. 65.

¹²⁶ Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 506.

¹²⁷ Vgl. Sowinski: Die Deutsche Reichspartei, S. 339.

¹²⁸ Vgl. Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002, S. 185 ff.

¹²⁹ Winkler, Jürgen R.: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933, Opladen 1995, S. 438.

¹³⁰ Vgl. Steinwascher: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 50.

Nord-Oldenburg bis Ostfriesland die Anwältin des „Bildungs- und Besitzbürgertums, der kleinen und mittleren Beamten“¹³¹; doch konnte sie nie feste Bindungen zu ihrer Klientel aufbauen, sodass sich zunächst fließende Übergänge zur DNVP ergaben. In Oldenburg lässt sich während der Weimarer Jahre so deutlich wie in kaum einer anderen Teilregion dieser „Flügelwechsel der bürgerlichen Wähler nach rechts“¹³² studieren. Hier konnte die NDSAP binnen kürzester Zeit die Strukturen und den Wählerstamm der DNVP absorbieren und usurpieren.¹³³ Aber auch in der Nachkriegszeit lagen in diesen Gebieten etwa die Ergebnisse der SRP über dem Landesdurchschnitt¹³⁴ – allerdings auch hier in unterschiedlichen Ausprägungen: Während DRP und SRP 1951 in den Kreisen Wittmund und Friesland zusammen 14,9 Prozent erzielten, wählten im benachbarten Wilhelmshaven auch aufgrund der spezifischen Krisensituation um den ehemals wichtigen Kriegshafen knapp ein Viertel aller Wahlberechtigten diese Parteien.¹³⁵

Der bereits angesprochene Faktor der hohen Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen wirkte sich ebenfalls auf die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien aus. Allerdings konnten DRP und SRP dieses Potenzial regional jeweils nur dort abschöpfen, wo der GB/BHE lediglich schwach verankert war, wie in den neuen Industriestädten Salzgitter oder Wolfsburg.¹³⁶ Wo sowohl die SPD als auch die CDU parteipolitisch bereits früh lo-

kal konsolidiert waren und wo die hohe Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen nur kurzzeitig zu Wahlerfolgen des GB/BHE führte, konnten DRP und SRP kaum Erfolge erzielen. Dies ist beispielhaft im Raum Goslar zu beobachten: Dort erhielt der GB/BHE 1951 zwar 16,2 Prozent, aber die DRP schaffte lediglich 1,9 Prozent und auch die SRP blieb mit 8,4 Prozent deutlich unter ihrem Landesdurchschnitt.¹³⁷

In den sozialistischen Milieus – nicht nur in den urbanen Industrieregionen, sondern auch in den Küstenstädten – hatten es Parteien rechts der Mitte (erwartungsgemäß) wesentlich schwerer; doch auch hier konnten sie je nach lokalkulturellen Bedingungen durchaus bestehen.¹³⁸ Historisch betrachtet hatten rechtsradikale Gruppierungen kaum eine Chance in Regionen mit einer sozialdemokratischen Prägung, konsolidierten Parteistrukturen und gleichzeitig einem gefestigten liberalen Milieu des prosperierenden Bildungs- und Besitzbürgertums, wie etwa im südlichen Niedersachsen zwischen Hannover und Göttingen.¹³⁹ Exemplarisch zeigt sich dies besonders im Raum Schaumburg-Lippe: Hier kam die SPD in der Weimarer Zeit fast an die absolute Mehrheit heran und auch die linksliberale DDP hatte hier einzelne Zentren.¹⁴⁰

Überhaupt: Schaumburg-Lippe war im Gebiet des späteren Niedersachsens die einzige

131 Steinwascher: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 58.

132 Günther, Wolfgang: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 54 (1982), S. 19–43, hier S. 31.

133 Vgl. ebd., S. 38.

134 Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, S. 225.

135 Vgl. ebd.

136 Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 85.

137 Vgl. Roßdeutscher, Reinhard: Wählerverhalten im Vorharz nach dem 2. Weltkrieg. Einflußfaktoren auf die Resultate rechtsextremer Parteien im Vorharzraum bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Zeit von 1946 bis 1952, Frankfurt a.M. 1990, S. 322.

138 Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

139 Dass dieses Bürgertum aber nicht automatisch gefestigt war, sondern unter geänderten sozialen Verhältnissen auch durchaus schnell umkippen konnte, zeigt sich exemplarisch an der Situation in Göttingen oder auch Northeim in der Weimarer Republik; vgl. Imhoof, David: Becoming a Nazi Town. Culture and Politics in Göttingen between the World Wars, Ann Arbor 2013; Allen, William Sheridan: Das haben wir nicht gewollt. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, Gütersloh 1966.

140 Vgl. Steinwascher: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 58.

Teilregion, in der die NSDAP erst nach 1933 mit 43,4 Prozent stärkste Kraft wurde – in allen anderen Regionen war die NSDAP dies spätestens bis 1932.¹⁴¹ Ähnliches gilt auch für Regionen mit einer starken sozialdemokratischen Solidargemeinschaft, wie in den städtischen Wahlkreisen Braunschweigs¹⁴² oder Hannovers¹⁴³. Je brüchiger allerdings die inneren Verflechtungen in diesen sozialistischen Milieus zwischen den sozialdemokratischen Assoziations- und den Parteistrukturen waren – bspw. im Braunschweiger Umland wie an dem bereits erwähnten „Wolfsburg-Schock“ ersichtlich –, desto eher konnten rechtsradikale Parteien auch hier zumindest begrenzte Erfolge verbuchen.¹⁴⁴ Gerade in den sozialistischen Milieus im Braunschweiger Bezirk, in denen die SPD für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht wurde, erreichte der GB/BHE 1951 etwa in Helmstedt (22,1) oder im Braunschweiger Land (23,0) überdurchschnittliche Ergebnisse. Wo die SPD hingegen organisatorisch besonders stark war und der Arbeiterschaft einen vermeintlichen Ausweg anbot, erzielten die Sozialdemokraten ihre besten Ergebnisse, wie etwa in der Stadt Braunschweig (40,3).¹⁴⁵

Am resistentesten gegenüber rechtsradikalen Parteien waren eindeutig die katholischen Milieus. In den katholischen Traditionsgebieten der Deutschen Zentrumspartei (DZP) bspw., in den nordwestlichen Regionen von Süd-Oldenburg bis ins Emsland, tendenziell auch im Eichsfeld, konnten weder in der Weimarer Zeit noch in der jungen Bundesrepublik Parteien weit rechts der Mitte nennenswerte Erfolge erzielen.¹⁴⁶ Dass das katho-

lische Milieu hier unzweifelhaft eine abfedernde Wirkung für politische wie kulturelle Verwerfungen haben konnte, zeigt sich exemplarisch am Raum Osnabrück. Während in der Weimarer Zeit im sonstigen Gebiet des heutigen Niedersachsens die parteipolitische Radikalisierung und Polarisierung gerade auch für Neu- und Erstwähler ab Mitte der 1920er Jahre sich zuvörderst in Zunahmen für die NSDAP und die KPD äußerten, kanalisierte in Osnabrück das Zentrum diese Stimmen.¹⁴⁷ In der Nachkriegszeit bauten die Christdemokraten gerade diese katholischen Teilregionen zu ihren Hochburgen aus, wo sie bis heute über eine Hausmacht verfügen.¹⁴⁸

Jenseits dieser spezifischen Milieuprägungen beeinflussten freilich auch andere, aber damit zusammenhängende Kontextfaktoren die regionalen Wählertraditionen. Allein die Motivlagen und die sozioökonomische Basis unterschieden sich sowohl regional als auch parteilich, wie ein Vergleich der DRP-Erfolgsgründe 1949 mit jenen der SRP 1951 verdeutlicht: Der DRP-Erfolg 1949 lag, ähnlich den Gründen für den Erfolg des GB/BHE, vor allem an der verschärften wirtschaftlichen Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge. Kaltefeiter zufolge waren „etwa die Hälfte der DRP-Wähler Vertriebene“¹⁴⁹, die mit der Lizenzierung des GB/BHE 1951 dann auch zu dieser Partei wechselten. Die DRP-Erfolge resultierten also auch aus sozialen und wirtschaftlichen Konflikten vor allem in Regionen, in denen ein großer Anteil von Vertriebenen und hohe Arbeitslosigkeit zusammentrafen. Als dritter Faktor kommt allerdings noch die Sozialstruktur hinzu – war doch die DRP in einzelnen Regionen, in denen die beiden ersten Faktoren alleine auftraten, nicht automatisch erfolgreich. Die DRP-Wählerschaft setzte sich zum Teil eben auch aus Handwerk und Industrie zusammen, und

¹⁴¹ Vgl. Günther: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, S. 32.

¹⁴² Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

¹⁴³ Vgl. Micus: Die SPD in Niedersachsen, S. 118.

¹⁴⁴ Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

¹⁴⁵ Vgl. Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, S. 81.

¹⁴⁶ Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsradikalismus im nordwestlichen Niedersach-

sen, S. 217 f.; Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen, S. 74.

¹⁴⁷ Vgl. Günther: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, S. 37.

¹⁴⁸ Vgl. Ritter/Niehus: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 80.

¹⁴⁹ Kaltefeiter: Wirtschaft und Politik in Deutschland, S. 134.

zwar in Urbanisierungsregionen, die evangelisch waren. Dies spiegelt sich wahlanalytisch auch in der Neigung eines relativ großen Teils der mittelständischen evangelischen Stadtbevölkerung, die DRP zu wählen.¹⁵⁰

Anders sah das Elektorat der SRP 1951 aus: Zwar war die SRP in denselben Regionen wie zuvor die DRP erfolgreich; doch baute sie ihre Ergebnisse teils deutlich aus. Nach Kaltefleiter hatte die SRP lediglich etwa die Hälfte ihrer Wähler aus der ehemaligen DRP-Wählerschaft rekrutiert, die andere Hälfte musste also dementsprechend 1949 noch für andere Parteien gestimmt haben.¹⁵¹ Da-

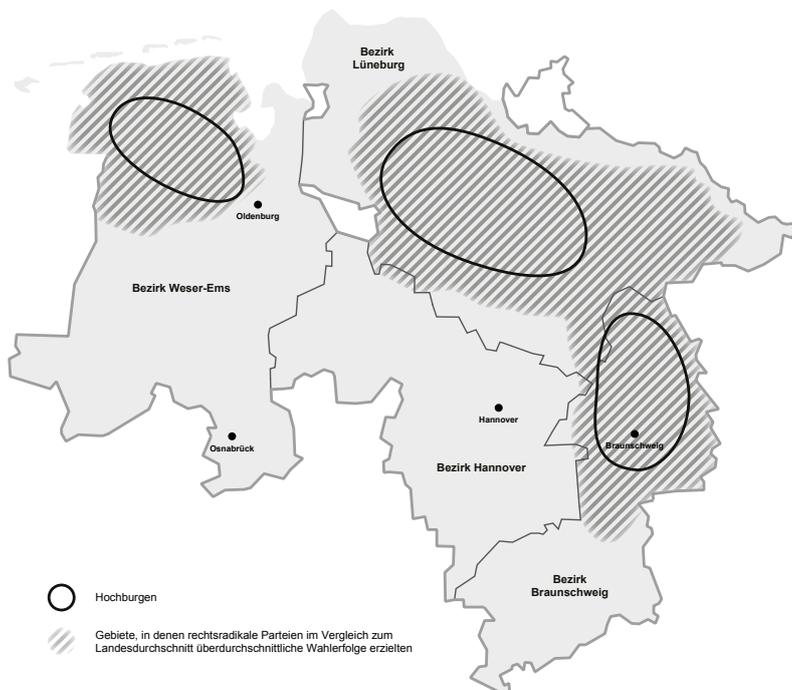
aus folgt, dass die SRP nicht einfach bloß die elektorale Nachfolge der DRP antrat, sondern kurzzeitig auch das Sprachrohr anderer Wählerschichten war. Grundsätzlich wurden beide Parteien zwar durch ähnliche Wahlstrukturmomente wie eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, einen hohen Vertriebenenanteil und eine mehrheitlich evangelische Konfession begünstigt; aber in der Sozialstruktur unterschieden sie sich: Wies die DRP einen relativ hohen Urbanisierungsgrad auf, fiel dieser bei der SRP relativ gering aus.

Daraus folgt, dass dieser Teil der mittelständischen, evangelischen Stadtbevölkerung zwar 1949 für die DRP votierte, nicht aber 1951 für die SRP. Und ebenso umgekehrt: Wählte die evangelische Bevölkerung in den Gebieten mit den erstgenannten Faktoren, aber einem geringen Urbanisierungsgrad 1951 die SRP, hatte sie 1949 der DRP ihre Stimme verweigert.¹⁵²

Aufgrund der langfristigen Prägung durch regionale politische Teilkulturen und unterschiedliche Konfessionen wird oft von einem „niedersächsischen Sonderweg in der Nachkriegszeit“ gesprochen, von einer „verzögerten Normalisierung“¹⁵³. Weil die traditionellen Milieu- und Regionalparteien nach 1945 außerordentlich stark waren, konnten die beiden großen Parteien, SPD wie CDU, keine geerbten Mehrheiten vorfinden. Diese Parteien konnten sich erst nach der Überwindung und Integration widersprüchlicher regionaler Politiktraditionen ab den 1960er Jahren landesweit durchsetzen.¹⁵⁴

Der politische Aufstieg der CDU ist das Spiegelbild des Niedergangs von DZP und DP bzw. auch

Abbildung 2: Eigene schematische Darstellung zur geografischen Ausbreitung des Rechtsradikalismus in den 1950er Jahren



¹⁵⁰ Vgl. Kaltefleiter: Wirtschaft und Politik in Deutschland, S. 134.

¹⁵¹ Siehe ebd., S. 133.

¹⁵² Vgl. ebd., S. 135.

¹⁵³ Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“.

¹⁵⁴ Vgl. Weisbrod: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen, S. 504.

des großen Stimmenverlustes der FDP.¹⁵⁵ Die CDU tat sich zu Beginn in Niedersachsen besonders schwer, überregionale Strukturen aufzubauen und Milieugrenzen zu überschreiten.¹⁵⁶ Vielmehr bildeten sich dort kleine, regional fragmentierte CDU-Landesverbände, denen auch nur zögerlich gelang, den neu postulierten über-konfessionellen Charakter der Christdemokraten durchzusetzen. CDU-Strukturen konnten sich anfangs lediglich dort konsolidieren, wo die Parteifunktionäre entweder in katholische Milieus eingebettet waren – wie im Emsland oder im Eichsfeld –, oder in protestantischen Gebieten, in denen das Zentrum faktisch nicht existierte, wie in Braunschweig.¹⁵⁷

Eine Innovation und Erfolgsgeschichte sondergleichen in der deutschen Parteiengeschichte war die erst in den 1950er und 1960er Jahren einsetzende Entstehung von Volksparteien, paradigmatisch der Sammlungspartei CDU in ihrer Tendenz, traditionell divergierende Strömungen des Bürgertums zusammenzubinden. In Niedersachsen zog sich dieser Konzentrationsprozess der Christdemokraten im Vergleich zum Bundestrend deutlich länger hin.¹⁵⁸ Der „sich in vielfältigen sozialen und politischen Differenzierungen äußernde Regionalismus, die in diesem Land besonders drückende ‚braune Erblast‘ und die Intensität der sozialen Krisen waren die wesentlichen Faktoren, die die ‚Normalisierung‘ verzögerten“¹⁵⁹. In den 1960er Jahren kamen auf gesellschaftlicher Ebene sozioökonomische und kulturelle Wandlungsprozesse und Modernisierungsschübe in Gang, die auch in Niedersachsen regionale Milieus schrumpfen, die Säkularisierung voranschreiten und die überlieferten regionalen politischen Eigenkulturen abschmelzen ließen. Erst in diesen Jahren wurde die CDU endgültig zur entscheidenden Referenz- und Identifikationsgröße für das

bürgerliche Lager. Dies zeigt sich gerade in den nördlichen Gebieten Niedersachsens, wo sich die CDU erst ab den 1970er Jahren wirklich lokal verankern konnte.¹⁶⁰ Dieser einsetzende bürgerliche Sammlungsprozess trug jedenfalls entscheidend dazu bei, dass der sich organisierende Rechtsradikalismus Mitte der 1950er Jahre seine parteipolitische Ausformung einbüßte.

2.3 Die NPD als nationale Sammlungspartei in den 1960er Jahren

Auf der einen Seite dauerte es gerade in Niedersachsen aufgrund regionalkultureller Bedingungen wesentlich länger, bis das Parteienspektrum sich in seiner Dynamik dem bundespolitischen Trend anglich und „normalisierte“. Doch auf der anderen Seite war es wiederum Niedersachsen, von wo aus eine neue rechtsradikale parteipolitische Offensive ausging. Zwischen 1966 und 1969 erlebte der organisierte Rechtsradikalismus eine neuerliche Blütephase, gerade auch angesichts der polarisierten Stimmung aufgrund der ersten Großen Koalition ab 1966.

Am 28. November 1964 wurde in Hannover die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als Sammelorganisation für das nationale Lager gegründet. Sie wurde zwar durch ehemalige DRP-Funktionäre initiiert; doch damit sich die Kontinuität der DRP nicht allzu offen zeigte und um eine breitere Wählerbasis anzusprechen, wurde zunächst nicht die eigentliche „Schlüselfigur“¹⁶¹ Adolf von Thadden, sondern Friedrich Thielen ihr erster Vorsitzender.¹⁶²

¹⁵⁵ Siehe Naßmacher: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen, S. 74.

¹⁵⁶ Vgl. Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 201.

¹⁵⁷ Vgl. D’Antonio: Die CDU in Niedersachsen, S. 137.

¹⁵⁸ Vgl. Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 635.

¹⁵⁹ Trittel: Die „verzögerte Normalisierung“, S. 648.

¹⁶⁰ Vgl. Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, S. 93.

¹⁶¹ Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, Frankfurt a.M. 1999, S. 77.

¹⁶² Dennoch war die DRP-Prägung offensichtlich. Im Prinzip war die NPD keine Neugründung, sondern eine „Nachfolgeorganisation, die auch andere politische Gruppen aufnahm“; Pfahl-Traugber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 68.

Von Thadden war 1921 in Hinterpommern als Sohn eines adligen Grundbesitzers und Landrats geboren worden.¹⁶³ Auch aufgrund seiner pietistischen Familientradition hatte er zeitlebens eine starke religiöse Prägung. Seine politische Karriere begann 1947 mit dem Eintritt in die DKP-DRP (Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, später DRP). Bei den Kommunalwahlen 1948 erzielte von Thadden in Göttingen 10,8 Prozent und war dort bis 1958 Stadtverordneter, zeitweise auch Senator und stellvertretender Bürgermeister. Zugleich zog er für die DRP 1949 in den niedersächsischen Landtag ein, dem er bis 1953 und dann wieder ab 1955 angehörte. Anfang der 1960er Jahre war von Thadden einer der entscheidenden Initiatoren der neuen NPD. Er führte die alten DRP-Strukturen in die neue Partei ein, dabei folgten ihm über 3.000 Mitglieder, weshalb er von Anfang an eine „Hausmacht“¹⁶⁴ in der Partei hinter sich wusste und rasch zur zentralen Führungsfigur der neuen Partei avancierte.¹⁶⁵

Insgesamt gesehen ist von Thadden wohl die bedeutendste Gestalt aus den Reihen des „nationalen Lagers“ nach 1945. Allein seine rhetorischen, organisatorischen und strategischen Qualitäten hoben ihn von den anderen Politikern des nationalen Lagers ab.¹⁶⁶ Er war zweifelsohne nationalistisch und antikommunistisch eingestellt, besaß aber eine eigentümlich besitzbürgerliche Ausrichtung, weshalb er im eigenen Lager programmatisch auch durchaus umstritten war – nicht nur von sei-

ten der Neonationalsozialisten.¹⁶⁷ Ab 1967 war von Thadden dann Bundesvorsitzender der NPD.

Programmatisch gab es zwar durchaus weiterhin offene Bezüge zum Nationalsozialismus, doch waren diese weit weniger konstitutiv als etwa noch zuvor bei der neonazistischen SRP. In den 1960er Jahren war die NPD primär eine deutsch-nationale Partei¹⁶⁸ – auch wenn ihr ein neofaschistisches Moment innewohnte.¹⁶⁹ Sie erzielte auch elektoral relativ hohe Ergebnisse. Nachdem sie kurz nach ihrer Gründung 1965 bei der Bundestagswahl mit 2,0 Prozent immerhin einen Achtungserfolg hatte verbuchen können, schaffte sie es in der Folge, in sieben Landesparlamente einzuziehen. Bei der Bundestagswahl 1969 verfehlte die NPD mit 4,3 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag.

In Niedersachsen – in den 1960er Jahren das „Stammland“ der NPD – errang sie 1967 sieben Prozent und damit zehn Mandate. Ihr Hauptsitz lag in Hannover, ihre drei führenden Köpfe – Adolf von Thadden, Hans-Joachim Richard und Waldemar Schütz – hatten hier auch ihren Wirkungsbereich.¹⁷⁰ Sicherlich konnte die neue Partei in ihrer Gründungsphase auf die Ressourcen in Niedersachsen zurückgreifen; sie hatte in ihrem „Ursprungsland“¹⁷¹ schließlich ihre besten Voraussetzungen. Doch gleichzeitig verschob sich ab 1967 jenseits des zentralen Wirkungsbereiches der NPD in Niedersachsen der regionale Akzent stetig nach

163 Vgl. Treß, Werner: Adolf von Thadden, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2.2: Personen, Berlin 2009, S. 822–824.

164 Treß: Adolf von Thadden, S. 823.

165 Vgl. Taler, Conrad: Die NPD unter Adolf von Thadden, in: Neue Rundschau, Jg. 79 (1968), H. 1, S. 100–111; Rufer, D. [= Jürgen Hahn-Butry]: Adolf von Thadden. Wer ist dieser Mann, Hannover 1969.

166 Vgl. Jesse, Eckhard: Biographisches Porträt: Adolf von Thadden, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 2 (1990), S. 228–238.

167 Vgl. ebd., S. 231.

168 Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 349.

169 Vgl. Kühnl, Reinhard: Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei, Berlin 1967.

170 Vgl. Röpke, Andrea: „Wir erobern die Städte vom Land aus!“, Schwerpunktaktivitäten der NPD und Kameradschaftsszene in Niedersachsen, Braunschweig 2005, S. 10. Auch Richards betont, dass Niedersachsen das „Stammland der Rechten“ und damit der NPD gewesen sei; Richards, Fred H.: Die NPD: Alternative oder Wiederkehr?, München 1967, S. 20.

171 Richards: Die NPD: Alternative oder Wiederkehr?, S. 23.

Tabelle 2: NPD-Wahlergebnisse 1965–69

Wahl	BTW	LTW	BTW											
		SL	HH	NRW	HE	BY	HB	NI	RP	SH	BE	BW		
	1965	1965	1966	1966	1966	1966	1967	1967	1967	1967	1967	1968	1969	
Prozent	2,0	—	3,9	—	7,9	7,4	8,8	7,0	6,9	5,8	—	9,8	4,3	

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Landeswahlleitern

Nordrhein–Westfalen und Hessen, später auch ins nördliche Bayern.¹⁷²

In Niedersachsen indes lassen sich wahlanalytisch einige zentrale Wirkungszentren der NPD in den 1960er Jahren identifizieren: Zunächst war die neue nationale Kraft in denjenigen Regionen überdurchschnittlich erfolgreich, in denen bereits zuvor DRP, SRP und DP Erfolge eingefahren und untereinander um Einfluss gerungen hatten¹⁷³ – vor allem in protestantischen, ländlich-agrarischen Gebieten, die zwar mittelständisch geprägt waren, aber eine schwache Wirtschaftsstruktur aufwiesen. Bei den Wahlen 1969 schnitt die Partei im Durchschnitt deutlich besser in den Gemeinden mit über achtzig Prozent evangelischer Bevölkerung ab.¹⁷⁴ Dies galt besonders für den Bezirk Lüneburg, im Umkreis von Stade und Rotenburg bis nach Celle.¹⁷⁵ Wähler neigten deutlich eher

zur NPD, wenn sie wirtschaftspessimistische Einstellungen hatten und in wirtschaftlich schwachen Regionen lebten, in denen zugleich der Flüchtlings- und Vertriebenenanteil in der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch war.¹⁷⁶

Allgemein betrachtet bestand die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der NPD überwiegend aus der unteren und oberen Mittelschicht.¹⁷⁷ Im bundesweiten Durchschnitt der Wahlen von 1965 bis 1967 hatte die NPD ihr größtes Wählerreservoir unter Arbeitnehmern in kleinen Betrieben und unter Selbstständigen.¹⁷⁸ Reinhard Kühnl betont darüber hinaus, dass die NPD ihre Anhängerschaft vor allem unter dem alten und neuen Mittelstand, den kleinen Geschäftsleuten und Unternehmern sowie den Angestellten und Beamten, aber auch der Bauernschaft fand.¹⁷⁹ Wie schon zu den regionalen und milieugeprägten Wählertraditionen bezüglich der DRP- und SRP-Erfolge in den 1950er Jahren festgestellt,

¹⁷² Vgl. Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 384 f. Hier hatte sie auch absolut ihre höchsten Mitgliederzahlen; vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 1922–1994, hier S. 1974.

¹⁷³ Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1955.

¹⁷⁴ Vgl. Ritter/Niehuss: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 187.

¹⁷⁵ Vgl. Suckow: Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, S. 221.

¹⁷⁶ Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1958.

¹⁷⁷ Vgl. Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 366.

¹⁷⁸ Vgl. Liepelt, Klaus: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 8 (1967), H. 2, S. 237–271, hier S. 246.

¹⁷⁹ Siehe Kühnl, Reinhard: Die NPD. Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 22 (1967), H. 1, S. 22–30, hier S. 22.

zeigt sich auch in den 1960er Jahren, dass die NPD dort Anklang fand, wo die Sozialdemokratie in sozialistischen Milieus Schwierigkeiten hatte, ihre Klientelbindungen zu konsolidieren. So kam die NPD bspw. 1967 im Braunschweiger Land auf immerhin sechs Prozent.¹⁸⁰ Richard Stöss betonte außerdem, dass der NPD „auch im katholischen Milieu [...] beträchtliche Zugewinne“¹⁸¹ gelungen seien, was für Niedersachsen aber nur bedingt nachzuweisen ist.¹⁸²

Nachdem die NPD den Einzug in den Bundestag knapp verpasst hatte, fiel die Partei in eine tiefe Krise: Sie zog in keine weiteren Landesparlamente ein, die Parteifunktionäre übertrafen sich gegenseitig in Schuldzuweisungen und vor allem: Der Partei liefen die Mitglieder davon. Zählte die NPD 1969 noch über 28.000 Mitglieder, so waren es 1972 bloß noch 14.500 und 1978 lediglich noch 8.500. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Adolf von Thadden 1971 als Parteivorsitzender zurück. Sein Nachfolger wurde Martin Mußgnug, der allerdings weder Charisma noch organisatorisches Geschick besaß und in von Thaddens Fußstapfen scheitern musste. In der Folgezeit zerfiel die NPD regelrecht, sodass lediglich ein kleiner Stammkern übrig blieb. Aus Enttäuschung spaltete sich ein radikaler, mehr aktivistisch ausgerichteter Flügel ab, der den parlamentarisch-legalistischen Kurs nicht mehr mittragen wollte. In der Folgezeit fielen der „CDU/CSU etwa vier Fünftel der Wählerschaft der NPD zu“¹⁸³. Bei der nächsten Landtagswahl in Niedersachsen 1970 kam die Partei nur noch auf 3,2 Prozent. Dies war der Anfang vom vorläufigen Ende der neuen nationalen Sammlungspartei.

2.4 Rechtsradikale Organisationsversuche in den 1970er und 1980er Jahren

Nach ihrem kurzzeitigen Höhenflug und ihrem nur knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 löste sich die NPD organisatorisch auf. Das politische Lager rechts der Mitte befand sich aber nicht nur deshalb nach 1968 in einer schweren Krise: Der inzwischen manifest gewordene gesellschaftliche Wandel, die Studentenproteste, die linke Politisierung insbesondere junger Kohorten sowie der einsetzende „Wertewandel“ (Ronald Inglehart) und die Säkularisierung hatten allesamt zu einer Erosion der Milieustrukturen geführt. Lokal-regionale Eigenheiten wandelten sich hierdurch eindrücklich, die Solidargemeinschaften verloren an Bindung: Geschlossene regionale und lokale Milieus, wie sie noch zu Zeiten der Weimarer Republik existierten, lösten sich immer weiter auf.¹⁸⁴ Gerade hierdurch verlor der organisierte Rechtsradikalismus alter Prägung seine gesellschaftlichen Grundlagen. Erst vor dem Hintergrund des fundamentalen lebensweltlichen Wandels werden die darauffolgenden Entwicklungen nachvollziehbar. Das Spektrum zerfaserte und brach in unzählige lose Kleinstgruppierungen und Subkulturen auseinander.¹⁸⁵

Dass rechtsradikale Parteien nach 1968 nur noch bedingt Wahlerfolge erzielen konnten, ist bloß der an der Oberfläche sichtbare Ausdruck für nachfolgende tieferliegende Umstrukturierungsprozesse angesichts des einsetzenden Generationenwechsels: Der deutsche Rechtsradikalismus wandelte nachdrücklich seine Erscheinungsform – und wurde zunehmend militanter. Anfang der 1980er Jahre sprach der Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen davon, dass sich die NPD seit den 1970er Jahren endgültig zur „führende[n] Kraft des Rechtsextremismus“¹⁸⁶ ent-

¹⁸⁰ Vgl. Pollmann: Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, S. 243.

¹⁸¹ Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 139.

¹⁸² Dieser These widerspricht auch Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 376.

¹⁸³ Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 141.

¹⁸⁴ Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 172.

¹⁸⁵ Vgl. Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 60 f.

¹⁸⁶ Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie. Verfassungsschutz in Nie-

wickelt habe. Sie habe diesen erstens programmatisch zumindest äußerlich modifiziert und vom tradierten Anhängen am starren Nationalsozialismus gelöst. Und zweitens nehme die NPD organisatorisch, personell sowie strukturell eine Vermittlungsfunktion zwischen den verschiedenen Strömungen, Kräften und Formationen ein.

satorische Zerfallsprozess deutlich bemerkbar. In manchen Kreisen schaffte es die NPD nicht einmal mehr, ihre JN-Gruppen zu halten, und musste diese schließlich auflösen.¹⁹⁰ Hatte die NPD-Jugendorganisation 1970 noch zwischen 1.100 und 1.800 Mitgliedern gezählt, waren es zehn Jahre später bundesweit bloß noch 500,¹⁹¹ in Nieder-

Tabelle 3: Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1967–86

	SPD	CDU	DP	FDP	Grüne	DKP	NPD
1967	43,1	41,7	—	6,9	—	—	7,0
1970	46,3	45,7	0,4	4,4	—	0,4	3,2
1974	43,1	48,8	—	7,0	—	0,4	0,6
1978	42,2	48,7	—	4,2	3,9	0,3	0,4
1982	36,5	50,7	—	5,9	6,5	0,3	—
1986	42,1	44,3	—	6,0	7,1	0,1	—

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Landeswahlleiters und von Hucker, Bernd Ulrich; Schubert, Ernst; Weisbrod, Bernd (Hg.): *Niedersächsische Geschichte*, Göttingen 1997, S. 722

Retrospektiv betrachtet erstaunt eine solche Einschätzung allerdings.¹⁸⁷ Denn die NPD stürzte nach 1969 in eine schwere politische, personelle und programmatische Krise, in einen „Dissoziationsprozess“¹⁸⁸. Sie war „organisatorisch ausgezehrt und fristete in den folgenden Jahren ein lustloses und inaktives Dasein“¹⁸⁹. Gerade in Norddeutschland, besonders aber in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, machte sich der organi-

sachsen hatte die JN 1977 gerade einmal noch 150 Mitglieder.¹⁹² Kurzum: In der Folge konnte die NPD ihren Anspruch als führende Kraft innerhalb des organisierten Rechtsradikalismus letztlich nach außen kaum erfüllen, die Partei spielte nur noch szeneeintern eine Rolle, konnte in der Öffentlichkeit kaum Wirkung entfalten, zumal ihr ab den 1970er Jahren auf Bundesebene immer stärkere

dersachsen, Hannover 1981, S. 128.

187 Zur Kritik an dieser These ausführlich Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, S. 134–163.

188 Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1928.

189 Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 145.

190 Riehl-Heye, Herbert: Die NPD. Leidensgeschichte einer Rechtspartei, oder: Der Kampf an drei Fronten, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?, Frankfurt a.M. 1980, S. 127–144, hier S. 137.

191 Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 146.

192 Vgl. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1978.

Konkurrenz aus der sich stärker bürgerlich gerierende DVU des Gerhard Frey erwuchs.

Das rechtsradikale Spektrum zerfaserte in den 1970er Jahren in unterschiedliche Lager: Von der NPD oder der DVU über die subkulturellen Gruppen, die sich als sogenannte Neue Rechte verstanden, bis zu den sogenannten Nationalrevolutionären und neonazistischen Zirkeln.¹⁹³ Vor allem das neonazistische Lager, das sich zunehmend von parteipolitischen Strukturen löste und sich in unabhängigen Strukturen zu organisieren suchte, verlor deutlich an Anhängerschaft. Gruppierungen wie die NSDAP-AO (NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation), die besonders in Hessen und Niedersachsen aktiv war, mussten erst wieder Netzwerke und Kader aufbauen. Der niedersächsische Verfassungsschutz sprach zumindest Anfang der 1980er Jahre von nur noch „rd. 120 Neonazis“¹⁹⁴.

Doch gleichzeitig radikalisierte sich in jenen Jahren gerade dieses neonazistische Spektrum und wurde zunehmend militanter.¹⁹⁵ Eine herausragende Rolle für die Organisation und Koordination über die Grenzen dieser Szene hinaus spielte damals Michael Kühnen. Er war *die* entscheidende rechtsradikale Führungsfigur mindestens Norddeutschlands, seine Aktivitäten gingen zumeist vom norddeutschen Raum aus. Kühnen wurde einer der letzten Apologeten der NSDAP, stets war sein großes politisches Ziel der Wiederaufbau dieser Partei in der Bundesrepublik. Die nach ihm benannte „Kühnen-Bewegung“ markierte in jenen Jahren einen grundlegenden Generationen-, Führungs- und Taktikwechsel des organisierten Rechtsradikalismus. Kühnen war die große charismatische Galionsfigur des zwischen-

zeitlich so militant auftretenden jugendlichen Radikalismus.¹⁹⁶

Geboren 1955, wuchs er als Einzelkind in einem konservativ-katholischen Elternhaus im Rheinland auf. Enttäuscht von der Wahlniederlage der NPD 1969 wandte sich Kühnen von dieser Partei und ihrer Jugendorganisation (JN) ab und suchte sich zwischenzeitlich konspirativ-aktionistische Bezugsgruppen.¹⁹⁷ Diese fand er nach eigener Aussage zunächst in der „Liga gegen den Imperialismus“, einer Nebenorganisation der KPD,¹⁹⁸ in welcher er Überschneidungen im Stil und teilweise im Weltanschaulichen mit seinem „nationalen Sozialismus“ sah.¹⁹⁹ Ab Mitte der 1970er Jahre organisierte er sich dann dauerhaft im militanten neonationalsozialistischen Spektrum: zuerst bei der „Aktion Neue Rechte“ und dann bei der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“. Zuvor war Kühnen, Leutnant bei der Bundeswehr, wegen rechtsextremer Aktivitäten unehrenhaft entlassen worden. Durch seinen Mentor Wolf-Dieter Eckhart, führender Aktivist der NSDAP-AO, rasch politisiert und gefördert, gründete er ab 1977 eigene Organisationen wie die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)²⁰⁰, deren erster „Organisationsleiter“ er wurde, als der er die ANS zur bis dato „wohl auffälligsten und aggressivsten Neonazigruppe“²⁰¹ seit 1945 ausbaute.

193 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 63 f; Finkbeiner, Florian: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), Brühl 2016, S. 209–233.

194 Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie, S. 141.

195 Siehe Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 153.

196 Vgl. die tendenziöse Studie von Bräuninger, Werner: Kühnen. Porträt einer deutschen Karriere. Die Biografie, Bad Schussenried 2016.

197 Vgl. Erb, Rainer: Kühnen, Michael, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 8, Berlin 2015, S. 89–92, hier S. 90.

198 Vgl. Graf, Werner: „Wir hatten nur sechs Jahre Zeit“. Michael Kühnens nationaler Sozialismus, in: Ders. (Hg.): „Wenn ich die Regierung wäre ...“ Die rechtsradikale Bedrohung, Bonn 1984, S. 38–53, hier S. 51 f.

199 Vgl. Graf: „Wir hatten nur sechs Jahre Zeit“.

200 Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Biographisches Porträt: Michael Kühnen, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4 (1992), S. 168–180, hier S. 171.

201 Di Lorenzo, Giovanni: Wer, bitte, ist Michael Kühnen? Beschreibung eines Phänomens, in: Benz,

Die Kühnen-Gruppe marschierte nun in SA-ähnlichen Uniformen auf, provozierte mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen,²⁰² verübte Gewalt- und Straftaten; allein Kühnen wurde im ersten Halbjahr 1978 insgesamt 18-mal festgenommen.²⁰³ Nicht mehr die Älteren, ehemaligen NSDAP-Mitglieder prägten nun das Bild, sondern eine junge, nachwachsende Generation. Kühnen strebte auch als Erster deren strukturellen Ausbau an, indem er national-revolutionäre, anarchistische und andere Subkulturen wie Hooligans und Skinheads anzusprechen und zu integrieren versuchte.

Kühnen besaß ein charismatisches und rhetorisches Talent, war darüber hinaus aber auch ein geschickter Organisator und Netzwerker. Neben den Gruppen, die er selbst leitete, unterstützte er zugleich andere Zusammenschlüsse wie etwa die Nationalistische Front (NF)²⁰⁴, baute Kontakte der neonazistischen Szene ins Ausland auf oder gründete taktisch verschiedene Gruppen teilweise parallel, um strafrechtlichen Verbotsmaßnahmen zuvorzukommen und dafür fließend Ersatzorganisationen bereitzustellen, vor allem in Niedersachsen und Hamburg.²⁰⁵ Er zog mediale Aufmerksamkeit auf sich – sei es durch unangekündigte öffentlich-provozierende Aktionen, Interviews oder medienwirksame Verhaftungen, wie sie sich auf einem von ihm inszenierten Parteitag im Juli 1990

in Cottbus beobachten ließ, als Kühnens Festnahme von der *ARD* gefilmt wurde. Vor allem aufgrund dieser medialen Resonanz wurde Kühnen in den 1980er Jahren neben Karl-Heinz Hoffmann (Wehrsportgruppe Hoffmann), dem Rechtsanwalt Manfred Roeder und Friedhelm Busse eine der zentralen Leitfiguren des neonazistischen Lagers.

Anfang der 1980er Jahre befand sich das rechtsradikale Spektrum bundesweit in einer Orientierungs- und Findungsphase, gepaart mit einem neuerlichen Auftrieb des organisierten Rechtsradikalismus.²⁰⁶ Diese Phase wird teilweise auch als eine Art „Inkubationszeit“²⁰⁷ beschrieben. Die NPD änderte in jenen Jahren ihre Taktik und Programmatik. Sie trat nun außenpolitisch für Blockfreiheit und Neutralität ein, suchte einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus und propagierte eine vermeintliche Abkehr vom biologischen Rassismus durch den sogenannten Ethnopluralismus.²⁰⁸ Auch strategisch kam der NPD ab Mitte der 1980er Jahre innerhalb der Subkultur des rechtsradikalen Spektrums wieder eine gewisse Rolle zu, da sie bei der Europa-Wahl 1984 mit 0,8 Prozent zumindest in den Promillebereich kam, was sie in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung brachte.

Wie ernüchert das politische Spektrum rechts der Mitte bis zu dieser Zeit gewesen sein muss, lässt sich schon daran erkennen, dass dieser bescheidene Wahlerfolg der NPD genügte, um für Bündnispartner wieder relativ attraktiv zu werden, wie sich etwa auch an der neuen Kooperation mit der DVU zeigte. Auch die Mitgliederzahlen stiegen Ende der 1980er Jahre wieder auf über 7.000 an. Allein in Niedersachsen hatte die NPD 1981 etwa 800 Mitglieder. Laut niedersächsischem Innenministerium konzentrierten sich die Aktivitäten der NPD in den 1980er Jahren auf fol-

Wolfgang (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 232–247, hier S. 237.

202 Michael Kühnen wurde bundespolitisch bereits 1978 durch die sogenannte Eselmaskenaktion bekannt: Kühnen und einige seiner ANS-Anhänger demonstrierten in Hamburg mit Eselmasken und Papp-schildern, auf denen stand: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden“. Journalisten dokumentierten die anschließende Verhaftung und berichteten mehrere Tage über die Aktion und den jungen Neonazi-Anführer.

203 Vgl. Jaschke: *Biographisches Porträt: Michael Kühnen*, S. 171.

204 Vgl. Pfahl-Traughber: *Rechtsextremismus*, S. 92.

205 Vgl. Kniest, Karl: *Die „Kühnen-Bewegung“. Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur deutschen und europäischen Geschichte des Rechts-extremismus*, Frankfurt a. M. 2000, S. 37 ff.

206 Vgl. Stöss: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*, S. 9.

207 Leggewie, Claus: *Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?*, München 1993, S. 100.

208 Vgl. Botsch: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 88.

gende Regionen:²⁰⁹ im Bezirk Lüneburg vor allem in Celle, Harburg-Land, Lüneburg und Stade; im Bezirk Weser-Ems in Oldenburg und im Bezirk Braunschweig in Northeim.

Zwischenzeitlich erlebte eine neue Partei im rechtsradikalen Spektrum einen Höhenflug: Die Republikaner (REP), gegründet von ehemaligen Christdemokraten um Franz Handlos und Franz Schönhuber, wurden für kurze Zeit zur neuen Sammelbewegung für frustrierte Bürgerliche bis weit rechts der Mitte. Diese neue Partei erzielte Ende der 1980er Jahre durchaus beachtliche Erfolge in Berlin (7,5 Prozent) oder bei der Europawahl (7,1 Prozent). Auf Bundesebene erlangte sie zumindest eine gewisse Bedeutung, tat sich in Niedersachsen allerdings besonders schwer. Dort schaffte sie es kaum, organisatorische Strukturen aufzubauen; ihre Mitgliederstärke blieb deutlich hinter dem Bundestrend und auch elektoral konnte sie hier kaum vergleichbare Erfolge erzielen: Bei der Landtagswahl 1986 konnte sie aus organisatorischen Gründen nicht antreten und selbst 1990 erzielte sie lediglich 1,5 Prozent.²¹⁰ Die genauen Gründe für das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Republikaner ausgerechnet in Niedersachsen sind bis heute nur unzureichend erforscht.

Gegen Ende der 1980er Jahre diversifizierte sich das rechtsradikale Lager endgültig. Die einzelnen Strömungen und Gruppierungen, die sich nicht in Parteien organisierten – was gerade für das neonazistische Spektrum galt –, entfernten sich immer weiter voneinander. Aber nicht nur zwischen diesen Teilströmungen, sondern auch innerhalb dieser Lager kam es zu immer stärkeren Grabenkämpfen. Die aus der ANS ausgebaute „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS-NA) wurde 1983 verboten und organisierte sich von da an als „Bewegung“, spaltete sich allerdings 1986 aufgrund der Personalie Kühnen. Anlass war eine Auseinandersetzung um dessen Homosexualität: Der eine Flügel um Kühnen sah Homosexualität lediglich als eine Form der Sexualität und damit als private Moralent-

scheidung; der andere Flügel um Jürgen Mosler lehnte Homosexualität als „Abnormalität“ ab. Die Spaltung entlang der Homosexualitätsfrage fand ironischerweise Analogien in einer ideologischen Frage zum Verständnis des Nationalsozialismus. Während Kühnen sich offen immer an der Röhm-SA orientierte, verstand sich Mosler immer stärker in der Tradition der SS.²¹¹ Die Gräben vertieften sich gegen Ende der 1980er Jahre, Kühnen geriet immer stärker in eine Isolation.²¹² Die endgültige Spaltung dieser Flügel zeigte sich symbolisch, als der 100. Geburtstag von Adolf Hitler im April 1989 zwar gemeinsam propagiert, aber die Gedenkveranstaltungen getrennt voneinander durchgeführt wurden.

Diese innerszenische Auseinandersetzung betraf freilich nur einen kleinen Teil des Rechtsradikalismus, kann aber dennoch als übergeordnet symptomatisch für die Situation des rechtsradikalen Lagers angesehen werden. Denn diese Zerwürfnisse strahlten auf die weiteren Entwicklungen aus. Mitte der 1980er Jahre avancierte die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) zu der Partei des neonationalsozialistischen Lagers. Zwar schon 1979 von Martin Pape gegründet, blieb diese Kleinstpartei zunächst bedeutungslos. Erst infolge des ANS-NA-Verbots 1983 änderte sich die Situation: Denn Michael Kühnen ließ seine Kader systematisch die FAP-Strukturen infiltrieren, ohne dabei selbst der FAP beizutreten. Dieser „Taktikwechsel“²¹³ zielte darauf ab, unter dem Schutz einer legalen Partei das NS-Verbot zu umgehen. Die Mitgliederzahl der FAP stieg hierdurch Mitte der 1980er Jahre auf über 500 an.

Der Konflikt um Kühnen ab 1986 wirkte sich direkt auf die weiteren Konstituierungsprozesse der FAP aus. Das Kühnen-Lager wurde formal aus der

²⁰⁹ Siehe Niedersächsisches Innenministerium: Wehrhafte Demokratie, S. 141.

²¹⁰ Vgl. Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, S. 202.

²¹¹ Vgl. Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus, S. 81.

²¹² Einige ehemalige Kühnen-Anhänger wechselten die Fronten, liefen zu Mosler über, sodass sich Kühnen immer mehr isolierte. Nach Schätzungen soll das Mosler-Lager 1989 mit rund 350 Mitgliedern deutlich stärker als das Kühnen-Lager mit rund 130 Mitgliedern gewesen sein (vgl. ebd.). Andere Quellen sprechen von 170 Kühnen-Anhängern; vgl. Kniest: Die „Kühnen-Bewegung“, S. 103.

²¹³ Kniest: Die „Kühnen-Bewegung“, S. 99.

FAP ausgegrenzt. Doch nachdem Mosler den innerparteilichen Machtkampf gegen den damals neu gewählten Vorsitzenden Friedhelm Busse, der zuvor Leiter der neonationalsozialistischen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) gewesen war, verloren hatte, verließ auch das Mosler-Lager die Partei. Infolge der zunehmenden Isolierung Kühnens gründete dieser neue Parallelorganisationen wie etwa die kurze Zeit später wieder verbotene Nationale Sammlung (NS)²¹⁴ oder die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Mit diesen Initiativen protegierte Kühnen zugleich zwei junge Anhänger und Kader, die ab den 1990er Jahren – nach seinem Tod 1991 infolge einer Aids-Erkrankung – einigen Einfluss auf die rechtsradikale Szene haben sollten: Christian Worch und Thomas („Steiner“) Wulff. Bis heute wird Michael Kühnen in der Szene verehrt, sein Mythos von früheren Weggefährten wie Thomas Brehl oder Otto Riehs weiterhin mit Fest- und Erinnerungsschriften gepflegt.²¹⁵

Auch wenn die FAP bei Wahlen nie nennenswerte Erfolge verbuchen konnte – sie blieb meist bei rund 0,1 Prozent –, so hatte sie doch innerhalb des neonazistischen Lagers eine besondere Prägnanz. Sie baute einzelne Ortsverbände auf, schulte Jugendliche und vernetzte Einzelgruppen.²¹⁶ Wie der Untersuchungsausschuss über den NSU in seinem Abschlussbericht 2017 festhielt, hatte die FAP unter der Federführung von Karl Polacek im südlichen Niedersachsen an der Grenze zu Thüringen ein Schulungszentrum eingerichtet, mit dem gezielt Jugendliche für die neonazistische Szene angesprochen werden sollten. Einzelne Neonazis wie Michael S., der auch im NSU involviert war, fanden durch diese Strukturen ih-

ren Einstieg in die Szene.²¹⁷ Michael S. beschrieb vor dem Untersuchungsausschuss Karl Polacek sogar als seinen „politischen Ziehvater“²¹⁸. Dass die FAP sich gerade im südlichen Niedersachsen organisierte, lag vor allem auch daran, dass Polacek Ende der 1980er Jahre in Mackenrode bei Göttingen wohnte, die dortigen Strukturen und Netzwerke kannte.²¹⁹ Während die Bundes-FAP immer stärker auseinanderfiel und 1991 bloß noch rund 150 Mitglieder zählte²²⁰, konnten sich in Hessen und Niedersachsen einzelne FAP-Strukturen weiter konsolidieren.

Was lässt sich nun aus den rechtsradikalen Organisationsversuchen jener Jahre für übergeordnete Aussagen über regionalspezifische Kontextfaktoren und deutungskulturelle Determinanten rechtsradikaler Einstellungsmuster ableiten bzw. welche regionalen Schwerpunkte lassen sich identifizieren?

Mit der Erosion der klassischen sozialmoralischen Milieus, mit der Entlokalisierung einzelner Regionen und der Performanz des deutschen Parteiensystems²²¹ lässt sich ab den 1970er und 1980er Jahren kaum mehr von „Hochburgen“ für rechtsradikale Parteien im engen Sinne sprechen.²²² Dafür haben sich die Konstituierungsbe-

²¹⁴ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Das Verbot der „Nationalen Sammlung“ durch das Innenministerium im Januar 1989, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2 (1990), S. 218–227.

²¹⁵ Vgl. Freundeskreis Michael Kühnen (Hg.): *Michael Kühnen. Sein Leben, sein Wirken, sein Kampf*, Köln 2005.

²¹⁶ Vgl. Niedersächsisches Innenministerium: Antwort auf die Kleine Anfrage: Neofaschistische Aktivitäten in Hannover und Umgebung, Drs. 11/815 v. 02.03.1987.

²¹⁷ Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages: *Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses*, Drs. 18/12950 v. 23.06.2017, S. 572 oder auch S. 1107.

²¹⁸ Untersuchungsausschuss des Bundestages, S. 1148.

²¹⁹ Vgl. Stengel, Eckhard: *Der Schoß ist fruchtbar noch. Rechtsextremismus in Südniedersachsen. Ein Überblick*, in: Duwe, Kornelia / Gottschalk, Carola / Koerner, Marianne (Hg.): *Göttingen ohne Gänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte*, Göttingen 1988, S. 247–249.

²²⁰ Vgl. Kniest: *Die „Kühnen-Bewegung“*, S. 112. Andere Quellen beziehen sich auf die damaligen Parteiangaben und nennen ca. 300–400 Mitglieder.

²²¹ Vgl. Walter, Franz: *Vom Milieu zum Parteienstaat: Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel*, Wiesbaden 2010, bes. S. 149 ff.; Lösche/Walter: *Katholiken, Konservative und Liberale*.

²²² Kock, Sonja: *„Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite*

dingungen mit dem Ende der Solidargemeinschaften (Peter Lösche) zu nachhaltig und irreversibel verändert. Was sich hingegen aber gerade in Niedersachsen immer noch deutlich nachzeichnen lässt, sind die jeweilige regionale Präsenz und deren Organisationsschwerpunkte, sodass sich anbietet, hierbei von lokalen Verdichtungsräumen zu sprechen. Allerdings können diese einzelnen Ballungsgebiete lediglich noch hinsichtlich organisatorischer Gesichtspunkte identifiziert werden – abgesehen von den jeweils führenden Aktivisten bzw. den öffentlich bekannt gewordenen Straffälligen liegen kaum valide Daten über die soziostrukturellen Zusammensetzungen der rechtsradikalischen Gruppierungen jener Jahre vor.²²³

Bereits in den 1970er Jahren zeichnete sich bundesweit die Tendenz ab, dass sich der Rechtsradikalismus kaum mehr parteipolitisch zusammenschließt. Vielmehr hatte das Spektrum in diesen Jahren unterschiedliche Ausprägungen und Facetten, die sich nicht alle kanalisieren ließen. Einzelne Strömungen und Teilgruppierungen rechtsradikaler Strukturen waren in den 1980er Jahren zu kleinteilig, als dass sie geografisch-lokalkulturell herausgehoben werden könnten. Lediglich bei den sich um die NPD gruppierenden Organisationen und Teilstrukturen lassen sich gewisse Muster feststellen: Sie waren in Niedersachsen lokal besonders im Bezirk Lüneburg im Umkreis von Celle, Harburg, Lüneburg und Stade, aber auch in Oldenburg stark. Zumin-

Tabelle 4: Niedersächsische Landtagswahlergebnisse 1990–2013

	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linke	REP	NPD
1990	44,2	42,0	6,0	5,5	—	1,5	0,2
1994	44,3	36,4	4,4	7,4	—	3,7	0,2
1998	47,9	35,9	4,9	7,0	—	2,8	—
2003	33,4	48,3	8,1	7,6	0,5	0,4	—
2008	30,3	42,5	8,2	8,0	7,1	—	1,5
2013	32,6	36,0	9,9	13,7	3,1	—	0,8

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Landeswahlleitern

politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechts-extremer Wahlerfolge, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 207–237.

223 Dieser Mangel an soziostrukturellen Daten hängt auch damit zusammen, dass sich die Anhängerschaft für rechtsradikale Parteien zwischen den 1950er und 1980er Jahren tendenziell hin zu einem „Unterschichtenphänomen“ gewandelt hatte und dadurch sozialwissenschaft-

dest nominal zeigen sich hier tendenzielle Überschneidungen mit den rechtsradikalen Hochburgen in den 1950er Jahren: Rechtsradikale Strukturen waren in den 1980er Jahren dort noch stark vorhanden, wo einst SRP und DRP in den länd-

lich wesentlich schwerer zu erforschen ist; siehe Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 86.

lich-agrarischen Gebieten mit welfischer Tradition im nordöstlichen Niedersachsen ihre Hochburgen gehabt hatten.

2.5 Diversifikation und Informalisierung rechtsradikaler Strukturen ab den 1990er Jahren

Nach der deutschen Vereinigung 1989/90 erlebte der Rechtsradikalismus kurzzeitig eine erneute Blütephase, die geprägt war von einer rassistischen Gewaltwelle. Vor allem in den neuen Bundesländern attackierten meist jugendliche Rechtsradikale Flüchtlingsunterkünfte, und um die Fußball- und Skinheadszenen entstanden gewaltbereite Subkulturen.²²⁴ Dieser Wandel der rechtsradikalen Erscheinungsform wirkte im ersten Moment so überraschend eruptiv, dass bezeichnenderweise in den Sozialwissenschaften darüber diskutiert wurde, ob der „Rechtsextremismus“ nun sogar eine neue „soziale Bewegung“ sei.²²⁵

Rechtsradikale Subkulturen erhielten eine neue Attraktivität, und aufgrund ihrer gestiegenen Bedeutung und zunehmenden Radikalität auch eine neue Qualität. Als exponiertes Beispiel gilt die sogenannte Wiking-Jugend (WJ), die Anfang der 1990er Jahre als die größte rechtsradikale Jugendorganisation galt. Sie orientierte sich an der Kaderstruktur der nationalsozialistischen Hitler-Jugend und organisierte sich nach dem sogenannten Lebensbundprinzip. Die WJ wurde bereits in den 1950er Jahren – bezeichnenderweise – in Niedersachsen gegründet. Aber erst nach der deutschen Vereinigung stiegen ihre Mitgliederzahlen deutlich an, auf ca. 400–500 Personen. In jenen Jahren baute sie ihre Strukturen aus und wurde für neonazistische wie diffus völkische Kleingruppen zu einer zentralen Schnittstelle. Auf-

grund ihrer gestiegenen Bedeutung und Radikalisierung wurde die Wiking-Jugend 1994 vom Innenministerium verboten.²²⁶

Vereinzelt konnten rechtsradikale Parteien Anfang der 1990er Jahre Erfolge erzielen. Die DVU zog 1991 mit 6,2 Prozent in die Bremer Bürgerschaft ein und die REP holten 1992 in Baden-Württemberg 10,9 Prozent. Allerdings konnten diese Parteien sonst kaum elektoral hinzugewinnen. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1994 kam das politische Lager rechts der Mitte, von den Republikanern bis zur NPD und anderen Kleinstparteien, gerade einmal auf vier Prozent. Bereits bei der Bundestagswahl 1990 hatte die NPD für die Partei enttäuschende 0,3 Prozent erzielt, woraufhin es zu innerparteilichen Konflikten kam, an deren Ende der Vorsitzende Mußnug sein Amt aufgab. In Reaktion auf diese NPD-Krise kündigte auch Gerhard Frey seine DVU-Kooperation mit der NPD wieder auf, sodass die NPD gerade in Süd- und Ostdeutschland strategisch stark geschwächt wurde.

Anfang der 1990er Jahre soll es in Deutschland insgesamt knapp 59.000 Mitglieder in rechtsradikalen Organisationen gegeben haben. Den größten Anteil hatte damals die DVU besonders in Süd- und Ostdeutschland mit ca. 24.000 Mitgliedern; die Republikaner kamen auf 19.000 und die NPD auf 6.600. Der Rest verteilte sich auf sonstige rechtsradikale Vereinigungen, Skins und Hooligans.²²⁷

Anfang der 1990er Jahre wandelte sich die Erscheinungsform des Rechtsradikalismus einerseits aufgrund des zunehmenden staatlichen Repressionsdrucks infolge der Pogrome, andererseits auch aufgrund einer Parteien- und Parlamentsüberdrüssigkeit im politischen Spektrum infolge ausbleibender Wahlerfolge. Von nun an waren kleine, autonome Gruppenorganisationen – „Freie Kräfte“ oder „Freie Kameradschaften“ genannt – prägend für die szeninterne Organisation wie auch die öffentliche Wahrnehmung. Parteien wie die NPD oder die Freie Arbeiterpartei (FAP) spielten zwar szenintern weiterhin eine Rolle, verloren aber

²²⁴ Vgl. Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 140–155.

²²⁵ Vgl. Leggewie, Claus: Rechtsextremismus. Eine soziale Bewegung?, in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325–338.

²²⁶ Vgl. Fromm, Rainer: Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg 1993, S. 171 ff.

²²⁷ Vgl. Leggewie: Druck von rechts, S. 164.

tendenziell ihren rechtsradikalen Identifikationskern. In dieser Dekade gewannen insbesondere informelle, aktiv-kämpferisch auftretende Strukturen in der Szene an Beliebtheit.²²⁸ Dabei ist diese Form der unabhängigen Aktionsgruppen noch ein Aktionsrelikt aus der Zeit von Michael Kühnen, der diese Organisationsform bereits Anfang der 1980er Jahre für die ANS/NA als „Gau-Einheiten“ strukturiert hatte.²²⁹

Die erste bedeutsame Kameradschaftsstruktur, die sogenannte Nationale Offensive (NO), entstand aus der FAP heraus. Die NO war eine vor allem in Bayern aktive neonazistische Gruppierung mit rund 100 Mitgliedern. Nach rassistisch motivierten Angriffen wurde sie 1992 verboten. Parallel bildeten sich ab 1990 „autonome“ NS-Gruppen, die sich infolge der desillusionierenden Parteierlebnisse unabhängig organisieren wollten.

Das „Konzept“ dieser dezentralen Kameradschaftsstrukturen weitete sich immer mehr aus. Im gesamten Bundesgebiet gab es in den 1990er Jahren über 150 Freie Kameradschaften, deren jeweiliger Organisationsgrad und deren Mitgliederstärke dabei allerdings stark variierten.²³⁰

Seit den 1990er Jahren etablierten sich gerade auch von diesen Strukturen initiierte „Aufmärsche“ als fester Bestandteil der Szene.²³¹ In Niedersachsen war insbesondere für die neonazistische Szene das Verbot der FAP im Jahr 1995 die negative Initialzündung für die Umstrukturierung ihrer Organisationsstrukturen. Nach dem Verbot bildeten sich aus den ehemaligen FAP-Einzelstrukturen direkte Ableger in Form Freier Kameradschaften. Diese wurden besonders von Akti-

visten wie Christian Worch oder Thomas („Steiner“) Wulff organisiert, denen für die Vernetzung der norddeutschen Neonazi-Szene eine zentrale Bedeutung zukam.²³² Der ehemalige Kühnen-Vertraute Christian Worch galt nunmehr als *die* „neue Führungsfigur im neonationalsozialistischen Lager“²³³. Aber auch Thorsten Heise kam damals nicht nur innerhalb der FAP eine bedeutende Rolle zu; auch war er eine zentrale Integrationsfigur für das neonazistische Spektrum um Südniedersachsen, Nordhessen und Thüringen.²³⁴

Heise, 1969 geboren, kam bereits als Jugendlicher in Kontakt mit Karl Polacek und damit auch mit der FAP, der er bereits 1984 beitrug. Bis Anfang der 1990er Jahre wohnte er in Nörten-Hardenberg, zog 1993 nach Northeim, wo er Kameraden um sich gruppierte.²³⁵ 1990 war der junge Heise kurzzeitig im Zuge der Parteiumstrukturierung nach dem Kühnen-Konflikt kommissarischer FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen gewesen, bevor er das Amt dann 1992 auch offiziell übernahm.

Südniedersachsen war Anfang der 1990er Jahre eine zentrale Verdichtungsregion, in der sich die zersplitterte rechtsradikale Szene teilweise konstitutiv organisieren konnte. Hier, zwischen Hannover und Göttingen, konzentrierten sich die Aktivitäten vor allem des neonazistischen Spektrums gerade deshalb, weil dort führende Kaderfunktionäre wohnten, die ihre Freundeskreise und Netzwerke hatten und gerade diese „Bewegungsunternehmer“, wie eben Karl Polacek oder Thorsten Heise, Gruppen organisieren und koordinieren konnten.²³⁶ Zu den wichtigsten Kamerad-

228 Vgl. Schedler, Jan: ‚Modernisierte Antimoderne‘: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010, in: Ders./Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 17–35.

229 Vgl. Kniest: Die „Kühnen-Bewegung“, S. 53 f.

230 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 110.

231 Vgl. Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68–101.

232 Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages, S. 1152.

233 Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus, S. 100.

234 Vgl. Untersuchungsausschuss des Bundestages, S. 992.

235 Vgl. Das Redaktionskollektiv: Neonazis in Südniedersachsen, Göttingen 2008, S. 4 f.

236 Sehr detailliert illustriert etwa in einer linken Dokumentationsbroschüre; siehe o.V.: DOKU. Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten, Analysen und Hintergründe: Chronologie, Göttingen 1990.

schaften im norddeutschen Raum zählten in den 1990er Jahren vor allem die Kameradschaft Bremen, die Kameradschaft Hamburger Sturm und die Kameradschaft Pinneberg; in Niedersachsen waren es besonders die Kameradschaft Celle 73, die Kameradschaft Lüneburg/Uelzen Trupp 16 und die Kameradschaft Northeim.²³⁷

Letztere etwa war Mitte der 1990er Jahre von Thorsten Heise initiiert und organisiert worden. Erstmals trat sie 1998 bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Dresden öffentlich in Erscheinung. Aufgrund ihres regen Aktionismus erlangte sie relativ schnell bundesweite Aufmerksamkeit.²³⁸ Ab Mitte der 1990er Jahre nahm dann das Freie und Soziale Aktionsbüro Norddeutschland eine zentrale Rolle ein.²³⁹ Diese Koordinierungsstelle versuchte, durch die Organisation von Demonstrationen, Konzerten und weiteren Aktionen einzelne Teilströmungen zu vernetzen. In diesem Radius kam dann auch im Zuge der neuen Verbotswelle (wie dem der FAP 1995 und weiteren Organisationen) auch der NPD wieder eine bedeutende Rolle zu. Diese passte sich den gewandelten Anforderungen an, indem sie sich nun als „Bewegungspartei“ zu strukturieren versuchte. Die NPD wollte wieder der parteipolitische Vernetzungsanker für das rechtsradikale Spektrum sein und als eine Art Dachorganisation fungieren, indem sie die Freien Kräfte tendenziell integrierte.²⁴⁰

237 Vgl. Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 395.

238 Dieser Aktionismus mit bundesweiter Strahlkraft wird – unabhängig von der politischen Färbung – informativ illustriert etwa in einer Dokumentationsbroschüre; siehe Antifa Offensive 99: Weg mit der faschistischen Kameradschaft Northeim. Ein Überblick zum „Netzwerk Heise“, Info 2 Broschüre, Göttingen 1999.

239 Vgl. Grumke/Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, S. 395; Virchow, Fabian: The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland, in: Patterns of Prejudice, Jg. 38 (2004), H. 1, S. 56–70.

240 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Ent-

Dieser Strategiewechsel fand parteipolitisch und programmatisch seinen Niederschlag im maßgeblich von Udo Voigt, dem 1996 neu gewählten NPD-Vorsitzenden, konzipierten „Drei-Säulen-Konzept“: Der NPD ging es nun um den Kampf um die Köpfe, den Kampf um die Straße und den Kampf um die Parlamente.²⁴¹ Sie versuchte, die organisatorische Rolle der FAP einzunehmen, dabei allerdings auf einen größeren Anhängerkreis zu zielen. Deshalb übernahm die NPD nun bspw. auch die Tradition der FAP, am 1. Mai eigenständige Demonstrationen zu veranstalten.²⁴² Für eine kurze Zeit schien diese Strategie aufzugehen, denn die Partei konnte sowohl aktionistische Kräfte an sich binden als auch teilweise elektorale Erfolge (weniger in Niedersachsen als vor allem in Ostdeutschland) erzielen.

2.6 Die NPD als rechtsradikales Flaggschiff ab den 2000er Jahren

In der Millenniums-Phase wurde die NPD endgültig zum „Gravitationsfeld“ (Bundesamt für Verfassungsschutz) bzw. zum „Flaggschiff“ (Marc Brandstetter) des nationalen Rechtsradikalismus – und blieb dies auch für ein knappes Jahrzehnt.²⁴³ Beheizt durch die zunehmenden organisatorischen Vernetzungen der NPD mit der Subkultur der Skinheads, der Rechtsrock-Szene, aber auch mit rechtsterroristischen Gruppierungen wie Blood & Honour und durch die jüngsten Wahlerfolge wurde Anfang der 2000er Jahre der erste Ver-

wicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 71–100, hier S. 95.

241 Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 132 ff.

242 Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 112.

243 Vgl. Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt: Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.

botsantrag gegen die NPD gestellt, der allerdings 2003 scheiterte.

Andere Parteien rechts der Mitte hatten demgegenüber gerade im norddeutschen Raum kaum Etablierungschancen. Die Schill-Partei blieb trotz ihres kurzfristigen Erfolges 2001 in Hamburg sonst chancenlos – bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 kam die neue bürgerliche Protestpartei gerade einmal auf ein Prozent.²⁴⁴ Auch die Republikaner konnten sich in Niedersachsen nicht konsolidieren; sie hatten im norddeutschen Raum kaum Mitglieder und lediglich fragile organisatorische Strukturen aufbauen können.²⁴⁵ Die Freien Kameradschaften banden sich in dieser Dekade immer stärker an die NPD. In den 1990er Jahren doch gerade in Abgrenzung von Parteistrukturen entstanden, suchten sie nun, nach – organisatorisch wie finanziell – ernüchternden Phasen, wieder die Kooperation, vor allem mit der NPD. Beispielsweise unterstützte die Partei 2003 die Gründung der Kameradschaft Göttingen, die allerdings keine langfristige Bedeutung in der Szene einnehmen konnte.²⁴⁶ Diese informellen Koordinationsformate zwischen verschiedenen rechtsradikalen Strömungen und Subkulturen – von den Freien Kräften über die Parteisoldaten bis zu den Skinheads – bauten sich Anfang der 2000er Jahre gerade auch durch die zunehmende Zahl sogenannter Rechtsrock-Konzerte und Demonstrationen, zu denen bundesweit mobilisiert wurde, weiter aus.

Südniedersachsen blieb auch in dieser Zeit eine Schwerpunktregion der rechtsradikalen Szene, da die Kameradschaftsstrukturen sich hier durch Netzwerke besonders gut mobilisieren ließen.²⁴⁷ Diese hatten zuvor vor allem die Freien Kräfte wie

die berüchtigte Kameradschaft Hamburger Sturm oder die Kameradschaft Lüneburg/Uelzen Trupp 16 aufgebaut. Als die Kameradschaft Hamburger Sturm verboten wurde, konnten andere Gruppierungen deren Wurzelwerk weiter nutzen.²⁴⁸ Anfang der 2000er Jahre zählten zu den zentralen Kameradschaftsstrukturen im norddeutschen Raum weiterhin die Kameradschaft Northeim und die Kameradschaft Hannover/Celle (Kameradschaft 73); hinzu kamen neue wie die Kameradschaft Weserbergland oder die Freien Kräfte Barsinghausen.²⁴⁹ Doch gleichzeitig befanden sich diese Strukturen in einer Orientierungskrise. Dies verdeutlicht etwa die vom Aktionsbüro Norddeutschland 2002 initiierte Debatte über die weitere taktisch-aktionistische Ausrichtung der Kameradschaftsszene: Das Diskussionspapier „Demokultur statt Demotourismus“ warf der eigenen Szene vor, einem „Spaßfaktor“ zu verfallen und kaum neue Mitglieder zu rekrutieren.²⁵⁰

Doch führte die kurzfristige Auseinandersetzung zu keinen weiteren Konsequenzen; stattdessen wurde die Frequenz der Demonstrationen tendenziell beibehalten. Die zentrale Integrationsfigur für die neonazistische Szene blieb der Netzwerker und Organisator Christian Worch.²⁵¹ Dass Worch hier als zentraler Protagonist herausgehoben wird, verdeutlicht allein schon im Unterschied zu den zuvor erwähnten Persönlichkeiten die Wandlungen des deutschen Rechtsradikalismus: von von Thadden über Kühnen zu Worch. Während der Rechtsradikalismus eines von Thaddens tendenziell noch alt-bürgerlich (und aristokratisch) sowie parlamentarisch ausgerichtet war, verschärfen sich von Kühnen zu Worch die politischen Positionen, die immer rabiatere und anti-

²⁴⁴ Vgl. Kreuzberger, Wolfgang: Schill in Niedersachsen. Charakter und Chancen einer städtischen Protestpartei von rechts im Flächenstaat, in: Perels, Joachim (Hg.): Der Rechtsradikalismus – ein Randphänomen? Kritische Analysen, Hannover 2003, S. 67–115.

²⁴⁵ Vgl. Fascher, Eckhard: Vor unserer Haustür! Rechtsextremismus in Südniedersachsen, VUK-Broschüre, Göttingen 2001, S. 13.

²⁴⁶ Vgl. Das Redaktionskollektiv: Neonazis in Südniedersachsen, S. 23.

²⁴⁷ Vgl. Fascher: Vor unserer Haustür!

²⁴⁸ Vgl. Grumke/Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, S. 391.

²⁴⁹ Vgl. Röpke: „Wir erobern die Städte vom Land aus!“, S. 136 ff.

²⁵⁰ Vgl. Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142–176, hier S. 174.

²⁵¹ Siehe Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus, S. 100.

parlamentarischer werden, und zugleich bringt der juvenil daherkommende Rechtsradikalismus immer stärker aktionistisch-kämpferische Persönlichkeiten hervor.

Die formalisierte Kooperation zwischen den Freien Kräften und der NPD zeichnete sich auch auf personeller Ebene ab. So trat der niedersächsische Kameradschaftsführer Thorsten Heise, der zwischenzeitlich mit seiner Familie nach Fretterode ins thüringische Eichsfeld gezogen war, Anfang der 2000er Jahre in die NPD ein und verlagerte seine Aktivitäten stetig hin zur Organisation von Konzerten und zum Vertrieb von Tonträgern.

Dass die NPD in jenen Jahren ihre Stellung im neonazistischen Spektrum tendenziell festigte, exemplifiziert auch die Personalie Jürgen Rieger. Der Hamburger Rechtsanwalt hatte der NPD bis dahin eher skeptisch gegenübergestanden, doch 2006 schloss er sich der Partei an und übernahm vor allem im norddeutschen Raum zugleich zentrale organisatorische sowie finanzielle Vernetzungsfunktionen. Die niedersächsische NPD hatte 2005 ungefähr 450 Mitglieder. In der Forschungsliteratur wurden für die Nullerjahre vier NPD-Wirkungsbereiche hervorgehoben, die allerdings – vergleicht man sie mit den lokalen Verdichtungsräumen der 1970er und 1980er Jahre – an Evidenz verloren haben: In Niedersachsen war die NPD besonders aktiv im Kreis Lüneburg um Manfred Börm, in Stade um Adolf Dammann, in Osnabrück um Franz-Josef Möllenkamp und – etwas abgeschwächt – in Göttingen um das „eingespielte Führungsgespann Stephan Pfungsten und Martin Gotthardt“²⁵².

Doch deutet die relativ geringe Mitgliederzahl zugleich auf die zunehmend strukturellen Probleme im rechtsradikalen Lager hin, die sich bereits an der NPD-Jugendorganisation JN abzeichneten. Zuvor führende JN-Kader wie Holger Apfel aus Hildesheim waren nun altersbedingt nur noch in der NPD aktiv und die neue Konkurrenzsituation hinsichtlich der Freien Kräfte verschärfte die materiellen und personellen Nachwuchsprobleme. Unabhängig von diesen Parteistrukturen radikalisierten sich neonazistische und völkische Formationen weiter. Nach dem Verbot der Wiking-Ju-

gend 1994 beerbte die bereits 1990 gegründete Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) die organisatorische Bedeutung der WJ. Die HDJ wurde zu einer zentralen subkulturellen Kadenschmiede und Vernetzungsstruktur unterschiedlicher rechtsradikaler, neonazistischer, völkischer und germanisch-heidnischer Strömungen. Über die internen Strukturen, die Mitglieder und deren Vernetzung sowie über lokale Schwerpunkte liegen kaum valide Quellen vor. Zumindest aber verzeichnete das niedersächsische Innenministerium ab Mitte der 2000er Jahre gestiegene Aktivitäten der HDJ in Niedersachsen.²⁵³ Als die Organisation mit über 500 Mitgliedern und gewaltorientierten Aktionen bundesweite Aufmerksamkeit erhielt, wurde die HDJ 2009 vom Bundesinnenministerium verboten. Seitdem konnte sich keine vergleichbare Nachfolgeorganisation mehr etablieren.

2.7 Die AfD als Symbol des politischen Formwandels

Will man nun mehr über die historisch-kulturellen Traditionslinien in Niedersachsen und die Entwicklungen des Rechtsradikalismus bis heute herausfinden, so stößt man auf zwei gravierende Defizite: Zum einen ist diesbezüglich eindeutig ein Forschungsdefizit auszumachen; denn über diese Entwicklungslinien liegen für die Zeit nach den 1990er Jahren kaum Untersuchungen vor – und wenn, dann konzentrieren sie sich zumeist auf historische Entwicklungen. Zum anderen ist festzuhalten, dass die heutige Forschung – und dies ist strukturell wohl auch dem ersten Defizit geschuldet – von den Daten und Angaben des Verfassungsschutzes abhängig ist. Denn dieser erzeugt Material, auf das sich unweigerlich bezogen werden muss, da sonst kaum Angaben, Statistiken und Befunde über diese Entwicklungen existieren. Insofern hat der Verfassungsschutz eine große Deutungshoheit, ist aber gleichsam auch auf sich allein gestellt.

²⁵² Röpke: „Wir erobern die Städte vom Land aus!“, S. 42.

²⁵³ Siehe Niedersächsisches Innenministerium: Antwort auf die Kleine Anfrage: Aktivitäten der rechtsextremistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) im Land Niedersachsen, Drs. 16/988 v. 06.03.2009.

Dieses Problem zeigt sich im historischen Abriss ganz konkret ab dem Zeitpunkt Mitte der 2000er Jahre, als die Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien in allen Regionen Niedersachsens in den Promillebereich zurückgingen und auch andere rechtsradikale Netzwerke infolge ihrer gewandelten Erscheinungsformen kaum mehr dermaßen stark im öffentlichen Raum präsent waren wie noch ihre Vorgängerorganisationen. Aber natürlich bedeutet dieser öffentliche Bedeutungsverlust keineswegs, dass damit auch die rechtsradikalen Bewusstseinsformen verschwunden wären.

Aufgrund mangelnder Forschungserkenntnisse, die unabhängig von den Angaben des Verfassungsschutzes sind, stößt die Beschreibung hier an ihre Grenzen. Aus diesem Grund muss der nachfolgende Gang der Untersuchung gewissermaßen einen Perspektivwechsel vollziehen und mithilfe anderer Materialien zumindest versuchen, sich dennoch regionalen Besonderheiten anzunähern – auch wenn von vornherein eingestanden werden muss, dass die Güte dieser Materialien umso stärker abnimmt, je mehr sich diese Quellen auch selbst auf Berichte des Verfassungsschutzes berufen, deren Angaben wiederum – bedingt durch die Logik der Institution – intersubjektiv nicht überprüfbar sind. Im Folgenden wird daher versucht, sich den regionalen Ausprägungen des Rechtsradikalismus mithilfe anderer Statistiken und Daten anzunähern; doch wird auch diese Darstellung – entsprechend der obigen Erläuterung: bezeichnenderweise – nicht ganz auf die Angaben des Verfassungsschutzes verzichten können.

Insofern folgt allein hieraus schon die Erkenntnis – aus Sicht der Forschung geradezu eine dringende Notwendigkeit –, dass vor allem im historisch-kritischen Vergleich die Daten, Materialien und Urteile des Verfassungsschutzes nach und nach überprüft und ergänzt werden müssen. Dass Positionsbestimmungen und Bewertungen staatlicher Behörden reflektiert werden müssen, zeigt sich bspw. auch an ihrem Urteil über den Zustand des Rechtsradikalismus Ende der 2000er Jahre. Denn der Verfassungsschutz befindet, dass es in dieser Zeit – wie bereits in den 1980er Jahren – einen „Strukturwandel des Rechtsextremismus in

Niedersachsen“²⁵⁴ gegeben habe. Allerdings liegen dieser Bewertung lediglich Mitgliederzahlen oder vermutete (zugeschriebene) Anhängerschaften bestimmter Organisationen als Maßstab zugrunde. Diese Angaben sind in jedem Fall wichtig und hilfreich, zeichnen aber eben nur *ein* Bild des Rechtsradikalismus qua Identifizierung und Personalisierung, entsprechend dem gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes.

Doch bedeutet dies freilich nicht, dass auch die Forschung sich allein auf diese Perspektive beschränken muss. Denn durch diese Verengung des politischen Phänomens geraten – erwartungsgemäß – anderweitige Ausprägungen oder kulturelle Konturen des Rechtsradikalismus aus dem Blickfeld. Dieses Forschungsdefizit gilt es in nachfolgenden Studien aufzuarbeiten. Aber bis dahin können – noch einmal: aufgrund der fehlenden Materialgrundlage – lediglich Anhaltspunkte und schematische Umriss hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Rechtsradikalismus mithilfe der Organisationen und Anhängerschaften gezeichnet werden.

Blickt man vor diesem Hintergrund konkret auf die NPD, so verlor diese immer stärker an konkret-praktischer Bedeutung, ihre Mitgliederzahlen waren seit 2007/08 stetig rückläufig: 2017 soll sie noch ca. 300 gezählt haben.²⁵⁵ Retrospektiv kann das Jahr 2009 als eine Art Scheidungsjahr für den organisierten Rechtsradikalismus angesehen werden. Zwar konnte die NPD damals in Sachsen mit 5,6 Prozent wieder in den Landtag einziehen; aber in Thüringen, wo die Partei viel Energie in den Wahlkampf gesteckt hatte, scheiterte sie im selben Jahr mit knapp 4,3 Prozent; auch im Saarland brach sie damals auf 1,5 Prozent ein. Bei den Europawahlen konnte die NPD hingegen nicht einmal antreten, und bei den Bundestagswahlen kam sie zwar immerhin auf 1,5 Prozent, was allerdings eher ihren marginalen Charakter verdeut-

²⁵⁴ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2016, Hannover 2016, S. 20 f.

²⁵⁵ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2017, Hannover 2017, S. 16.

licht.²⁵⁶ Damit zusammenhängend verlor die NPD in jenen Umbruchsjahren wieder ihre organisatorische Vormachtstellung im rechtsradikalen Spektrum, büßte an Mobilisierungskraft ein.

Dies deutete sich bereits durch neue Bürgerbewegungen an, wie bspw. die sogenannten Pro-Bewegungen vor allem in Nordrhein-Westfalen ab Anfang der 2010er Jahre. Zunehmend entstanden andere subkulturelle Phänomene, welche die NPD mit ihrem Programm kaum anzusprechen vermochte. In jenen Jahren zwischen Thilo Sarrazins Erfolgsprovokation „Deutschland schafft sich ab“ (2010) und den neuen Protestaktivisten um PEGIDA hat sich offenkundig ein neues gesellschaftliches Bedürfnis nach rechtsradikalen, mindestens autoritären, völkischen und antiliberalen Positionen entwickelt, das sich zugleich demonstrativ von klassischen rechtsradikalen Organisationen abzugrenzen pflegt.²⁵⁷

Exemplarisch hierfür stehen die aus den Freien Kameradschaften hervorgegangenen Autonomen Nationalisten (AN). Diese Unterströmung verstand sich als aktionistischer, teils gewaltbereiter Flügel, der sich weniger an Organisationsstrukturen als vielmehr an Lebensstilfragen orientierte.²⁵⁸ Die Mitgliederzahl dieser Gruppierung allein in Niedersachsen soll 2011 rund 400 betragen haben.²⁵⁹ Aus diesem Spektrum speiste sich später die Identitäre Bewegung (IB), die in Niedersachsen laut Verfassungsschutzbericht 2016 rund fünf-

zig Anhänger zählen soll.²⁶⁰ Die Diversifikation und Zersplitterung in Einzelspektren der rechtsradikalen Szene verdeutlicht ein Blick auf die Mitgliederstatistiken: 2012 gab es nach Angaben des Verfassungsschutzes in ganz Niedersachsen 550 Mitglieder rechtsradikaler Parteien, 400 Neonazis sowie 685 „Personen, die der rechtsextremistischen Subkultur zugerechnet werden [...]“. 920 Rechtsradikale in Niedersachsen werden als gewaltbereit eingestuft.²⁶¹ So wurde etwa 2012 die Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“, die sich seit 2010 kurzfristig immer mehr zur bedeutendsten Gruppierung Niedersachsens entwickelte, nach Razzien vom Innenministerium verboten. Dadurch verlor die lokale Szene kurzzeitig ihre Organisations- und Vernetzungsstruktur, woraufhin einige ehemalige Mitglieder neue Organisationen gründeten.²⁶²

Auch erhält die NPD nunmehr parteipolitisch neue Konkurrenz: Parteien wie „Der III. Weg“ oder „Die Rechte“ versuchen zunehmend, die NPD als Dachorganisation der Aktionsgruppen, Autonomen Nationalisten, Freien Kräfte, Kameradschaften und JN-Aktivisten in den Regionen zu verdrängen.²⁶³ Bis heute ist Der III. Weg in Niedersachsen allerdings nur in einzelnen Regionen organisatorisch strukturiert; und auch die Partei Die Rechte, die 2012 von dem Kameradschaftsführer und ehernen Anti-Parteiaktivisten Christian Worch mitgegründet wurde, soll laut den Verfassungsschutzberichten 2016 und 2017 in Niedersachsen lediglich noch vierzig Mitglieder zählen.

²⁵⁶ Vgl. Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 136 f.

²⁵⁷ Zum Formwandel des Rechtsextremismus auch Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 303–338, hier S. 320 f.

²⁵⁸ Vgl. Sager, Thomas: Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 105–120.

²⁵⁹ Siehe Wallbaum, Klaus: Rechtsextreme Gruppen in Niedersachsen werden stärker, in: Hannoversche Allgemeine, 05.02.2011.

²⁶⁰ Auch für 2017 spricht der Verfassungsschutz von ca. fünfzig Mitgliedern; vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 16.

²⁶¹ O.V.: 2000 Rechtsextreme in Niedersachsen, in: Hannoversche Allgemeine, 09.02.2012.

²⁶² Vgl. o.V.: Rechte Szene in Niedersachsen geschwächt, in: Hamburger Abendblatt, 23.09.2013.

²⁶³ Vgl. Puls, Hendrik: Die Anti-Asyl-Agitation des Neonazi-Spektrums. NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“, in: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg 2016, S. 105–114.

In diesem Zusammenhang lässt sich in den vergangenen Jahren ein Wandel der neonazistischen Szene beobachten. Gerade die Demonstrationen in Bad Nenndorf galten jahrelang als zentraler Symbolort: Ab 2006 fand ein „Trauermarsch“ zum Bad Nenndorfer Wincklerbad westlich von Hannover statt. Zu dieser Demonstration kamen 2010 mehr als 900 Anhänger aus der ganzen Republik, 2015 waren es dann nur noch 180. Inzwischen findet der „Trauermarsch“ nicht mehr statt.²⁶⁴ Aber auch der Trend zur Bildung loser, autonomer Gruppen mit lokalem oder regionalem Radius hat weiter zugenommen. Häufig war dies mit einer aktionistischen Orientierung und einem Label-Wechsel hin zu sogenannten Aktionsgruppen verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Aktionsbündnis 38, in welchem u.a. lokale Aktionsgruppen und Freie Kräfte aus Braunschweig, Wolfsburg, Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel aufgegangen sind. Hier bestehen zudem deutliche personelle Überschneidungen zur Partei Die Rechte. Weiterhin entstanden etwa die Aktionsgruppe Weserbergland und die Aktionsgruppe Nordheide, die neben den Freien Kräften Celle, der Kameradschaft Northeim, den Freien Kräften Ostfriesland oder den Autonomen Nationalisten in Bückeburg und Nienburg zu den Aktivisten in Niedersachsen gehören.²⁶⁵ Die Kameradschaft Northeim existiert heute de facto allerdings nicht mehr; und auch die NPD verliert immer mehr an Rückhalt.

Ihr zweites Verbotsverfahren wurde mit verfassungsgerichtlicher Bescheinigung aufgrund politischer Bedeutungslosigkeit eingestellt. Sie hat ersens für das rechtsradikale Spektrum derzeit zu „schwachen Angebotsstrukturen“²⁶⁶ und zweitens bei Wahlen kaum mehr Erfolge: Landesweit ver-

fügte die NPD nach den Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen noch über lediglich zwanzig Mandate: in der Harzregion mit den Gemeinden Viernburg, Bad Lauterberg, Herzberg, dem Landkreis Goslar, im Bereich Heide im Landkreis Heidekreis, der Stadt Munster und Schneverdingen, in Südost-Niedersachsen in der Vertretung des Landkreises Helmstedt, der Samtgemeinde Nord-Elm, Gemeinde Süplingen, der Stadt Helmstedt sowie dem Ortsrat Emmerstedt. Weitere Mandate bestehen im Landkreis Stade, Landkreis Rotenburg (Wümme), Landkreis und Stadt Verden sowie in der Stadt Oldenburg. Nichtsdestotrotz existieren heute weiterhin rechtsradikale Netzwerkstrukturen, wie bspw. im Umkreis von Südniedersachsen, Nordhessen und Nordthüringen. Gerade auf der kleineren politischen Ebene dominiert nunmehr jedoch die neue Sammlungspartei rechts der Mitte, die AfD²⁶⁷, die inzwischen deutlich mehr Mandate als die NPD gewinnt.

Der niedersächsische Verfassungsschutz gibt an, dass es derzeit noch rund 280 Neonazis sowie 600 Personen des subkulturell geprägten „Rechtsextremismus“ gebe.²⁶⁸ Diese Entwicklung interpretiert der Verfassungsschutz dahingehend, dass „sich die gewohnten Organisationsformen überlebt“ hätten und einer „neuen Unübersichtlichkeit“ gewichen seien – denn statt fester Organisationsformen rekrutiere sich die rechtsradikale Szene inzwischen stärker durch „anlassbezogene Aktionsformen von nur temporärer Bestandsdauer“.²⁶⁹ Die sogenannten Bürgerwehren im Zuge der „Flüchtlingskrise“ seit 2015 wurden schließlich, soweit valides Datenmaterial zu diesen Organisations- und Aktionsformen existiert, nur teilweise vom organisierten rechtsradikalen Spek-

²⁶⁴ Vgl. o.V.: Bad Nenndorf feiert Widerstand gegen Neonazis, in: Hannoversche Allgemeine, 05.08.2017.

²⁶⁵ Vgl. Koch, Reinhard: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Niedersachsens, in: Bund der Deutschen Landjugend (Hg.): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Berlin 2017, S. 107–112, hier S. 109.

²⁶⁶ Jesse, Eckhard: Die NPD und der gescheiterte Verbotsantrag gegen sie, in: Koschkar, Martin/Ruvituro, Clara (Hg.): Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur, Wiesbaden 2018, S. 349–369, hier S. 366.

²⁶⁷ Vgl. Hensel, Alexander / Finkbeiner, Florian et al.: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, Frankfurt a.M. 2017, S. 21.

²⁶⁸ Siehe Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 16.

²⁶⁹ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2016, S. 22.

trum getragen.²⁷⁰ Das fast schon euphemistisch anmutende Phänomen der sogenannten Wutbürger ist nur ein Beispiel für die vielfältigen neuen Ausdrucksformen rechtsradikalen Aufbegehrens.²⁷¹ Diese Entwicklungen haben sich, soweit dies Anfang 2019 beurteilt werden kann, weitgehend vom tradierten Rechtsradikalismus gelöst – auch wenn es freilich in Niedersachsen noch autonome freie neonazistische Kräfte gibt, wie etwa die „Volksbewegung Niedersachsen“.²⁷²

Betrachtet man also lediglich die tradiert-etablierten Strukturen des politischen Rechtsradikalismus, könnte der Eindruck entstehen, dieser spiele heute kaum mehr eine politisch-gewichtige Rolle. Doch in den vergangenen Jahren hat sich fraglos das Verständnis davon gewandelt, was wir gesamtgesellschaftlich als „rechts“ verstehen. Die traditionellen rechtsradikalen Gruppierungen agieren zwar weiterhin im klandestinen Raum; aber sie verlieren tendenziell immer stärker an öffentlicher Resonanz. Die NPD etwa steckt, wie schon beschrieben, in einer schweren, existenziellen Krise. Bereits bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 2016 trat sie nur noch in wenigen Kreisen an; und wenn, dann erzielte sie lediglich Ergebnisse im unteren Promillebereich. Die einzige lokal-kulturelle Ausnahme war Helmstedt, wo die Partei 1,6 Prozent erhielt. Dies lag aber vor allem an der NPD-Ikone Adolf Preuß, einem Landwirt, der dort schon seit 1968 für die NPD im Gemeinderat saß und sich in unzähligen

Vereinen in der Region engagierte.²⁷³ Zur Landtagswahl 2017 trat die NPD dann nicht einmal mehr an. Dies deutet auf eine zweifache Veränderung hin: der gesellschaftlichen Basis, die ihre rechtsradikale Mentalität und die dazugehörigen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen nun offensichtlich anders artikulieren will; und der Angebotsstrukturen, um diesem gewandelten Bedürfnis entsprechen zu können.

Inzwischen hat eine weitere Partei die bundespolitische Bühne betreten, um eine nationale Erneuerung anzustoßen: die Alternative für Deutschland. Die AfD ist gewissermaßen teilweise das Produkt unterschiedlichster gesellschaftlicher Entwicklungen sowohl innerhalb des organisierten Rechtsradikalismus, der immer stärker an Attraktivität eingebüßt hat, als auch innerhalb von Milieu- und Klassenfragmenten, die zuvor noch keine rechtsradikalen Parteien gewählt hatten. Zum einen integriert die AfD zunehmend kleine rechtsradikale Gruppen, wie bspw. die Ende 2017 aufgelöste Pro-Deutschland-Bewegung; zum anderen erzielt sie zugleich beträchtliche Wahlerfolge innerhalb der bürgerlichen Mittelschichten. Wie erste statistische Wahlanalysen belegen, greift die „Prekaritäts-“ oder auch die „Modernisierungsverlierer“-These – also die Vorstellung, dass sozioökonomisch Abgehängte (oder sich zumindest so Fühlende) eher rechtsradikale Parteien wählen – mit Blick auf die AfD-Wählerschaft deutlich zu kurz.²⁷⁴

Die erst 2013 gegründete Partei versammelt nun diese unterschiedlichsten gesellschaftlichen Verwerfungserscheinungen und kanalisiert diese verschiedenen Bedürfnisse und Motive in einer rabiat-larmoyant rechtsnationalistischen Anklage. Schließlich ist auch weiterhin vor dem Hinter-

²⁷⁰ Vgl. Steppat, Timo: Bürgerwehren: Selbsthilfe gegen die da draußen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2014; Quent, Matthias: Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation? Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016.

²⁷¹ Vgl. Franke, Berthold: Aus Angst wird Wut wird Hass. Ein Wiedersehen mit dem Kleinbürger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2017, S. 89–99.

²⁷² Vgl. Knepper, Niklas: Marginalisiert und doch gefährlich! Südniedersächsische Neonazi-Gruppierung „Volksbewegung Niedersachsen“ zwischen Bedeutungsverlust und Gewalt, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 67–76.

²⁷³ Vgl. Weser-Kurier: Rechtsabbieger. Die unterschätzte Gefahr: Neonazis in Niedersachsen, Bremen 2008, S. 102 f.

²⁷⁴ Schmitt-Beck, Rüdiger / Deth, Jan W. van / Staudt, Alexander: Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27 (2017), H. 3, S. 273–303; Lengfeld, Holger: Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69 (2017), H. 2, S. 209–232.

grund der aktuellen Entwicklungen davon auszugehen, dass sich Frustrationen in der bürgerlichen Mitte in der „Misstrauensgesellschaft“ weiter ausbreiten und die AfD zumindest kurz- bis mittelfristig davon profitieren wird.²⁷⁵ Zumindest auszuschließen sind solche Befürchtungen aktuell jedenfalls nicht, wie bspw. eine Studie aus dem Jahr 2017 über die Frustration und die politische Spaltung innerhalb der CDU-Mitgliedschaft unlängst belegt hat.²⁷⁶

Aktuell tut sich die AfD in Niedersachsen noch verhältnismäßig schwer – nicht nur im Ost-West-Vergleich, sondern auch im Verhältnis zu anderen westdeutschen Bundesländern wie etwa Baden-Württemberg oder Hessen, in denen die Partei organisatorisch stärker aufgebaut ist und auch deutlich bessere Wahlergebnisse erzielt. Doch auch in Niedersachsen deuten sich gesellschaftliche Tendenzen der Frustration, politischen Verhärtung und Verkrustung an, die zwar spezifisch in ganz heterogenen Wählergruppen und diversifizierten Wahlmotiven münden, von denen die AfD aber in Zukunft profitieren könnte.²⁷⁷

Und doch bleibt zugleich aufgrund der Ambivalenzen der Politischen Kultur weiterhin offen, ob die AfD in Niedersachsen noch weiteren Zulauf erhalten wird. Die Partei symbolisiert *pars pro toto* die gesellschaftlichen und politischen Verschiebungen in der Deutungskultur und steht damit stellvertretend für die neuen gesellschaftlichen Tendenzen.

²⁷⁵ Dass sich neue Konfliktlinien quer durch gesellschaftliche Klassenstrukturen bilden, gehört derzeit schließlich zu den Ambivalenzen. Werden bspw. Frustration, Ohnmacht oder Verunsicherung über die Furcht und Ablehnung von Migration kompensiert, so erhöht sich statusunabhängig quer durch alle Gesellschaftsteile die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen; vgl. Hambauer, Verena/Mays, Anja: Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12 (2018), H. 1, S. 133–154.

²⁷⁶ Vgl. Neu, Viola: „Ich wollte etwas bewegen.“ Die Mitglieder der CDU. Eine Empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2017.

²⁷⁷ Vgl. Finkbeiner: Mächtiges Überraschen.

Prinzipiell lassen sich drei Ebenen unterscheiden, die für die weitere Entwicklung der Partei mitentscheidend sein werden: Erstens wird es darauf ankommen, wie sich die Partei auf einer organisatorischen Ebene weiterentwickelt, wie sie agiert und vor allem wie auf sie reagiert wird – denn dieses Wechselspiel bestimmt den Handlungsspielraum der Parteifunktionäre. Zweitens wird sich zeigen, ob sich innerhalb der Anhängerschaft die Parteiidentifikation erhöhen wird und ob die AfD einen steten Wählerstamm wird aufbauen können. Und drittens wird es darauf ankommen, wie sehr sich politische Frustration, Misstrauen und Apathie in größeren Teilen der Gesellschaft bereits verfestigt haben. Denn derzeit ist offen, wie hoch inzwischen überhaupt der gesellschaftliche Anteil derer ist, die zumindest potenziell in den Radius der AfD fallen könnten, wie hoch der Anteil an stillen Sympathisanten für die Partei ist und damit auch, wie weit fortgeschritten mittlerweile die postulierte gesellschaftliche Spaltung wirklich ist.

Jedenfalls wird sich erst noch herausstellen, in welche Richtung sich die verändernden Erwartungshaltungen²⁷⁸, die rumorenden Frustrationsschübe, die Verbitterung über politische Entscheidungsträger, der Statusfatalismus und die gewandelten Mentalitätsbestände entwickeln werden, kurzum: Welche Konsequenzen sich aus dem „zunehmende[n] Tribalismus der modernen Gesellschaft“²⁷⁹, der sich schon seit Jahren abzeichnet,²⁸⁰ ergeben werden. Erst dann wird sich zeigen, welchen Einfluss die AfD – hier als stellvertretendes Symbol für die Ausdifferenzierung politischer Lager und Teilkulturen auf Ebene der Deutungskultur – langfristig auch auf die Soziokultur und damit auf die politische Kultur insgesamt haben wird.

²⁷⁸ Vgl. Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 204.

²⁷⁹ Ebd., S. 43.

²⁸⁰ Vgl. Walter, Franz: Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt a.M. 2008.

3

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Das Bundesland Niedersachsen hat historisch betrachtet im politisch-kulturellen Leben einen ungemainen Wandlungsprozess durchlaufen. Das „Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus“ (Helga Grebing) gilt heute keineswegs mehr als Hort und Hochburg eines aggressiven Rechtsradikalismus, ist nicht mehr das Gebiet, in dem in Krisenzeiten im bundesrepublikanischen Vergleich rechtsradikale Parteien am schnellsten politische Erfolge erzielen.

Diese Studie hat nicht nur die historisch-kulturellen Traditionslinien des Rechtsradikalismus in Niedersachsen strukturiert, sondern auch die einstmaligen Hochburgen rechtsradikaler Parteien identifiziert und sie mit den politischen Milieus in einzelnen Regionen in Beziehung gesetzt. Hierdurch konnten zentrale Strukturdimensionen des Rechtsradikalismus herausgearbeitet werden, die an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst werden sollen. Denn die Bündelung der daraus ableitbaren Probleme eröffnet Perspektiven und Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen zu aktuellen politischen Phänomenen.

Was sind die Strukturdimensionen des Rechtsradikalismus in Niedersachsen im historisch-kritischen Vergleich und welche regionalen und kulturellen Charakteristika haben rechtsradikale Kräfte begünstigt? Im 20. Jahrhundert bot der ländlich geprägte, protestantische, historisch-kulturelle Charakter dieses Bundeslandes einen reichen Nährboden für rechtsradikale Parteien und politische Formationen weit rechts der Mitte. Der politische Rechtsradikalismus hatte in Niedersachsen aufgrund unterschiedlichster regionaler Faktoren relativ günstige Ausgangsbedingungen: Dies

lässt sich vor allem an der Heimatverbundenheit veranschaulichen, die hier gerade aufgrund des ländlich-agrarischen Charakters und des hohen Anteils an Flüchtlingen und Vertriebenen besonders ausgeprägt war.

Davon zeugt nicht zuletzt die ungemein große Faszination für Heimatfilme in den 1950er Jahren. Der bekannteste deutsche Heimatfilm „Grün ist die Heide“ (1951), zugleich einer der erfolgreichsten Filme dieser Dekade überhaupt,²⁸¹ spielt wohl nicht zufällig ausgerechnet in der Lüneburger Heide. Der Heimattopos bot Rückhalt und Geborgenheit, versprach gemeinschaftsstiftende Momente, ließ aber auch das Grauen der NS-Zeit leichter vergessen. Daher waren Heimatverbundenheit und die damit verknüpften Imaginationen je nach Einbindung in politische Programme auch ein Anknüpfungspunkt für autoritäre Gesellschaftsvorstellungen. Der Film „Grün ist die Heide“ zeichnet eine vermeintlich „heile“ konservative Lebenswelt mit einem tradiert-patriarchalen Familienbild, Volksfesten und Trachten und verherrlicht zugleich im klassisch geschichtsrevisionistischen Stil die Taten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg.

Eng mit der Heimatverbundenheit zusammen hing auch die lokalkulturelle Kraft des Welfentums. Der Rückbezug auf die Traditionslinie der herzoglichen Welfenfamilie, die im 18. Jahrhundert in Hannover geherrscht hatte, stiftete einen landesspezifischen Stolz, konstruierte ein Landeskol-

²⁸¹ Vgl. Höbel, Wolfgang: „Wir decken uns mit dem Himmel zu“. Deutschland, deine Filme: Was das Heimatkino gestern und heute über nationale Befindlichkeiten erzählt, in: Der Spiegel, 13.12.2016.

lektiv mit Traditionen, an das Volksfeste, Sänger- und Turnvereine bereits im 19. Jahrhundert appellieren konnten. Aber auch im 20. Jahrhundert war das Welfentum identitätsstiftend, wie sich allein schon an dem von Hermann Grote verfassten „Niedersachsenlied“ zeigt. Darin werden die Welfen zum tellurischen Ankerpunkt eines Stammeskollektivs in „Niedersachsen“ stilisiert, wenn es heißt: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen“. Der Bezug auf die Welfen und das Welfische begünstigte auch den Rechtsradikalismus, wenn sozioökonomische und soziokulturelle Faktoren oder Krisen in den entsprechenden Traditionsgebieten – um Rotenburg (Wümme) und den Heidekreis – hinzukamen.

In Niedersachsen war aber obendrein der Antikommunismus weitverbreitet, teilweise sogar in äußerst verbittert-rigoroser Form vor allem in den östlichen Regionen von Lüneburg bis Helmstedt, also jenen Gebieten, die an die DDR angrenzten. Die Grenzlinie zur Sowjetischen Besatzungszone und später dann zur Deutschen Demokratischen Republik hatte auch unmittelbare Folgen für die Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen, die aus dem Osten allein schon geografisch bedingt vor allem in Niedersachsen ankamen. Der politische Rechtsradikalismus hatte organisatorisch zuvorderst in solchen Regionen günstige Voraussetzungen, in denen eine hohe Flüchtlings- und Vertriebenenanzahl sowie eine wirtschaftliche Krisenlage bei hohen Arbeitslosenzahlen auftraten. Fielen diese zusammen, wählten sowohl oftmals die Vertriebenen selbst als auch vor allem die mittelständische, protestantische Bevölkerung rechtsradikale Parteien.

Die liberalen und konservativen, teilweise aber auch die sozialdemokratischen Milieus hatten dem teils rabiat auftretenden Rechtsradikalismus wenig entgegenzusetzen. In liberalen Traditionsgebieten, wie etwa im nördlichen Weser-Ems-Raum, erzielten Parteien rechts der Mitte im Landesvergleich überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Und in konservativen Milieus, die agrarisch-rural und zugleich protestantisch geprägt waren, befeuerten diese Milieustrukturen zugleich noch mithilfe von Antikommunismus und Welfenstolz den politisch organisierten Rechtsradikalismus. Dies gelang vor allem im nordöstlichen Teil Niedersachsens von Rotenburg (Wümme) bis Lüneburg. Aber auch die sozialistischen Milieus

waren nicht immun gegen Angebote von Parteien rechts der Mitte. Dies gilt, wenn überhaupt, nur für die katholisch geprägten konservativen Milieus wie im Emsland, wo rechtsradikale Parteien kaum eine Chance hatten, da ihre Verheißungen an den katholisch-religiös konturierten Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen offenbar abprallten.

Doch haben diese politisch-kulturellen Momente inzwischen sicherlich ihre einstmalige genuine Bedeutung eingebüßt, haben an Wirkungskraft verloren. „Milieus“ können heute überhaupt nicht mehr innerlich so verfasst, strukturiert und organisiert sein, wie sie es einmal (vermeintlich) waren. Kaum jemand – erst recht nicht mehr die jüngeren Kohorten – geht heutzutage noch regelmäßig in die Kirche, obschon doch der mindestens wöchentliche Kirchgang als Zeichen der notwendigen Portion Demut gerade für katholisch-konservative Milieus so wichtig war. Aber auch von durchstrukturierten, durchrationalisierten und sedimentierten Netzwerken, die sowohl den Arbeitsalltag von Arbeitern in gewerkschaftlichen Interessenorganisationen als auch den Lebensalltag in Sport- und Turnvereinen oder in genossenschaftlich-organisierten Verbänden prägten, was für die sozialistischen Milieus konstitutiv war, kann heute kaum mehr die Rede sein.

Aber: Verschwunden sind diese politisch-kulturellen Momente sicherlich nicht, vielmehr wirken sie heutzutage offenbar mittelbarer und indirekter. Allein mit Blick auf die Wahlstatistiken auch in Niedersachsen zeigen sich unumwunden unzählige Residuen dieser politisch-kulturellen und milieugeprägten Traditionen, die bis heute fortwirken. Die niedrigsten Werte erzielte die AfD bei der Landtagswahl 2017 nicht zufällig in denjenigen Wahlkreisen, die im katholisch geprägten Raum Osnabrück/Emsland lagen.²⁸² Historisch kulturell betrachtet hatten auch früher schon rechtsradikale Parteien hier verhältnismäßig wenige Erfolge.

Aber welche Wirkung von diesen politisch-kulturellen Kräften wirklich ausgeht, wie die Mentalitätsbestände heute verfasst sind, welche Ingredienzen der Milieustrukturen heute noch beste-

²⁸² Ausführlicher zu den Deutungen der AfD-Wahlergebnisse in Niedersachsen vgl. [Finkbeiner: Mächtiges überraschen](#).

hen und wie sich diese in Schichten, Lebensstilen und anderen Vergesellschaftungsformen äußern: Darüber wissen wir – besonders mit Blick auf die niedersächsische Gesellschaft – noch recht wenig. Doch genau diese Dinge sind entscheidend, wenn man verstehen will, wie die Genese der politischen Bewusstseinsformen genau vonstattengeht.

Kurzum: Die Mechanismen und Vermittlungen politisch-kultureller Momente, sozioökonomischer Faktoren, sozialisatorischer wie individueller Bedingungen und weiterer Aspekte und Dimensionen für die Entstehung, Entwicklung und Prägung politischer Bewusstseinsformen sind weithin umstritten bzw. ungeklärt. Dieser Umstand ist frapierend und unbefriedigend, wo doch kaum jemand abstreiten könnte (oder besser: dürfte), dass lokale, regionale und politisch-kulturelle Faktoren eine mitentscheidende Rolle dabei spielen, wie gesellschaftliche Gruppen politisch „denken“. Und zum politischen, mentalitätsgeschichtlichen Haushalt von Gesellschaften gehören eben auch durchaus autoritäre Gesellschaftsvorstellungen, Ressentiments und Vorurteile. Diese Strukturmomente und Ursachen eines „antizivilisatorischen, antiwestlichen Unterstrom[s] der deutschen Überlieferung“²⁸³, wie Adorno pointiert in seinem berühmten Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ zugespitzt hat, müssen langfristig und zielführend analysiert werden, um sie verstehen und bekämpfen zu können.

Die Ambivalenz politischer Mentalitäten und Bewusstseins- sowie politischer Erscheinungsformen zeigt sich nicht zuletzt aktuell mit Blick auf die AfD. Deren politische Einordnung ist umstritten. Zumindest unserer Minimaldefinition folgend²⁸⁴ versammelt die Partei inzwischen alle Strukturmomente einer rechtsradikalen Partei, weil sie autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen vertritt und ihre führenden Politiker zumindest tendenziell antiliberal, völkisch, rassistisch und geschichtsrevisionistisch sind.

Dies bedeutet allerdings im Umkehrschluss noch nicht, dass die AfD per se rechtsradikal

ist – eine solche kategorische Einordnung wird von ihrer weiteren Entwicklung abhängen. Dass die AfD aber in jedem Fall das Potenzial hierfür birgt, bedeutet zugleich jedoch nicht, dass auch die AfD-Wählerschaft *in toto* rechtsradikal ist bzw. sein muss. Nach allen bisherigen Erkenntnissen zu Wahlstrukturdimensionen und -motiven ist die Wählerschaft der AfD, wie bereits ausgeführt, zurzeit enorm heterogen.

Zumal sich das Problem der gesellschaftlichen Konstituierungsmomente politischer Bewusstseinsformen auch mit Blick auf den AfD-Wahlerfolg der vergangenen Jahre symptomatisch verdeutlichen lässt. Zwar zeigen die reinen Wahlergebnisse in Niedersachsen für sich genommen, dass die AfD in diesem Bundesland deutlich weniger Erfolg hat als in anderen Bundesländern; aber auch hier deuten sich gesellschaftliche Tendenzen der Frustration, politischen Verhärtung und Verkrustung an, die zwar spezifisch zu ganz heterogenen Wählergruppen und diversifizierten Wahlmotiven führen, wovon die AfD in Zukunft profitieren könnte. Auszuschließen ist das jedenfalls nicht (mehr); vor allem, wenn sich in Zukunft – bspw. infolge einer abermaligen Wirtschafts- und Finanzkrise – auch hier Momente der Radikalisierung politischer Formen ergeben.

Freilich ist dies nur ein Gedankenspiel, und derzeit hat die AfD in Niedersachsen weniger gute Karten als bspw. in den ostdeutschen Bundesländern. Aber blickt man nur einmal auf Bevölkerungsumfragen, auf Zufriedenheitswerte von Politik und Parteien, auf Einstellungsmuster gewisser gesellschaftlicher Schichten, so drängt sich doch der Eindruck auf, dass sich Skepsis, Apathie, Misstrauen, Ablehnung, ja teils Verachtung auch in der niedersächsischen Gesellschaft immer weiter ausbreiten.²⁸⁵

²⁸³ Adorno, Theodor W.: „Was heißt: Aufarbeitung der Vergangenheit?“, in: Ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S. 125–146, hier S. 137.

²⁸⁴ Siehe Anm. 8.

²⁸⁵ Dazu grundlegend Walter, Franz: Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick, in: Ders. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 301–343. Dies zeigt sich bspw. mit Blick auf den Rückgang der Vertrauenswerte der großen Parteien SPD wie CDU bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen 2017; vgl. Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017. Eine Analyse der Wahl vom 15. Oktober 2017, Berlin 2017.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist diese Ambivalenz natürlich erklärungsbedürftig: Objektiv betrachtet finden sich in Niedersachsen derzeit relativ gute Voraussetzungen, von denen eine Partei wie die AfD profitieren kann. Aber in realiter schöpft die AfD diese Bedingungen (noch) nicht aus, wie sich mit Blick auf aktuelle Umfrageresultate zeigt. Von daher muss nach den Polstern gefragt werden, die momentan offenbar (noch) verhindern, dass Misstrauen zwar in partielle Verbitterung und Apathie umschlägt, jedoch nicht noch stärker in AfD-Voten mündet.

Aber: Dass die AfD in Niedersachsen weniger erfolgreich ist als in ostdeutschen Regionen, auch weniger als im süddeutschen Raum wie etwa in Baden-Württemberg, muss keineswegs so bleiben. Zwar ist die Partei derzeit die Gewinnerin der politischen Umbruchsstimmung, in der sich viele rechtsradikale Kreise, Strömungen oder einzelne

Aktivisten sammeln; aber neben der AfD existieren freilich weitere rechtsradikale Strömungen, Netzwerke und Akteure auch in Niedersachsen, die sich nicht auf diese Partei einlassen.

Und die Geschichte von Parteien und sozialen Bewegungen zeigt: In dem Moment, in dem sich die führende politische Kraft eines Spektrums institutionalisiert (bei der AfD durch die Sachlogik-Zwänge der Parlamentarisierung), können sich andere politische Kräfte aufgrund von Abgrenzungsbemühungen gegenüber der sich institutionalisierenden Organisation politisch-programmatisch radikalisieren.

Von daher müssen auch diese abseitigen Strukturen und Bewegungen genau im Blick gehalten werden. Alle diese Ebenen gehören zum Gesamtphänomen des Rechtsradikalismus. Gerade dies macht Untersuchungen hierzu so komplex und herausfordernd.

Ausblick: Das weitere Forschungsprogramm in FoDEX

Dieser kurze Problemaufriss zu den Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens dient uns als Ausgangspunkt der Sondierung eines weiten Themenfeldes. Somit fungiert die vorliegende Studie als Auftakt und gedankliche Basis unseres Forschungsprogrammes. Die Arbeitsgruppe zum politischen Phänomen des Rechtsradikalismus in der „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ möchte sich den Fragestellungen, die sich aus dem skizzierten Problemaufriss ergeben, in Zukunft mithilfe unterschiedlicher Untersuchungen und Zugänge widmen, die als Teil einer umfassenden Politischen Kulturforschung Niedersachsens ineinandergreifen.

Ein zentrales Instrument, den aufgeworfenen Fragen nachzugehen und mehr über die politische Kultur Niedersachsens, über Verdichtungsräume und Einstellungsmuster, zu erfahren, ist der „Niedersächsische Demokratiemonitor“. Für diesen wurde in Kooperation mit dem Lehrstuhl für quantitative Methoden und Statistik der Universität Göttingen unter Leitung von Steffen Küh-

nel sowie mit Forsa eine repräsentative Umfrage in Niedersachsen durchgeführt.²⁸⁶

Dies ist mindestens in zweifacher Hinsicht ein Novum: Zum einen existieren nur wenige solcher Demokratiemonitore zu einzelnen Bundesländern (wie bspw. zu Sachsen, Thüringen oder Sachsen-Anhalt) – für die niedersächsische Gesellschaft gibt es bisher keine vergleichbaren Daten. Und zum anderen setzt der „Niedersächsische Demokratiemonitor“ in theoretisch-methodischer Hinsicht einen stärkeren Akzent auf die Demokratievorstellungen der Bürger, als dies bis dahin vergleichend in anderen Monitoren geschehen ist. Gegenüber anderen Landesmonitoren birgt dies den Vorteil, die klassische, von Almond und Verba geprägte politische Kulturforschung auf der Basis standardisierter Umfragen zu Einstellungen gegenüber dem politischen System und der subjektiven Orientierung gegenüber politischen Phänomenen zu erweitern und mit einer qualitativ-empirischen politischen Kulturforschung zu kombinieren.

Unsere standardisierte Telefonumfrage zu den Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung soll deshalb um qualitative Methoden (Gruppen-

²⁸⁶ Für den „Niedersächsischen Demokratiemonitor“ wurden im November und Dezember 2018 insgesamt 1.001 Niedersachsen befragt.

diskussionen bzw. Fokusgruppen und Einzelinterviews) ergänzt werden. Dieser Methodenmix ermöglicht, über aktuelle Bewertungen der Demokratie hinaus Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe vertieft zu erfassen und dadurch nicht nur die quantitativen Ergebnisse umfassender zu interpretieren, sondern auch einer eventuellen Verfestigung oder gar Durchbrechung der historischen Linien nachzuspüren.

Um Veränderungen und Entwicklungen benennen zu können, wird angestrebt, die Umfrage als Längsschnittstudie alle zwei Jahre durchzuführen und den standardisierten Fragebogen mithilfe der Erkenntnisse aus den qualitativen Untersuchungen stets anzupassen und zu aktualisieren. Zudem werden die Umfrageergebnisse, die noch im Frühjahr 2019 publiziert werden sollen, der Ausgangspunkt für weiterführende qualitative Studien sein: Auffälligkeiten, Ungereimtheiten und Ambivalenzen in diesen Daten geben Hinweise, in welchen Regionen es sich lohnt, die jeweiligen Besonderheiten vertiefend zu erforschen.

Ohne bereits auf die Daten des „Niedersächsischen Demokratiemonitors“ zurückgreifen zu können, haben wir außerdem seit 2018 eine Studie über die lokalkulturellen Aushandlungs- und Reaktionsformen von bzw. auf Rechtsradikalismus oder als „rechtsradikal“ wahrgenommener Phänomene in Niedersachsen durchgeführt. Auf dem Weg zu einer tiefergehenden Forschung über die politischen Milieus in Niedersachsen und deren Bedeutung für die gesellschaftlichen Bewusstseinsformen der Gegenwart bedeutet diese Studie eine erste Annäherung an die Deutungskultur in unterschiedlichen Regionen, die gewissermaßen auf den hier präsentierten historischen Linien, Fragestellungen und Konzeptualisierungen aufbaut bzw. auf diese zurückgreift. Am Beispiel von drei explorativen lokalen Fallstudien fragen wir nach örtlichen Kontexten und Konstituierungsbedingungen und systematisieren die identifizierten Mechanismen vergleichend. Bei der Fallauswahl wurde darauf geachtet, möglichst unterschiedliche Phänomene, Ausformungen und Ausprägungen von Rechtsradikalismus in den Blick zu bekommen, um jeweils die unterschiedlichen Interaktionen und Reaktionen in den lokalen Kontexten genauer analysieren zu können. Die Ergebnisse dieser Studie werden im Frühjahr 2019 veröffentlicht und bilden – wie bereits erwähnt –

den Einstieg in eine längerfristig angelegte Politische Kulturforschung.

Deren Ziel besteht darin, diese (und andere) Regionen in Niedersachsen über mehrere Jahre zu erforschen. Erst dadurch wird es möglich sein, die Verdichtungen des dortigen Rechtsradikalismus in die langen historischen Linien einordnen und deren aktuelle Weiterführung oder Unterbrechung nicht nur an der Oberfläche beschreiben, sondern sie in den Begrifflichkeiten der Politischen Kulturforschung, d.h. die jeweiligen Ausprägungen ihrer Deutungs- und Soziokultur, erforschen zu können. Der Rückgriff auf qualitative Methoden erlaubt, die genauen Deutungsmuster sowie die leitenden Gesellschafts-, Ordnungs- und Demokratievorstellungen ganz unterschiedlicher Gruppen zugleich mit Tiefenbohrungen *und* im regionalen Vergleich zu analysieren, ergo sowohl synchrone als auch diachrone Erklärungen für die Deutungs- und Soziokultur in Niedersachsen zu erhalten.

Haben sich die Hochburgen des Rechtsradikalismus als persistent erwiesen? Lassen sich aufgrund der heutigen Einstellungen Rückschlüsse auf die in der vorliegenden Studie beschriebenen niedersächsischen Milieus ziehen? Oder gab es Verschiebungen, wurden historische Linien aufgebrochen, haben sich Schwerpunkte verlagert oder sogar aufgelöst? Für die konkrete Forschung bedeutet das: Auf den geschilderten Formaten (umfassende Auswertung des „Niedersächsischen Demokratiemonitors“ und erste Fallstudien) aufbauend, werden tiefergehende Analysen zu politisch-kulturellen Kristallisationsmomenten rechtsradikaler Mentalitäten und Bewusstseinsformen erst möglich. Um aber ein Milieu umfassend beschreiben, salopp gesagt: um Rechtsradikalismus in all seinen Ausprägungen in einer Region erforschen zu können, dürfen lokalkulturelle Verdichtungen und lebensweltliche Zusammenhänge nicht aus dem Blick geraten.

Bestimmte Personen, wie einstmalig Adolf von Thadden oder Michael Kühnen, organisieren diese Milieus, sie prägen Gruppen und Räume: Ihre Relevanz als Milieu- oder Lageragenten lässt sich in den Zugriff der Politischen Kulturforschung integrieren – begreift man sie als Motoren nicht nur von Artikulationsformen, sondern auch als Träger und Reproduzenten ihres jeweiligen Milieus.

Eine solch intensive Betrachtung eines Ortes aus unterschiedlichen Blickwinkeln bietet die Chance, den historischen Milieus nachzuspüren und zu eruieren, ob trotz des viel zitierten Aufbrechens ihrer Strukturen noch Residuen vorhanden oder Neuformierungen zu lokalisieren sind. Gleichzeitig schließt diese historisch-vergleichende Perspektive nicht aus, dass wir die Artikulationen der Milieu- und Lageragenten auch außerhalb der milieuräumlichen Verdichtungen, bspw. im Internet, insbesondere in den sozialen Netzwerken, in die Untersuchung miteinbeziehen. Gerade in dieser Arena werden einerseits Elemente der Soziokultur sichtbar und andererseits Mobilisierungspotenziale identifizierbar.

Diese verschiedenen Formate sollen langfristig einander ergänzen und das Gesamtbild der untergründigen politischen Bewusstseinsformen der niedersächsischen Gesellschaft schärfen und somit auch Auskunft geben über die Ursachen und Erscheinungsformen des politischen Rechtsradikalismus. In verdichteter Form entsteht so ein Porträt der Geschichte des Rechtsradikalismus in Niedersachsen im 20. Jahrhundert, das Traditionslinien und Strukturdimensionen aus der Region des späteren Niedersachsens bereits im 19. Jahrhundert über das Kaiserreich und die Weimarer Republik, die Weltkriege und den Nationalsozialismus hinaus aufgreift. Eine solche Kompilation in historisch-vergleichender Perspektive, die nicht nur Erkenntnisse über Ursachen und Dynamiken des Rechtsradikalismus verspricht, sondern auch

Antworten für die Gegenwart liefert, steht bisher schließlich noch aus.

Denn, wie gezeigt, bestimmen vor allem die lokalkulturellen Traditionslinien die politischen Ausprägungen vor Ort auch in der Gegenwart entscheidend mit. Da jedoch über die regionalen Traditionslinien in ihrer historischen Genese und Transformation bis heute kaum Ergebnisse vorliegen, ist eine historisch-vergleichende Untersuchung einzelner zentraler Regionen in Niedersachsen erforderlich. Ein Blick auf die früheren Hochburgen des Rechtsradikalismus, in denen aktuell auch die AfD wieder erfolgreich ist, ermöglicht auf dieser Grundlage eine erste Erklärung der Wahl- und Struktur motive dieser Partei in den ausgewählten niedersächsischen Regionen, die bislang noch nicht vorliegt.

Gerade vor dem Hintergrund der voranschreitenden Konsolidierung der AfD im Parteienspektrum gilt es prinzipiell, mehr über die Motive zur Wahl dieser Partei herauszufinden. Auch in Niedersachsen wählen sie eben nicht nur die Abgehängten, Prekarierten und die „Modernisierungsverlierer“, sondern erstaunlich viele Menschen, die dem bürgerlichen Spektrum, der sogenannten politischen Mitte, zuzuordnen sind. Geplant ist daher, gerade unter diesen Berufsgruppen vertiefende Wahlstruktur-Studien durchzuführen, um mehr über die Einstellungen und Motive herauszufinden und prinzipiell der Frage nachzugehen, weshalb die AfD auch in diesen gesellschaftlichen Bereichen auf Zustimmung stößt.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.:** „Was heißt: Aufarbeitung der Vergangenheit?“, in: Ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S. 125–146.
- Adorno, Theodor W.:** Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1995 [1973].
- Allen, William Sheridan:** Das haben wir nicht gewollt. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, Gütersloh 1966.
- Antifa Offensive 99:** Weg mit der faschistischen Kameradschaft Northeim. Ein Überblick zum „Netzwerk Heise“, Info 2 Broschüre, Göttingen 1999.
- Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian:** Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher, in: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 135–145.
- Becker, Reiner / Hafenecker, Benno:** Rechtsextremismus im ländlichen Raum – Im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, in: Debiel, Stefanie et al. (Hg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen, Wiesbaden 2012, S. 147–160.
- Best, Heinrich et al.:** Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen, Projektbericht KomRex, Jena 2017.
- Birzer, Markus:** Rechtsextremismus – Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 72–83.
- Bösch, Frank:** Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002.
- Borstel, Dierk:** „Braun gehört zu bunt dazu!“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster 2011.
- Borstel, Dierk / Heinz, Elise / Luzar, Claudia:** Demokratieentwicklung in Vorpommern – Analyse und Checkliste für die Praxis, Münster 2015.
- Borstel, Dierk / Luzar, Claudia / Sundermeyer, Olaf:** Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen. Ein Update 2011, Dortmund 2011.
- Botsch, Gideon:** Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012.
- Brandstetter, Marc:** Die NPD unter Udo Voigt: Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.
- Bräuninger, Werner:** Kühnen. Porträt einer deutschen Karriere. Die Biografie, Bad Schussenried 2016.
- Brosius, Dieter:** Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 99–113.
- Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun (Hg.):** Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts. 2010.
- Büsch, Otto / Furth, Peter:** Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei (SRP), Berlin/Frankfurt a.M. 1957.
- Butterwegge, Christoph:** Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 292–313.
- Clemenz, Manfred:** Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland. Eine sozialpsychologische Kritik, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie

- des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 126–176.
- D’Antonio, Oliver:** Die CDU in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 135–158.
- Das Redaktionskollektiv:** Neonazis in Südniedersachsen, Göttingen 2008.
- Di Lorenzo, Giovanni:** Wer, bitte, ist Michael Kühnen? Beschreibung eines Phänomens, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 232–247.
- Dinse, Jürgen:** Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursache und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien, Bremen 1992.
- Dorn, Bea et al.:** Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention, Berlin 2003.
- Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd:** Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984.
- Dülmer, Hermann / Ohr, Dieter:** Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008), H. 3, S. 491–517.
- Erb, Rainer:** Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142–176.
- Erb, Rainer:** Kühnen, Michael, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 8, Berlin 2015, S. 89–92.
- Fascher, Eckhard:** Vor unserer Haustür! Rechtsextremismus in Südniedersachsen, VUK-Broschüre, Göttingen 2001.
- Finkbeiner, Florian:** Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: Pfahl-Traugher, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), Brühl 2016, S. 209–233.
- Finkbeiner, Florian:** Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 80–86.
- Franke, Berthold:** Aus Angst wird Wut wird Hass. Ein Wiedersehen mit dem Kleinbürger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2017, S. 89–99.
- Freundeskreis Michael Kühnen (Hg.):** Michael Kühnen. Sein Leben, sein Wirken, sein Kampf, Köln 2005.
- Fromm, Rainer:** Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg 1993.
- Fromm, Erich:** Zum Gefühl der Ohnmacht, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 6 (1937), S. 95–119.
- Gassert, Philipp:** Deutschlands Parteiensystem wird normal, in: Die Zeit, 02.11.2018.
- Graf, Werner:** „Wir hatten nur sechs Jahre Zeit“. Michael Kühnens nationaler Sozialismus, in: Ders. (Hg.): „Wenn ich die Regierung wäre ...“ Die rechtsradikale Bedrohung, Bonn 1984, S. 38–53.
- Grau, Andreas / Heitmeyer, Wilhelm (Hg.):** Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel 2013.
- Grebing, Helga:** Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227.
- Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia:** Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993.
- Grimm, Marc:** Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts, Weinheim/Basel 2018.
- Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.):** Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002.
- Günther, Wolfgang:** Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 54 (1982), S. 19–43.
- Hafeneger, Benno / Becker, Reiner:** Rechte Jugendcliquen in Hessen, Schwalbach/Ts. 2007.
- Hafeneger, Benno / Becker, Reiner:** Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das

- Beispiel Hessen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21 (2008), H. 4, S. 39–44.
- Hambauer, Verena / Mays, Anja:** Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 12 (2018), H. 1, S. 133–154.
- Held, Josef et al. (Hg.):** Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008.
- Henning, Eike:** Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.): *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, St. Katharinen 1989, S. 119–154.
- Henning, Eike:** Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a.M. 1991.
- Hensel, Alexander / Finkbeiner, Florian et al.:** [Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition](#), Frankfurt a.M. 2017.
- Höbel, Wolfgang:** „Wir decken uns mit dem Himmel zu“. Deutschland, deine Filme: Was das Heimatkino gestern und heute über nationale Befindlichkeiten erzählt, in: *Der Spiegel*, 13.12.2016.
- Hoffmann, Uwe:** Die NPD. Entwicklung, Organisation, Struktur, Frankfurt a.M. 1999.
- Imhoof, David:** *Becoming a Nazi Town. Culture and Politics in Göttingen between the World Wars*, Ann Arbor 2013.
- Infratest Dimap:** *Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2017. Eine Analyse der Wahl vom 15. Oktober 2017*, Berlin 2017.
- Inglehart, Ronald F. / Norris, Pippa:** *Trump, Brexit and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash*, Faculty Research Working Paper Series, Harvard 2016.
- Jaschke, Hans-Gerd:** Biographisches Porträt: Michael Kühnen, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 4 (1992), S. 168–180.
- Jesse, Eckhard:** Biographisches Porträt: Adolf von Thadden, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2 (1990), S. 228–238.
- Jesse, Eckhard:** Die NPD und der gescheiterte Verbotantrag gegen sie, in: Koschkar, Martin / Ruvituso, Clara (Hg.): *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*, Wiesbaden 2018, S. 349–369.
- Kaltefleiter, Werner:** *Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunkturen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, Köln 1968.
- Klärner, Andreas:** „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“. Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Ders. / Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 44–67.
- Klecha, Stephan:** Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): *Politik und Regieren in Niedersachsen*, Wiesbaden 2016, S. 79–104.
- Knepper, Niklas:** [Marginalisiert und doch gefährlich! Südniedersächsische Neonazi-Gruppierung „Volksbewegung Niedersachsen“ zwischen Bedeutungsverlust und Gewalt](#), in: *Demokratie-Dialog*, H. 1 (2017), S. 67–76.
- Kniest, Karl:** *Die „Kühnen-Bewegung“. Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur deutschen und europäischen Geschichte des Rechtsextremismus*, Frankfurt a.M. 2000.
- Koch, Reinhard:** *Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Niedersachsens*, in: *Bund der Deutschen Landjugend (Hg.): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen*, Berlin 2017, S. 107–112.
- Kock, Sonja:** „Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 207–237.
- Kraus, Alexander:** Zwischen Bestürzung und Fassungslosigkeit. Fremd- und Eigendeutungen des DRP-Wahlsieges von 1948 in Wolfsburg, in: *Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte*, November 2016, S. 1–4.
- Kreutzberger, Wolfgang:** Schill in Niedersachsen. Charakter und Chancen einer städtischen Protestpartei von rechts im Flächenstaat, in: Perels, Joachim (Hg.): *Der Rechtsradikalismus*

- ein Randphänomen? Kritische Analysen, Hannover 2003, S. 67–115.
- Kühnl, Reinhard:** Die NPD. Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 22 (1967), H. 1, S. 22–30.
- Kühnl, Reinhard:** Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei, Berlin 1967.
- Leggwie, Claus:** Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993.
- Leggwie, Claus:** Rechtsextremismus. Eine soziale Bewegung?, in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325–338.
- Lengfeld, Holger:** Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69 (2017), H. 2, S. 209–232.
- Liepelt, Klaus:** Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 8 (1967), H. 2, S. 237–271.
- Lipset, Seymour Martin:** Political Man. The Social Bases of Politics, London 1960.
- Lösche, Peter / Walter, Franz:** Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 26 (2000), S. 471–492.
- Luzar, Claudia:** Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext. Viktimisierung durch rechtsextreme Gewalt und raumorientierte Opferberatung, Schwalbach/Ts. 2015.
- Marten, Heinz-Georg:** Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972.
- Menschik-Bendele, Jutta / Ottomeyer, Klaus:** Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, Opladen 1998.
- Micus, Matthias:** Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133.
- Minkenbergh, Michael:** Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998.
- Möller, Kurt:** Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-)pädagogischer Perspektive, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 159–164.
- Möller, Kurt:** Überblick über die Struktur und Entwicklung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis heute). Phänomene, Hintergründe und Handlungsempfehlungen, Gutachten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages von Baden-Württemberg, Esslingen 2015, URL: https://www.kontextwochenzeitung.de/fileadmin/content/kontext_wochenzeitung/dateien/245/NSU-UA_Gutachten_Moeller.pdf [eingesehen am 06.12.2018].
- Nachtwey, Oliver:** Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.
- Naßmacher, Karl-Heinz:** Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Parteiliten und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 55 (1983), S. 71–97.
- Naßmacher, Karl-Heinz:** Andere Parteien in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 203–226.
- Nentwig, Teresa:** „Kultusminister der vierzehn Tage“. Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955, in: Walter, Franz / Dies. (Hg.): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2016, S. 126–138.
- Nentwig, Teresa / Walter, Franz:** Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte, in: Ionescu, Dana; Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, S. 195–243.
- Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian:** Einleitung, in: Dies. (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 15–24.
- Neu, Viola:** „Ich wollte etwas bewegen.“ Die Mitglieder der CDU. Eine Empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Neugebauer, Gero:** Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen,

- in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13–37.
- Niedersächsisches Innenministerium:** Wehrhafte Demokratie. Verfassungsschutz in Niedersachsen, Hannover 1981.
- Niedersächsisches Innenministerium:** Antwort auf die Kleine Anfrage: Neofaschistische Aktivitäten in Hannover und Umgebung, Drs. 11/815 v. 02.03.1987.
- Niedersächsisches Innenministerium:** Antwort auf die Kleine Anfrage: Aktivitäten der rechtsextremistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) im Land Niedersachsen, Drs. 16/988 v. 06.03.2009.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.):** Verfassungsschutzbericht 2016, Hannover 2016.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hg.):** Verfassungsschutzbericht 2017, Hannover 2017.
- Nölke, Eberhard:** Marginalisierung und Rechtsextremismus. Exemplarische Rekonstruktion der Biographie- und Bildungsverläufe von Jugendlichen aus dem Umfeld der rechten Szene, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 257–278.
- Nowak, Falk:** „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen, Amadeu Antonio Stiftung, Hannover 2017.
- O.V.:** DOKU. Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten, Analysen und Hintergründe: Chronologie, Göttingen 1990.
- O.V.:** 2000 Rechtsextreme in Niedersachsen, in: Hannoversche Allgemeine, 09.02.2012.
- O.V.:** Rechte Szene in Niedersachsen geschwächt, in: Hamburger Abendblatt, 23.09.2013.
- O.V.:** Bad Nenndorf feiert Widerstand gegen Neonazis, in: Hannoversche Allgemeine, 05.08.2017.
- Oevermann, Ulrich:** Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syndroms, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 83–125.
- Özsöz, Figen:** Rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug. Der Einfluss von Jugendhaft auf rechtsextremistische Orientierungsmuster jugendlicher Gewalttäter, Berlin 2009.
- Parisius, Bernhard:** Auf der Suche nach Nischen. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 77 (2005), S. 109–130.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Das Verbot der „Nationalen Sammlung“ durch das Bundesinnenministerium im Januar 1989, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2 (1990), S. 218–227.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 71–100.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., München 2006.
- Pfahl-Traughber, Armin:** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard / Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 303–338.
- Pollmann, Klaus Erich:** Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 231–255.
- Puls, Hendrik:** Die Anti-Asyl-Agitation des Neonazi-Spektrums. NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“, in: Häusler, Alexander / Virchow, Fabian (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftssängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg 2016, S. 105–114.
- Quent, Matthias:** Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation? Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016.
- Quent, Matthias / Schulz, Peter:** Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015.

- Reeken, Dietmar von:** Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- Richards, Fred H.:** Die NPD: Alternative oder Wiederkehr?, München 1967.
- Riehl-Heye, Herbert:** Die NPD. Leidensgeschichte einer Rechtspartei, oder: Der Kampf an drei Fronten, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?, Frankfurt a.M. 1980, S. 127–144.
- Ritter, Gerhard A. / Niehuss, Merith:** Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987.
- Rohe, Karl:** Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39–48.
- Rohe, Karl:** Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 250 (1990), S. 321–346.
- Rohe, Karl:** Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.
- Rohe, Karl:** Politik. Begriffe und Wirklichkeiten: Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994.
- Röpke, Andrea:** „Wir erobern die Städte vom Land aus!“, Schwerpunktaktivitäten der NPD und Kameradschaftsszene in Niedersachsen, Braunschweig 2005.
- Roßdeutscher, Reinhard:** Wählerverhalten im Vorharz nach dem 2. Weltkrieg. Einflußfaktoren auf die Resultate rechtsextremer Parteien im Vorharzraum bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Zeit von 1946 bis 1952, Frankfurt a.M. 1990.
- Rufer, D. [=Jürgen Hahn-Butry]:** Adolf von Thadden. Wer ist dieser Mann, Hannover 1969.
- Sager, Thomas:** Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene, in: Schedler, Jan / Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 105–120.
- Salzborn, Samuel:** Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014.
- Salzborn, Samuel:** Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 2. Aufl., Baden-Baden 2015.
- Schedler, Jan:** ‚Modernisierte Antimoderne‘: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010, in: Ders. / Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 17–35.
- Scheuch, Erwin K. / Klingemann, Hans D.:** Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Ortlieb, Heinz-Dietrich / Molitor, Bruno (Hg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, Bd. 12/1967, S. 11–29.
- Schildt, Axel:** Landestradiation und moderne Lebenswelt. Niedersachsen seit den sechziger Jahren. Eine Skizze, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 651–663.
- Schmitt-Beck, Rüdiger / Deth, Jan W. van / Staudt, Alexander:** Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27 (2017), H. 3, S. 273–303.
- Schmollinger, Horst W.:** Die Deutsche Konservative Partei–Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 982–1024.
- Schmollinger, Horst W.:** Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 1922–1994.
- Schmollinger, Horst W.:** Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 2274–2336.
- Sigl, Johanna:** Biografische Wandlungen, ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografie-

- analytische und geschlechterreflektierende Untersuchung, Wiesbaden 2018.
- Sowinski, Oliver:** Die Deutsche Reichspartei (1950–1965). Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a.M. 1998.
- Steinwascher, Gerd:** Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Fünfter Band, Hannover 2010, S. 21–199.
- Stengel, Eckhard:** Der Schoß ist fruchtbar noch. Rechtsextremismus in Südniedersachsen. Ein Überblick, in: Duwe, Kornelia / Gottschalk, Carola / Koerner, Marianne (Hg.): Göttingen ohne Gänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte, Göttingen 1988, S. 247–249.
- Steppat, Timo:** Bürgerwehren: Selbsthilfe gegen die da draußen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2014.
- Stöss, Richard:** Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989.
- Stöss, Richard:** Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23–66.
- Stöss, Richard:** Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, in: Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 105–139.
- Stöss, Richard:** Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Berlin 2010.
- Suckow, Achim:** Regionale Traditionen und Rechtsextremismus im nordwestlichen Niedersachsen, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 207–230.
- Taler, Conrad:** Die NPD unter Adolf von Thadden, in: Neue Rundschau, Jg. 79 (1968), H. 1, S. 100–111.
- Treibel, Jan:** Die FDP in Niedersachsen. Wandlungsfähige Partei mit ungewisser Zukunft, in: Nentwig, Teresa / Werwarth, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 159–175.
- Treß, Werner:** Adolf von Thadden, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2,2: Personen, Berlin 2009, S. 822–824.
- Trittel, Günter J.:** Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 67–85.
- Trittel, Günter J.:** Die „verzögerte Normalisierung“: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635–650.
- Trittel, Günter J.:** „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“ Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.
- Trittel, Katharina / Micus, Matthias / Marg, Stine / Geiges, Lars:** [Demokratie-Dialog. Die Arbeit des Instituts für Demokratieforschung im Rahmen der „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“](#), in: [Demokratie-Dialog, H. 1 \(2017\), S. 2–9](#).
- Untersuchungsausschuss des Bundestages:** Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses, Drs. 18/12950 v. 23.06.2017.
- Virchow, Fabian:** The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland, in: Patterns of Prejudice, Jg. 38 (2004), H. 1, S. 56–70.
- Virchow, Fabian:** Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68–101.
- Virchow, Fabian:** „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen, in: Ders. / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5–41.
- Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hg.):** Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016.
- Wallbaum, Klaus:** Rechtsextreme Gruppen in Niedersachsen werden stärker, in: Hannoversche Allgemeine, 05.02.2011.
- Walter, Franz:** Analyse von regionalen Teilkulturen im Zerfall – das Beispiel Sachsen. Göt-

- tinger Antwort auf Bochumer Kritik, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993), H. 4, S. 674–680.
- Walter, Franz:** Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt a.M. 2008.
- Walter, Franz:** Vom Milieu zum Parteienstaat: Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden 2010.
- Walter, Franz:** Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick, in: Ders. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 301–343.
- Walter, Franz:** Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017.
- Walter, Franz:** Kritik der Zivilgesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.04.2018, S. 6.
- Walter, Franz:** Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik, Stuttgart 2018.
- Weisbrod, Bernd (Hg.):** Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit: Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995.
- Weisbrod, Bernd:** Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 68 (1996), S. 91–105.
- Weisbrod, Bernd:** Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen. Eine Einführung, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 497–510.
- Werner, Carina:** Die Geburt der Bundesrepublik, in: ndr.de, URL: <https://www.ndr.de/kultur/ge-schichte/chronologie/Die-Geburt-der-Bundesrepublik,gruendungbundesrepublik100.html,14.04.2009> [eingesehen am 06.12.2018].
- Weser-Kurier:** Rechtsabbieger. Die unterschätzte Gefahr: Neonazis in Niedersachsen, Bremen 2008.
- Winkler, Jürgen R.:** Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933, Opladen 1995.
- Winkler, Jürgen R. / Jaschke, Hans-Gerd / Falter, Jürgen W.:** Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 9–21.

Autor und Autorin



Florian Finkbeiner, geb. 1988, studierte Politikwissenschaft und Soziologie. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit dem Wandel des Konservatismus nach der deutschen Vereinigung.



Dr. Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteurin des *Demokratie-Dialog*. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie zum Bereich Rechtsradikalismus.

Impressum

Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701 00
Fax: +49 551 39 1701 01
E-Mail: kontakt@fodex-online.de

Ansprechpartner

Studie:

Florian Finkbeiner
florian.finkbeiner@demokratie-goettingen.de

Reihe FoDEX-Studien:

Dr. Matthias Micus
matthias.micus@demokratie-goettingen.de

Lektorat, Satz u. Gestaltung

Dr. Robert Lorenz

FoDEX

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson De-
mak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font
License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Göttingen, Februar 2019

WWW.FODEX-ONLINE.DE